

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.
im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.
einzelständig 60 Pf. Postzeitungsgeld
und 72 Pf. Postbefreiung. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Drucksachen-
porto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Wort
und Bild“. Ferner: „Frauenstimme“,
„Technik“, „Bild in der Arbeiterwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: 202-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Freitag
27. Februar 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparierung
50 Pfennig, Restanteile 4.— Reichs-
markt. „Kleine Anzeigen“ des Zeit-
druckes Wort 25 Pfennig (zufällig zwei
zeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellengesuche das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 66 Pfennig. Familienanzeigen Seite
46 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochenttäglich
von 9 bis 17 Uhr.

Gewerkschaften und Krise.

Die Führer beim Reichspräsidenten. — Erklärungen von Stegerwald und Brüning. — Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Der Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern die Führer der deutschen Gewerkschaften. Es waren vertreten die freien Arbeiter- und Angestelltenverbände, die christlich-nationalen Gewerkschaften und der freiheitlich-nationale Gewerkschaftsring. Für die Gewerkschaften sprach der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, der an den Reichspräsidenten folgende Ansprache richtete:

Herr Reichspräsident! Wir erscheinen vor Ihnen als Vertreter von 5 1/2 Millionen organisierten Arbeitern und 1 1/4 Millionen organisierten Angestellten. Wir sprechen aber nicht nur im Namen unserer fast 7 Millionen Mitglieder, sondern im Namen der 12 Millionen Arbeitnehmer, für die unsere Verbände Tarifverträge abgeschlossen haben und deren Interesse sie zu schützen berufen sind. Wir sprechen also im Namen von mehr als ein Drittel des erwerbstätigen Volkes, im Namen der Hälfte der städtischen Bevölkerung. Wir vertreten vor Ihnen jene Schicht deutscher Bürger, die von der gegenwärtigen Krise am schärfsten und am peinlichsten betroffen sind.

Ende Januar waren 34,5 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos, weitere 20 Proz. arbeiteten verkürzt, und weniger als die Hälfte waren noch voll beschäftigt.

Durch unseren Mund sprechen also auch die 5 Millionen Arbeitslose, auf deren trostlose Lage wir Ihre Aufmerksamkeit/Leuten und für die wir Ihre Hilfe anrufen möchten.

Wir wissen natürlich, daß die jetzige große Arbeitslosigkeit eine internationale Erscheinung ist, daß ihre Ursachen nicht im eigenen Lande allein zu suchen sind, daß es sich um eine schwere Wirtschaftskrise in der ganzen Welt handelt. Wir wissen auch und nehmen daraus Rücksicht, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk vor anderen Völkern vorbelastet ist durch die schweren Reparationslasten. Diese Lasten sind nicht die eigentliche, zum mindesten nicht die einzige Ursache der Krise in Deutschland, wie manche es uns weismachen möchten. Aber sie haben natürlich zur Verschärfung der Lage in Deutschland wesentlich beigetragen.

Wie scharf die Krise in Deutschland wütet, habe ich bereits angeführt. Besonders verweist sie sich unter der Arbeitnehmererschaft in Ostpreußen und Pommern aus, wo Ende Januar 48 bis 49 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos waren. Nicht viel besser ist auch die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland.

Doch darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche Gefahr für Staat und Gesellschaft sich hier entwickelt hat, und sich immer weiter vergrößern wird, wenn der Arbeitslosigkeit nicht endlich gesteuert wird. Es besteht auch eine große Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, von der wir wissen, daß sie sich nur mit Qualitätsarbeit der ausländischen Konkurrenz gegenüber behaupten kann. Es ist aber klar, daß der Arbeiter, der jahrelang an der Ausübung seines Berufes gehindert ist, seine Berufsfertigkeit und Berufstüchtigkeit und damit auch natürlich die Eignung zum Qualitätsarbeiter verlieren muß.

Und wie ist nun die wirkliche Lage der Arbeitslosen? Nur ein Drittel von ihnen erhält noch im vollen Umfange die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung.

Zwei Drittel sind angesichts der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgesteuert und auf die dürftige Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Wir fühlen uns verpflichtet, vor Ihnen besonders im Namen dieser unserer Volksgenossen das Wort zu nehmen.

Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben stehen, fühlen sich von zwei Seiten durch die ungeheure Krise getroffen. Erstens leben sie unter der ewigen Furcht bevorstehender neuer Entlassungen; weiterhin fühlen sie den gewaltigen, nach ihrem Dafürhalten durch nichts gerechtfertigten Druck auf ihren Arbeitslohn.

Schon Anfang 1930 setzte der stillschweigende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres sahen die Arbeitnehmer ihre Arbeitslöhne und sonstigen übertariflichen Verdienste allmählich absinken. Die Einkommensbezüge, die die Lohnempfänger infolge des Ausfalls an Arbeitsstunden und der Kürzung der Arbeitslöhne zu tragen haben, übersteigen um ein Vielfaches die Opfer, die man den Festbesoldeten aufzuerlegen für billig hält. Und nach diesem „stillen Lohnabbau“ begann dann der Angriff der Unternehmer auf die Tariflöhne, dem die Reichsregierung ihre Unterstützung leistet und die die Arbeitnehmer als eine große Ungerechtigkeit empfinden.

Bis jetzt wurde dieser zweifache Lohnabbau für rund 3 Millionen durchgeführt, in den nächsten Monaten stehen aber neue gewaltige Tarifbewegungen in den verschiedenen Berufen bevor, und die Arbeitnehmer haben das Gefühl, daß sie bei diesen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, bei diesem Generalangriff auf ihre Löhne und Gehälter, auf die Lebenshaltung ihrer Familien, nicht den Schutz der staatlichen Macht finden, auf den sie glauben, wie alle anderen Berufsklassen einen berechtigten Anspruch zu haben.

Nach dieser Ansprache trug Leipart dem Reichspräsidenten die gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften vor, die mit bereits veröffentlicht haben.

Nach Leiparts Ansprache sprach Ambusch treffende Worte über die Unmöglichkeit, der Landwirtschaft jetzt durch Zollerhöhungen und ähnliche Maßnahmen eine Gefälligkeit zu erweisen, die zur Folge haben müßte, daß die Lage der Arbeitslosen und der gesamten Arbeitnehmer durch Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter verschlechtert würde.

Außerdem würde das Ausland sicher zu Gegenmaßnahmen greifen, so daß auch der Export von Industrieerzeugnissen geschädigt und die Zahl der Arbeitslosen noch vermehrt würde.

Beschränkt sprach alsdann über die Gefährdung der Angestelltenversicherung, da von Arbeitgeberseite bereits auf die vorhandenen Reserven der Angestelltenversicherung hingewiesen und ihre Verwendung für die Wirtschaft verlangt worden sei. Außerdem sprach er besonders von der traurigen Lage der älteren Angestellten, die im Gegensatz zu den Arbeitern für alle Zukunft keine Aussicht hätten, überhaupt wieder Beschäftigung zu erhalten.

Auf Grund einer kurzen Zwischenbemerkung des Reichspräsidenten sprach Leipart noch einige Worte über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung.

Schneider unterstützte diese Ausführungen und sagte, daß nicht nur die älteren Angestellten der Arbeitslosigkeit ausgesetzt seien, sondern ebenso auch die jungen, die jetzt in der Regel schon nach beendeter Lehrzeit entlassen werden.

Grahmann sprach dann gegen die Politik der Lohnsenkung.

Erklärungen der Regierung.

Keine Auserkennung des Schlichtungswesens. — Zollerhöhungen an Bedingungen geknüpft.

Dann antwortete Reichsarbeitsminister Stegerwald in längerer Rede. Erwähnenswert daraus ist, daß er mehrfach mit starker Betonung erklärte, er würde an dem Kern der Tarifverträge, an dem Kern des Schlichtungswesens, an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Amtszeit nicht rütteln lassen. Aber, fügte er hinzu, es gebe auf diesen Gebieten noch eine Anzahl Inflationerscheinungen und eine Anzahl Unausgeglichenheiten, die noch beseitigt werden müßten und wo die Gewerkschaften auch noch Konzessionen machen könnten.

Den Vertretern der Arbeitgeber, die in den letzten Tagen von ihm verlangt hätten, das staatliche Schlichtungswesen wenigstens vorübergehend zu suspendieren, habe er geantwortet, daß er das entschieden ablehne.

Reichskanzler Brüning erklärte zum Schluß, daß die Regierung die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern von sich aus weiter fortsetzen werde. Er wolle aber heute schon gegenüber irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit sagen,

daß die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verlange, nicht so gedacht sei, daß die Regierung nun sofort Zollerhöhungen durchzuführen beabsichtige.

vielmehr solle jede evtl. Zollerhöhung davon abhängig sein, daß die Landwirtschaft zuvor gewisse Bedingungen auf dem Gebiete der Selbsthilfe erfülle, z. B. auf dem Gebiete der Rationalisierung, der Standardisierung der Verkaufsorganisation durch Ausbau des Genossenschaftswesens usw. Der Reichsernährungsminister habe erklärt, daß er der Landwirtschaft für die Durchführung dieser Selbsthilfemaßnahmen bestimnte Termine setzen werde, und erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung sich bereiterklären, von der Ermächtigung evtl. Gebrauch zu machen.

Reichspräsident Hindenburg

wiederholte, was er zwischendurch schon bemerkt hatte, daß er für die Ansprache sehr dankbar sei, daß er die Sorge der Gewerkschaften teile, daß er gewiss tun wolle, was in seinen Kräften stehe, zu helfen, und daß er glaube, daß auch die Regierung ihrerseits das Notwendige und Mögliche gleichfalls tun werde.

Brennende Arbeiterfragen

Schluß mit dem Lohnabbau!

Von S. Aufhäuser.

Die deutsche Arbeiterchaft ist in den letzten Monaten den Bemühungen der Reichstagsmehrheit auf Aktivierung des Parlaments mit Interesse und Verständnis gefolgt. Sie ist sich bewußt, daß ein arbeitsfähiger Reichstag und die ordnungsmäßige Verabschiedung des Reichsetats die beiden unentbehrlichen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung sind. Nachdem der Reichstag durch den geschäftsordnungsmäßigen Selbstschutz seine Arbeitsfähigkeit gesichert hat, erwarten die Arbeiter und Angestellten, daß sich nun aus der parlamentarischen Tätigkeit auch soziale Ergebnisse erzielen lassen. Der vorliegende Sozialetat, der den Budgetausfluß des Reichstags beschleunigt wird, kann indes nicht befriedigen. Der Schritt, den die Gewerkschaften in diesen Tagen bei dem Reichspräsidenten unternommen haben, kennzeichnet die große politische Bedeutung der ausgeworfenen sozialen Probleme.

Im Mittelpunkt der Etatberatungen für das Reichsarbeitsministerium werden die Erwerbslosenhilfe und die Lohnfrage stehen. Es wird von den Arbeitern und Angestellten nicht verstanden, daß bei aller Finanznot ständig wachsende Mittel für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden können, während im Zeitpunkt der höchsten Arbeitsmarktkrise an den Erwerbslosenausgaben weitere Sparversuche gemacht werden sollen. Die Beunruhigung in der Arbeiterchaft ist um so größer, als die Reichsregierung einem Verlangen der Deutschen Volkspartei auf Einsparung von weiteren 300 Millionen im Etatjahr 1931 keinen Widerstand entgegengebracht hat. Die Gefahr eines weiteren Sozialabbaues kann vor allem solange nicht als gebannt angesehen werden, als neben der Arbeitslosen- auch die Invalidenversicherung ausreichend saniert worden ist. Der Reichsarbeitsminister sollte die Etatberatungen benutzen, die Befürchtungen auf Abbau der Invalidenversicherung zu zerstreuen. Es wird auch notwendig sein, über die Absichten jener Kommission von Wissenschaftlern nähere Auskunft zu geben, die das Arbeitslosenproblem durchforschen und Vorschläge machen soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird auch künftig die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung über alle anderen politischen Erwägungen zu stellen wissen. Sollte die Kommission etwa mit dem Gedanken weiterer Entrechtung der Saisonarbeiter oder der Errichtung von Arbeitslosenerlassklassen spielen, so könnte sich daraus nur ein entschiedener sozialdemokratischer Widerstand entwickeln. Die Etatberatung kann aber auch nicht vorübergehen, ohne daß der Reichstag zum Schicksal der ausgebeuteten Erwerbslosen klare Stellung nimmt. Der vorliegende sozialdemokratische Antrag, wonach die bestehende

Montag abend:
Kundgebung
im „Sportpalast“, Potsdamer Str. 72
Beginn 7 1/2 Uhr. — Eintrittskarten bei den Funktionären.
Der Bezirksvorstand

Die Reise nach Moskau.

Abfahrt der Schwerindustriellen. — Stalins Funktionäre am Bahnhof.

Durch das Woff-Büro wird mitgeteilt: Gestern Abend hat die deutsche Industriellendelegation ihre Reise nach Moskau angetreten. Bei der Abfahrt waren auf dem Bahnhof Friedrichstraße anwesend: Geheimrat Cassl von dem Reichsverband der Deutschen Industrie, Handelsvertreter der Sowjetunion Ljubimow und Vosschatsrat Brakmann-Brodowski.

Moskau wünscht Nebenregierung der deutschen Großindustrie.

Moskau, 26. Februar. (W.B.)

Zum bevorstehenden Eintreffen einer Gesellschaft deutscher Großindustrieller in Moskau schreibt das Wirtschaftsblatt „Für Industrialisierung“: Wir erkennen deutlich, daß für die deutschen Industriekapitäne, die hierher kommen, an erster Stelle wirtschaftliche Faktoren maßgebend sind, da die Weltkrise mit voller Stoßkraft gerade die deutsche Industrie getroffen hat. Die spezifische internationale Lage Deutschlands habe die Schwierigkeiten der deutschen Industrie vermehrt. Ungeachtet der Zugehörigkeit zum Völkerbund und des Versprechens der Westmächte sei dem „verfallenen“ Deutschland die Gleichberechtigung auf den Weltmärkten verweigert geblieben. (?)

Die an die Industriellen ergangene Einladung des Obersten Wirtschaftsrates sei also aus rein geschäftlichen Gründen erfolgt. Die Sowjetunion suche zur Erfüllung des Fünfjahresplanes Verbindungen mit ausländischen Firmen, die auf eine Reihe von Jahren berechnet seien, und rechne damit, daß ihr annehmbare materielle Bedingungen angeboten werden, und daß der Vertragspartner „dieselbe feste und deutliche Einstellung zeige wie

Moskau; anderenfalls würden Abschlüsse großen Maßstabes nicht zustande kommen“.

Unklar sei, ob die deutschen Geschäftskreise den deutsch-russischen Beziehungen bei diesen Erwägungen Rechnung tragen, und darin bestünde die Schwierigkeit der Lage. Die Sowjetunion wünsche in ihrer Außenhandelspraxis keine bürokratischen Zwischeninstanzen, wie sie von einigen deutschen Firmen ins Leben gerufen worden seien (gedacht ist wohl an den Russenausfuhr). Die Reise der deutschen Delegation trage zwar Privatcharakter, jedoch würde eine Reihe von Fragen berührt werden, die die Stärkung der deutsch-russischen Beziehungen betreffen, zumal da es sich um so mächtige Vertreter der deutschen Handelswelt handle. Die Einladung des Obersten Wirtschaftsrates und ihre Annahme durch prominente Vertreter der deutschen Industrie bedeuteten an sich einen Antriebs zur Entscheidung der wichtigsten im Interesse beider Staaten liegenden Probleme.

Der Sinn dieser Auslassungen ist kaum mißzuverstehen: man betont „zwar“, daß die Reise einen „rein“ wirtschaftlichen Charakter trage, aber man will die deutschen „Industriekapitäne“ dafür gewinnen, daß sie die politischen Probleme der deutsch-russischen Beziehungen in ein bestimmtes Fahrwasser lenken.

Nicht genug also damit, daß die Bolschewisten mit den schlimmsten Scharfmachern der deutschen Großindustrie über Industriegeschäfte verhandeln, sie wollen sie sogar als politisches Druckmittel gegen die Reichsregierung gebrauchen. Wo es um das russische Staatsinteresse geht, wird von den Bolschewisten eine großindustrielle Nebenregierung in Deutschland geradezu gewünscht und gefördert.

Arbeitslosen und die gemeindliche Erwerbslosenwohlfahrt durch eine einheitliche Reichsarbeitslosenfürsorge abgelöst werden sollen, zeigt den einzig möglichen Weg, um den Gemeinden unerträgliche Wohlfahrtslasten zu ersparen und andererseits den langfristig Erwerbslosen ausreichende Unterstützung zu sichern. Die Sozialdemokratie wird sich nicht damit abfinden können, daß mit dieser dringlichen Reform, die am 1. April d. J. in Kraft treten müßte, etwa gewartet werden soll, bis die erwähnte Untersuchungskommission ihren umfangreichen Beratungstoff abgeschlossen haben wird. Auch die übrigen arbeitsmarktpolitischen Anträge von sozialdemokratischer Seite sollten nun schleunigst in Angriff genommen werden. Dazu gehören z. B. das Verbot von Schwarzarbeit für die beamteten Personen, unter der insbesondere Musiker leiden, die Entlastung des Arbeitsmarktes von Staatspensionären, Wartegeldempfängern usw.

Angeichts der Erwerbslosenziffer von rund 5 Millionen können die gesetzgebenden Körperschaften auch nicht länger an der Neuregelung der Arbeitszeitbestimmungen vorübergehen. Der sozialdemokratische Vorschlag, bei Einführung der 40stündigen Arbeitswoche freierwerdende Unterbringungsmittel der Arbeitslosenversicherung zum teilweisen Ausgleich des Lohnausfalles zu verwenden, ist sicher ein gangbarer Weg. Ueberstunden sollten allgemein verboten werden; soweit sie in zwingenden Ausnahmefällen als notwendig zugelassen werden, sollten aus dieser Mehrarbeit erhöhte Zuschläge für die Arbeitslosenversicherung und damit wieder für die Zwecke des Lohnausgleichs erhoben werden.

Die Zahl der Arbeitslosen ist nicht zuletzt durch jene Lohnsenkung gestiegen, die alle Teile von Handel, Industrie und Verkehr erfaßt hat. Die hier erzeugte wesentliche Verringerung der Kaufkraft der Massen hat geradezu verhängnisvoll gewirkt und jede Neubebauung des Inlandsmarktes verhindert. Schon deuten Anzeichen darauf hin, daß der ersten eine zweite Lohnabbauwelle folgen soll, wenn es nach dem Willen des Unternehmertums geht. Hier erwacht der Reichsregierung die politische Aufgabe, den staatlichen Schlichtungsapparat nicht länger in den Dienst des Lohnabbaus zu stellen. Das staatliche Schlichtungswesen muß als sozialpolitische Einrichtung zum Schutze der wirtschaftlich Schwächeren angesehen werden, nicht aber dazu, die Lasten der Wirtschaftskrise einseitig auf Arbeiter, Angestellte und Konsumenten abzuwälzen. Die in den letzten Monaten amtlicherseits betriebene Lohnpolitik muß einen sichtbaren Kurswechsel erfahren. Die Reichsregierung hätte um so mehr Anlaß, bei der Beratung des Sozialplans zur Lohnfrage befriedigende Erklärungen abzugeben, als ihre Preisentgeltaktion nur zögernd und unzulänglich vor sich geht.

Wir fordern: Schluß mit dem Lohnabbau; und sind uns bewußt, damit nicht nur den Lohn- und Gehaltsempfängern, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft einen Weg zur Entspannung der Krise zu weisen! Die Reichsregierung kann diesem Verlangen Rechnung tragen, indem sie vor allem weitere Schiedsprüche auf Lohnabbau nicht mehr für verbindlich erklärt. Nicht minder wichtig aber ist, daß den wachsenden Bestrebungen des organisierten Unternehmertums auf Forderung des Tarifwesens schärfer Widerstand entgegengekehrt wird. Wenn das deutsche Volk in all den Stürmen der Sozialreaktion aus den letzten Monaten den festen Boden unter den Füßen trotz größten Elends behalten hat, so ist das ein Verdienst der Gewerkschaften. Ohne die grundsätzliche Beibehaltung kollektiver Lohn- und Arbeitsverträge wäre die einzelnen Arbeiter und Angestellten in schlimmste Abhängigkeit und Not versunken. Auch die Reichsregierung sollte sich bewußt bleiben, daß das kollektive Tarifrecht den einzigen Dammbau gegen chaotische Zustände in Wirtschaft und Betrieb bildet. Die für die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse in dieser Krise besonders notwendige soziale Schutzgesetzgebung ist schon hier und dort durch Maßnahmen des organisierten Unternehmertums, aber auch durch Fehlurteile des Reichsarbeitsgerichts stark ausgehöhlt worden. Es wird erforderlich sein, durch arbeitsrechtliche Ergänzungen der Gesetzgebung das geltende Arbeiter- und Angestelltenrecht wieder herzustellen. Die sozialdemokratischen Anträge zum Betriebsrätegesetz, zum Bürgerlichen Gesetzbuch, zur Tarifvertragsordnung, zum Handelsgesetzbuch und zur Gewerbeordnung enthalten die erforderlichen Korrekturen dieser Gesetze, um der weiteren willkürlichen Durchlöcherung des kollektiven Arbeitsrechts vorzubeugen.

Die Arbeiterschaft ist sich auch bewußt, daß eine Wendung in der Agrarpolitik nützlich, eine Umkehr in der Handelspolitik dagegen schädlich für die deutsche Volkswirtschaft und den Arbeitsmarkt wirken müßte. Die Steigerung einer Agrarpolitik, die bei hohen Zöllen den deutschen Export auf Spiel setzt, vermehrt die Erwerbslosigkeit; nur eine Fortführung der Handelspolitik auf der Grundlage der Reißbegünstigung kann international Erleichterungen bringen.

Reichsregierung und Reichstag haben bei der bevorstehenden Beratung des Sozialplans eine Aufgabe von geschichtlicher Bedeutung zu erfüllen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat in den letzten Wochen und Monaten gegenüber dem Scheinradikalismus und Pseudosozialismus ihre große organisierte Kraft zur Erhaltung des parlamentarisch-demokratischen Systems eingesetzt. Ihr ist es mit zu danken, daß die Hitler-Helden im Reichsparlament in die Flucht geschlagen werden konnten. Demokratie und Arbeiterschutz sind aber nicht voneinander zu trennen. Dem erfolgreichen Kampfe für die Demokratie muß nun die parlamentarische Aktivität für das Recht und die soziale Betreuung der wertvollen Menschen folgen. Schutz gegen weiteren Lohnabbau und Erwerbslosigkeit, ausreichende Unterstützung für die erwerbslosen Arbeiter und Angestellten bilden den Gradmesser für die politische Leistungsfähigkeit der heutigen Reichstagsmehrheit, wie für die derzeitige Reichsregierung. Sie werden beide sozial sein — oder sie werden nicht sein.

Die polnischen Bauernparteien wollen am 17. März ihren Vereinigungskongress in Warschau abhalten; ihr künftiger Führer soll der ehemalige Ministerpräsident Witos werden, den Wladislaw Rulicki 1926 gefolgt hat. Witos war der Zellen-genosse des Sozialisten Hermann Liebermann in Breslau-Litowsk.

50 000 Tonnen Gefrierfleisch.

Sozialdemokratischer Antrag angenommen!

Im handelspolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am Donnerstag mit 11 gegen 8 Stimmen der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach ab 1. März zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch wieder ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch jährlich zur zollfreien Einfuhr zugelassen wird. § 12 des Fleischbeschaugesetzes soll für dieses Kontingent aufgehoben werden. In die Durchführungsbestimmungen sollen besondere Sicherungen aufgenommen werden, daß das Gefrierfleisch auf dem Wege vom Importeur zum Verbraucher nicht ungeschützt veräußert wird. Die Durchführungsbestimmungen sollen daher eine planmäßige Beaufsichtigung und wirksame Kontrolle der Preisgestaltung sowohl beim Großhandel als auch im Kleinverkauf enthalten.

Willkür in Braunschweig.

Jeder Hafentregler macht was er will.

Braunschweig, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Der Druck, den Franzens Parteifreunde auf die Braunschweiger Polizei ausgeübt haben, hat zu ungeheuerlichen Folgeerscheinungen geführt. Ein Polizeibeamter hatte ein Protokoll aufgenommen, in dem es hieß, daß ein Nationalsozialist einen Passanten während des letzten Gantages der Nazis mit einem Messer gestochen habe. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Förner ließ sich den Polizeibericht vorlesen und forderte von dem Beamten, daß aus dem Worte „Nationalsozialist“ das Wort „eine Person“ gemacht werde. Der Beamte weigerte sich, in dem Protokoll etwas zu ändern. Darauf setzte sich Förner mit dem vorgeordneten Beamten in Verbindung, der dann anordnete, daß die Veränderung zu geschehen habe.

Nationalsozialisten haben also unter der Herrschaft Franzens bereits das Recht, daß amtliche Protokolle ihren Wünschen entsprechend geändert werden!

Reichsgericht gegen Hafentregler.

Ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung gegen die Nationalsozialistische Partei gefällt. Gegen das Verbot der nationalsozialistischen Wochenzeitung „Schleißer Beobachter“ war Beschwerde eingelegt worden. Der Oberpräsident hatte das Verbot damit begründet, daß in einer Reihe von Artikeln dieser Wochenzeitung der Tatbestand der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens gegeben sei. In der Beschwerde wurde auf den Eid Hitters sowie auf seinen letzten Aufruf verwiesen. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Beschwerde und gab folgende Begründung zu seinem Beschlusse:

„Es ist allerdings richtig, daß der Führer der NSDAP, Adolf Hitler in dem vom 23. September bis zum 4. Oktober 1930 vor dem Reichsgericht verhandelten Strafprozeß gegen drei Hitler-Wehrführer eidlich bekundet hat, er verfolge seine Ziele nur noch auf streng legalen Wege. Wie indessen gerichts-bekannt ist, strebt die NSDAP, die Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches an, und es sind, wie das aus zahlreichen Artikeln der nationalsozialistischen Presse gefolgert werden muß, zum mindesten Teile der NSDAP der Ueberzeugung, daß die von der Partei angestrebte Änderung der Verfassung nur durch einen Gewaltakt erfolgen könne und daß deshalb die beiden Massen ideologisch auf einen solchen gewalttätigen Anlauf vorbereitet werden müssen. Wenn daher auch der Parteiführer Adolf Hitler darauf halten mag, daß revolutionäre Bestrebungen innerhalb der NSDAP unterdrückt und unter Umständen mit Ausschluß aus der Partei gehandelt werden sollen, so schließt das noch nicht aus, daß solche revolutionäre Bestrebungen innerhalb der Partei auch ohne Zustimmung des Parteiführers Hitler und selbst gegen seinen Willen stattfinden.“

Wenn es aus heißt, der November-Staat werde „ganz legal zu wackeln beginnen“, so ist doch der ganze Ton, in dem die Artikel geschrieben sind, nicht auf ein legales, sondern vielmehr auf ein gewalttätiges Vorgehen und somit auf einen gewalttätigen Sturz der Verfassung gestimmt. Zwar wird das Ziel des hemmlosen Aufstandes nicht so offen proklamiert wie z. B. in den kommunistischen Propagandazeitschriften, aber es handelt sich hierbei nur um eine vorläufige Ausdrucksweise, wie es ja Methode in den nationalsozialistischen Zeitschriften ist, in Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen nach Möglichkeit das Gesetz zu umgehen, ohne dabei

höchstens auf die vom Gesetz verbotenen Handlungen verzichten zu wollen.

Diese Erwägungen zwingen dazu, Wendungen wie „Wann geht es los? — Von der Ober zum Rhein glimmt der Funke des Aufsturus unter der Oberfläche. Der Führer brauchte nur zu rufen, dann marschierten Millionen. — Und hinter dieser SA, da wird der Marschschritt klingen von Männern mit den Zuschloßhämmern aus den Fabriken und den Senzen der deutschen Bauern“ und dergleichen mehr nicht etwa nur bildlich, sondern vielmehr als eine ideologische Beeinflussung der Massen zur Vorbereitung auf einen revolutionären Gewaltakt aufzufassen. Und das Ziel eines solchen Gewaltaktes kann im Sinne der NSDAP nur die gewalttätige Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches zur Errichtung des „Dritten Reiches“ im Sinne Adolf Hitlers sein.

Hiernach stellen die beanstandeten Artikel eine Vorbereitung zum Hochverrat im Sinne der §§ 81 Ziffer 2, 86 StGB. dar.“

Die Flottenverhandlungen in Rom.

Günstige Aussichten. — Deutschland wird fortlaufend unterrichtet.

Rom, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Die einstündige Besprechung zwischen den englischen Ministern und Mussolini, die am Donnerstagnachmittag in Gegenwart des österreichischen Außenministers und des Marineministers stattfand, hat die dort zum außenpolitischen Standpunkt aus behandelte Frage des Flottenübereinkommens augenscheinlich sehr geklärt. Unseren zuerst gegebenen Informationen, daß das Problem der Flottengleichheit zwischen Frankreich und Italien beiseite gelassen bzw. bis 1936 verschoben wird, werden jetzt von best informierter Stelle bestätigt. Die langen Vor- und Nachmittagsverhandlungen der Sachverständigen drehten sich um rein technische Fragen über die Beschaffenheit des Frankreich vorliegender Flottenübergewichts. Da gibt es noch manche Schwierigkeiten, aber allgemein überwiegt die optimistische Stimmung. Die englischen Minister bleiben bis zum Sonnabend in Rom. Dann dürften sie wohl ein für alle Teile annehmbares Übereinkommen nach Paris und London mitnehmen.

Es ist übrigens als sicher anzunehmen, daß auch Deutschland, und zwar von englischer Seite durch die Botschaften, offiziell über den Gang der Verhandlungen unterrichtet wird. Es soll in Deutschland der Eindruck vermieden werden, als trate es zur Abrüstungskonferenz zwecks einer Reihe fester Abmachungen zwischen den Staaten des Londoner Flottenpaktens gegenüber, und als ob diese Abmachung auch irgendwie die Rüstungen zu Lande betreffen.

Oliver Baldwin scheidet aus.

Moseleys Austritt steht noch aus.

London, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Ein dritter Anhänger Moseleys, Oliver Baldwin, Sohn des Konföderationsführers, ist aus der Arbeiterpartei ausgestiegen. Baldwin junior war im Jahre 1929 von dem Kreis Dudley in das Parlament gewählt worden und stand auf dem linken Flügel der ICP. Die Austrittserklärung Moseleys ist immer noch nicht erfolgt.

Schwierigkeiten der Labour-Regierung.

London, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Der Brückstein für die Zusammenarbeit der Labour Party und Liberalen und zugleich die schwierigste Klippe für die Arbeiterregierung ist das neue Gewerkschaftsgesetz. Es konnte vor einigen Wochen mit Mühe und Not durch die zweite Lesung und in die Kommissionsberatungen gebracht werden. Die Absicht der Liberalen war jedoch, in diesen Kommissionsverhandlungen dem neuen Gesetz die Zähne auszubrechen. In vorderster Linie steht die Frage der Gesetzlichkeit des Sympathie- und Generalstreiks. Dieser wichtigste Stein in der Regierungsvorlage vereinigte am Donnerstag die Konservativen und die Mehrheit der Liberalen gegen die Arbeiterpartei, deren Kommissionsmitglieder mit 31 gegen 37 Stimmen in der Minderheit blieben. Fünf Liberalen stimmten für die Regierung. Es wurde ein liberaler Zusatzantrag angenommen, der nicht nur den Generalstreik verbietet, sondern in der Praxis jeden größeren Streik unmöglich machen und die Arbeiterpartei noch hinter das Badwische Ausnahmengesetz zurückwerfen würde. Bei den Beratungen kam es zu den heftigsten Auseinandersetzungen.

Hermann Diamand gestorben.

Ein Vorkämpfer des Sozialismus.

Mit tiefer Trauer erfüllt uns die Nachricht vom Tode unseres alten Freundes und Mitarbeiters Dr. Hermann Diamand. Oftmals in den Jahren seit dem Krieg haben wir ihn bei uns begrüßen können, bis in seine letzten Tage ist er uns ein treuer Mitarbeiter gewesen. Nicht wenige Berliner Parteigenossen werden sich aus großen internationalen Kundgebungen seiner erinnern können als einer stämmigen Mannesgestalt mit einer starken und weithin tragenden Stimme, dem Werkzeug einer außerordentlichen Rednergabe, von der Diamand auch in deutscher Sprache höchst wirkungsvoll Gebrauch zu machen wußte. Das Haupttätigkeitsgebiet dieses feurigen Agitators, der er in seiner Jugend war, ist in den Parlamenten zu Wien und Warschau die Wirtschaftspolitik gewesen, in der er eine international geachtete Autorität war.

In seinen letzten Lebensjahren mußte er die schändlichen Verbrechen der Pilsudski-Clique gegen die Demokratie erleben. Für ihn war diese Entwicklung Pilsudskis nicht überraschend. Diamand hatte Pilsudski lange beherbergt, als der spätere Marschall 1905 vor der zarischen Gewaltherrschaft, die er nun imitiert, nach Galizien, dem österreichischen Teil



Polens, geflohen war. Schon damals hat Diamands scharfes Auge Verdächtiges an dem späteren Diktator wahrgenommen. Nach mehr als zwanzig Jahren zwang der Kampfgenosse von einst Diamand, gegen ihn zu streiten. Und wahrlich, Diamand schlug eine gute Klingel. Aus Rache dafür entfernte man Diamand von der wichtigsten Stelle des eigentlichen Leiters der polnischen Handelsabordnung in Berlin.

Lebenslauf und Tod.

Warschau, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Dr. Hermann Diamand, der heute, kurz vor Vollendung des 71. Lebensjahres, gänzlich unerwartet einem ihn seit längerer Zeit quälenden Leiden in Bemburg erlegen ist, war eben erst von der Tagung der Internationale in Zürich zurückgekehrt, wo er noch lebhaft an den Debatten teilgenommen hatte. Aus begüterter Familie stammend, hatte er niemals einen juristischen Doktorhut erlangt (höchstens als polnisch Angestellter vor den Gerichten), sondern sich ganz der Werbung für die sozialistische Masssbewegung gewidmet. Dafür wurde er z. B. als „nicht mündig zum Reservoffizier ernannt“ und blieb 1. und 2. Reservoffizierweibel. Von 1907 bis zum Ende des Weltkriegs gehörte er dem Abgeordnetenhaus zu Wien an, von der Wiedererrichtung Polens bis zu der Wahlgauerei im vorigen November dem Sejm zu Warschau an. Immer sah er in den leitenden Körperschaften der polnischen Sozialistischen Partei.

Es ist ein tragischer Zufall, daß Diamand an dem Tage dahingegangen ist, an dem der Ausschuss des polnischen Sejms dem deutsch-polnischen Handelsvertrage zugestimmt hat, für den sich der Verstorbene stets mit allen Kräften einsetzte und um den er sich sehr verdient gemacht hat.

Polen und Deutschland.

Völkerverständigung durch Handelsverträge. — Der deutsch-polnische Handelsvertrag.

Warschau, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Im Auswärtigen Seimausschuss wurde am Donnerstagmittag die Debatte über den deutsch-polnischen Handelsvertrag abgeschlossen. Die Regierungsvorlage wurde mit den Stimmen der Regierungsabgeordneten und der Sozialisten gegen die der Rechten und der Bauernfraktion angenommen. Der Referent, ebenfalls ein Regierungsabgeordneter, der sich für den Aufschub der Ratifizierung ausgesprochen hatte, enthielt sich der Stimme und verzichtete auf die Berichterstattung, die für das Plenum einem anderen Regierungsabgeordneten übergeben wurde. Die Beratung über den Handelsvertrag vor dem Plenum beginnt am Montag.

In der Debatte sprach der sozialistische Abg. Czapiński, der die große Bedeutung des Handelsvertrages für die Befriedigung und Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen hervorhob. Die unregelmäßigen Beziehungen Polens zu seinen beiden großen Nachbarstaaten Deutschland und Rußland könnten auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Der deutsch-polnische Handelsvertrag müsse daher, wenn er auch keine vollkommene Lösung darstelle, ratifiziert werden.

In politischen Kreisen hat die Unterstützung der Regierungsvorlage durch die Sozialisten lebhaft Zustimmung gefunden. Sie ist ein Beweis für die durchaus sachliche und zielbewußte Haltung der Sozialisten, die keine politische Begrenzung anerkennen, wenn es gilt, für die Völkerverständigung und die Regelung der nachbarlichen Beziehungen zu wirken.

Der Reichstag nahm am Donnerstag den Ergänzungshaushalt zum Reichshaushalt für 1931 mit einigen Änderungen an. Von der Annahme der Novelle zum Pressegesetz durch den Reichstag nahm der Reichsrat Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Thüringen und Braunschweig enthielten sich jedoch der Stimme. — Angenommen wurde auch eine Novelle zum Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmen, die eine verschärfte Aufsicht über die privaten Versicherungsgesellschaften bringt und die Bauparaffassen neu in das Gesetz einfügt. Eine Verordnung über Finanzstatistik wurde bei Stimmenhaltung der Länder Bayern und Baden gegen die Stimmen der Stadt Berlin angenommen.

Die sieben Milliarden deutsche Papiermark, die aus der Kriegszeit stammen und die die Bank von Belgien seit 1919 in ihrem Besitz hat, werden demnächst eingestampft werden. Ihr Gewicht beträgt 140 Tonnen.

Empfang in Moskau.

Zum Eintreffen der deutschen Schwerindustriellen.



Stalin: „Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten!“

Protest gegen Sowjetmethoden.

Gegen neuen Terror und alte Spitzelei.

Auf einstimmigen Beschluß der Exekutive der Internationale sandte ihr Vorsitzender Wandervelde folgendes Protestschreiben an den Rat der Volkstommissare in Moskau:

„Der „Vorwärts“ veröffentlichte ein Telegramm der Sowjetagentur, wonach die Untersuchung wegen der konterrevolutionären Organisation eines angeblichen Büros der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) beendet ist und die Angelegenheit in wenigen Tagen dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion zugewiesen werden wird. Diese Nachricht ist der Exekutive der I.A. während ihrer Tagung in Zürich zugekommen und macht einen um so energischeren Protest der Exekutive erforderlich, als sie sehr ernste Mitteilungen über die furchtbaren Bedingungen, unter denen die Angeklagten im Gefängnis leben, erhalten hat.

Die Exekutive der I.A. ist ständig in enger Fühlung mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, deren Tätigkeit sie sorgsam beobachtet. Sie weiß, daß die russische Sozialdemokratie im Kampf gegen die bolschewistische Diktatur

jede konterrevolutionäre Intervention in der Sowjetunion und alle Versuche, Aufstände zum gewaltsamen Sturz des Sowjetregimes zu organisieren, immer und in der entschiedensten Weise bekämpft

und daß kein Unterhändler mit gutem Gewissen bestreiten kann, daß sie stets für diese Aufgabe innerhalb der I.A. gewirkt hat.

Unter diesen Umständen ist es ein schändlicher Mißbrauch der Gewalt, wenn man Männer, deren ganzes bisheriges Verhalten und deren stets befundene Meinung gegen die gegen sie erhobenen Anklagen protestieren, der revolutionären Justiz überantwortet. Das gehört zum Terrorregime und der verkehrten amerikanischen Kampagne, die gegen die russische Sozialdemokratie und ihre Repräsentanten geführt wird, nur um sie in den Augen des Proletariats zu diskreditieren.

Ich bin von der Exekutive der I.A. beauftragt, gegen diese Schandtat energisch zu protestieren und festzustellen, daß der Bolschewismus durch dieses Vergehen die verhängnisvolle Spaltung der internationalen Arbeiterklasse nur immer mehr vertieft, obwohl es ein Lebensinteresse der Arbeiterklasse wäre, in allen Ländern gegen die Mächte der Reaktion, die sie bedrohen, Front zu machen.“

GPU-Espion als Gesandtschaftseindringler.

Warschau, 26. Februar.

Eine dem sowjetrussischen Konsulnatskommissariat in Moskau gerichtete Note der polnischen Regierung stellt fest, daß am 16. d. M. in Abwesenheit des polnischen Gesandten Patek, der sich in Warschau befindet, gegen 10 Uhr abends die Beamten der Gesandtschaft einen Mann in flagranti festgenommen haben, welcher

ins Gebäude der Gesandtschaft eingedrungen war und mit Hilfe eines mitgebrachten Schlüssels die Tür zum Kabinett des Gesandten geöffnet

hatte. Im Kabinett stehen die Kassenschränke mit den amtlichen Akten. Eine sofortige Mitteilung dieses Vorfalls an die Sowjetbehörden stieß auf Schwierigkeiten. Nach längerer Zeit gelang es einem Mitglied der Gesandtschaft, den Chef des Protokolls Kloronst ausfindig zu machen, der die Polizeibehörden aufsuchte, in die Gesandtschaft zu kommen. Die Polizei erschien in der Gesandtschaft erst um 2.15 Uhr früh. Der Eindringler erklärte, daß er Dimitri Petrowski heiße. Er war ordentlich, ja sogar vornehm gekleidet. An der Mütze hatte er ein Abzeichen der Genossenschaft der Mitarbeiter der GPU. Petrowski hatte weiter bei sich eine Brieftrügerkarte, versehen mit der Nummer der Moskauer Post. Im Innern der Tasche wurden ein Lederportefeuille für Dokumente und vier fiktive Telegramme an der Gesandtschaft unbekannt Personen vorgefunden. Außerdem fand man

bei dem Festgenommenen eine Anzahl Schlüsselbünde und Werkzeuge, die sonst von Einbrechern verwendet werden, sowie zwei zur Anfertigung von Schlüsselabdrücken gebrauchte Wachskugeln.

Petrowski schien sich bei der Auswahl der Schlüssel geirrt zu haben, wodurch sein Eindringen etwas mehr Zeit erforderte. Der Schlüssel, dessen er sich bediente, paßte zu anderen Türen des Gesandtschaftsbüros. Obwohl all das in Gegenwart der Sowjetbehörden festgestellt wurde, ist die Aufnahme dieser Einzelheiten ins Protokoll abgelehnt worden. Petrowski behauptete anfangs, er sei Briefträger.

Später erklärte er, daß er Berufsdieb sei

und keine Mithilfe habe. Diese Behauptung wird durch die Tatsache umgestoßen, daß er sich längere Zeit in den Räumen der Gesandtschaft, in welchen wertvolle Gegenstände freiliegen, befand und nichts angerührt hat. Dagegen machte er den Versuch, in des Kabinetts des Gesandten einzudringen, in dem keine wertvollen Gegenstände, sondern amtliche Dokumente sich befanden.

Die Note sagt, daß nach den Umständen der Eindringler Mithilfe hatte und daß er noch einem im einzelnen festgelegten

Plan und mit vorgeesehenen Mitteln arbeitete. Darüber hinaus haben Mitglieder der Gesandtschaft

in der kritischen Zeit mehrere verdächtige Individuen sowie eine leerstehende Autodroßke in der Umgebung des Gesandtschaftsgebäudes gesehen.

Diese Individuen sind dann plötzlich verschwunden. Gleichzeitig fuhr die Autodroßke weg. Die Note betont, daß die Sowjetbehörde in der Angelegenheit nicht aktiv genug vorgehe, daß sie keine detaillierte Untersuchung am Ort der Tat vorgenommen hat, und die Gesandtschaft über den Gang der Untersuchung nicht informiert. Die Note fordert eine genügende Aufklärung, Genugtuung und Vorforgabe, daß ähnliche Vorfälle in Zukunft sich nicht wiederholen.

Die Sowjetregierung wird schon „bedauern“ u.ä. vorläufig scheint sie den GPU-Espion als — polnischen oder vielleicht auch menschenwärtigen Spion hinstellen zu wollen, der Rußland schaden wollte. Auf die GPU hat nämlich die Regierung gar keinen Einfluß und das Auswärtige Amt muß es nun ausbaden, wenn mal die Spionage oder noch schlimmere Verbrechen der GPU durch Mißlingen aufgedeckt werden.

Rjasanoff ausgeschlossen.

Moskau, 26. Februar. (Tel.-Agentur der Sowjetunion.)

Gegen direkter Unterstützung der Menschewiki und Interventionisten sowie wegen Betrugs an der Partei wurde auf Beschluß der Zentralkontrollkommission der kommunistischen Partei Sowjetrußlands Rjasanoff aus der Partei ausgeschlossen.

Lappo-Diener regieren Finnland.

Sozialdemokratische Anprangerung.

Helsingfors, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion erhebt in einer Interpellation energischen Einspruch gegen die Passivität der Regierung gegenüber den zahlreichen Gewalttätigkeiten der Lappo-Leute und die Duldung der verfassungsfeindlichen Lappo-Drohungen. Die innerpolitische Unruhe könne nicht beseitigt werden, bevor die Regierung nicht ausreichend Wandel geschaffen hat, wie die öffentliche Meinung fordere. Die Interpellation verlangt eine klare Antwort der Regierung, ob sie gewillt sei, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen und die Umsturzbestrebungen der Lappo-Aktivisten zu unterbinden.

Spanische Sozialisten gegen Wahlen.

Präsident und Sekretär der Partei demissionieren.

Madrid, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Mit 35 gegen 14 Stimmen hat der Nationalrat der Sozialistischen Partei Spaniens beschlossen, eine Beteiligung an den von der gegenwärtigen Regierung ausgeschriebenen Wahlen abzulehnen. Die Mehrheit ist mit der großen Masse der Arbeiterschaft und des spanischen Volkes der Auffassung, daß der Augenblick gekommen sei, das gegenwärtige Regime zu liquidieren und durch eine demokratische Republik zu ersetzen. Diese Mehrheit wird geführt von Caego Caballero, dem Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Fernando de los Rios und Indolecio Prieto. Die Minderheit war vertreten durch Vesteiro, Präsident der Partei und des Gewerkschaftsbundes, Saborit, Sekretär der Partei und Chefredakteur von „El Socialista“ und drei andere Mitglieder der Parteileitung, die zusammen nach der Abstimmung ihre Ämter niederklegten. Doch bleiben sie als disziplinierte Mitglieder der Partei mit dieser verbunden. Die Gefahr einer Spaltung besteht nicht.

Australien druckt Notgeld.

Weil es keine Anleihe bekommt.

Sydney, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Da alle Anleiheversuche der australischen Regierung an dem Widerstand der Banken gescheitert sind, hat der australische Bundesrat mit Stimmenmehrheit der Zentralregierung die Genehmigung gegeben, für 18 Millionen Pfund Sterling Notgeld zu drucken. Von dieser Summe werden 12 Millionen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und sechs Millionen zur Agrarhilfe verwendet. Der Antrag des Ministerpräsidenten von New South Wales, die ausländischen Anleihezahlungen einstweilen einzustellen, wurde mit allen Stimmen abgelehnt.

Genosse Ruttner spricht zum Justizetat.

Abstrafung der Verleumderclique. — Der Fall Deerberg vor dem Landtag.

In der Donnerstag-Sitzung wurde zunächst ein Antrag der Volkspartei, daß der Bau des Mittelstandsanals nicht verzögert, sondern beschleunigt werden soll, debattelos dem Verleumdungsausschuss überwiesen.

Hierauf wurde die zweite Lesung des Justizetats fortgesetzt.

Abg. Weiskermel (Dnall.) (mit lebhaften Zurufen links empfangen: Wo bleibt Steuer?) Ich habe nicht die Absicht, mich mit dem bekannten Buch über die „Gefesselte Justiz“ eingehender zu beschäftigen. Aber wenn nicht große Teile des deutschen Volkes an politische Einflüsse auf die Rechtsprechung glauben, wäre es nicht möglich, daß diese Schrift solche Wellen schlägt und solchen Widerhall findet. Mit vollem Recht hat deshalb unser früherer Kollege Deerberg im Hauptauschuss von der erneuten schweren Vertrauenskrise der Justiz gesprochen und gefordert, daß sie in Zukunft wieder zu einem unantastbaren Balladium gemacht werde.

(Lebhafte Jurufe links: Warum mußte er denn sein Mandat niederlegen?)

In der Partei hat kein Ausschlußverfahren gegen Herrn Deerberg geschwebt, und die Fraktion ist durch seinen Mandatsverzicht völlig überrascht worden. (Große Heiterkeit links und in der Mitte.) Der Justizminister hat im Hauptauschuss eine Justiz gefordert, die auch nicht den kleinsten politischen Einschlag habe. Aber er hat dann selbst erklärt, er wolle die Richter in den Geist und die Aufgaben des Volkstaats einführen. Dieser Weg ist um so gefährlicher, als von der Linken ein Trommelwirbel auf alle Richter gelenkt wird, die nicht nach ihren Wünschen urteilen, eine planmäßige Erschütterungstaktik gegen die Gerichte angewendet wird. Die Richter, die von der Linken fortbrennend mit Schmutz beworfen werden, sind gar nicht mehr in der Lage, nach ihrer freien Ueberzeugung Recht zu sprechen. Auch die Personalpolitik ist von politischer Beeinflussung nicht frei. Wir wollen Recht und Gerechtigkeit, nicht Staatsraison. (Beifall rechts.)

Abg. Ruttner (Soz.):

Nachdem in der Presse angekündigt war, die Justizrede werde an Stelle des Senatspräsidenten Deerberg Herr Steuer halten, erblickten wir eine gewisse Courtoisie darin, daß die Deutschnationalen Herrn Weiskermel dazu wissen gelassen haben. Denn allzu scharfer Wechsel in der Atmosphäre könnte gesundheitsschädlich sein. (Heiterkeit.) Herr Weiskermel ist seiner Aufgabe, den Abstieg von Deerberg zu Steuer zu überbrücken, durchaus gerecht geworden. Er hat die Frage aufgeworfen, wie ein solches Nachwort wie das Jarnowsche Buch solches Aufsehen erregen konnte. Ja, wie konnte dieses Buch den Mandatsverzicht des Abgeordneten Dr. Deerberg herbeiführen? Die Antwort ist:

Mit untrüglich sicherem Instinkt haben die Deutschnationalen, vor die Wahl zwischen Deerberg und Moritz-Jarnow gestellt, Moritz gewählt.

(Sehr wahr! links.) Und dann fragen Sie hier naiv und erstaunt, wie ein solches Gemisch von Verdrehungen und offensichtlichen Lügen die Öffentlichkeit so intensiv beschäftigen kann.

Wer ist Herr Moritz? Er hat über sich selbst im „Deutschenpiegel“ erzählt, daß er 1919 bis 1924 Deutsche Volkspartei, danach deutschnational und neuerdings nationalsozialistisch gewählt habe. Inzwischen war er aber 1921 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und ist auf dem Bezirksparteitag des Ragdeburger Bezirks als Delegierter für Wernigerode aufgetreten. Nach dem hier vorliegenden Bericht hat er in seiner Rede beklagt, daß auch in der Republik noch die freihellisch gesinnten Beamten verfolgt würden. (Heiterkeit.) Im Jahre 1920 hat sich Herr Moritz meinem Parteifreund Redakteur Zimmermann als Zeuge dafür angeboten, daß die deutschen Offiziere in der Etappe geschwoigt und gehurt hätten. Die gleiche Auffassung hat er in Zeitungsartikeln vertreten. Im Jahre 1924 endlich hat dieser deutschnationale Wähler, wie er selbst im „Deutschenpiegel“ mitteilt, die Grundzüge seines jetzt erschienenen Buches in der „Roten Fahne“ veröffentlicht. Moritz ist also das Urbild einer geschlossenen und charakterfesten Persönlichkeit, und er wußte schon, warum er sich hinter dem Pseudonym Jarnow verborg, bis ich die Waage gelüftet habe.

Das ist Herr Moritz politisch, moralisch hat das Schöffengericht Berlin-Schöneberg bereits im Jahre 1924 in rechtskräftigem Urteil festgelegt.

daß Moritz Querulant und obstinater Rechtshaber ist.

Er sollte sich damals in der Unioersitätsklinik Halle auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen, hat sich aber gemweigert; er ist infolged in einer glücklichen Lage als der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hiniker, dem die Unioersitätsklinik in Halle die Geisteschwäche bescheinigt hat. (Große Heiterkeit. Ab-

geordneter Steuer: Da ist wohl ein republikanischer Professor? — Erneute schallende Heiterkeit.)

In einem neueren, noch durch die Revision angefochtenen Urteil heißt es von Moritz, er habe die Unhaltbarkeit der von ihm erhobenen Vorwürfe genau gekannt; sein Verhalten streife nahe an Verleumdung. Das Berufungsgericht hat dieses Urteil dem Grunde nach bestätigt und ausgeführt, Moritz habe durch Verschweigen aller Ergebnisse der Beweisaufnahme bei seinen Zeugnissen den Anschein zu erwecken gesucht, als seien die erhobenen Vorwürfe doch wahr.

Für diesen ganz gewöhnlichen Verleumder kleinsten Formats hat die Deutschnationale Volkspartei den Senatspräsidenten Dr. Deerberg geopfert.

(Allgemeine Bewegung, Widerspruch rechts.) Herr Abg. Steuer, Sie haben persönlich am wenigsten das Recht zu protestieren, wenn ich feststelle, daß die Deutschnationalen einen Deerberg dem Fälscher und Lügner, dem Bishopsthen und Querulanten Moritz geopfert haben. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Nach einem Wort des Rarburger Professors Kreschmar ist es an der Zeit, daß die Politik sich nicht länger von Bishopsthen terrorisieren läßt, sondern sie wieder nach Gebühr zum Gegenstand ärztlicher Untersuchungen macht. (Zustimmung. — Jurufe: Steuer, geh nicht nach Halle!)

Herr Abg. Weiskermel hat sehr abschätzig über unsere Erschütterungstaktik, über unsere ganze Justizkritik geurteilt. Aber wenn Herr Landgerichtsdirektor Siegert gemeinwärtig aburteilt, wie war das Echo bei den Deutschnationalen? Ich habe bereits im Vorjahr die Zeitungen mit der Ueberschrift „Justizmord“ und „Bluturteil“ hier vorgezeigt. (Abg. Weiskermel: Das ist einmal; Sie machen es immer!) Einmal? Wie war es denn, als derselbe Siegert Georg Groß freigesprochen hat? Soll ich Ihnen Stöße Ihrer Justizkritik über die Urteile im Bombenlagerprozess vorlegen? (Sehr gut! links.) Ihre Justizkritik und unsere Justizkritik unterscheiden sich nur in einem: Sie sagen: „Ich weiß es zwar nicht, aber es kommt mir fast so vor.“ (Große Heiterkeit) und wir belegen unsere Kritik Stück für Stück mit Tatsachen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Seit der Beratung im Hauptauschuss sind noch keine 14 Tage vergangen, und schon wieder muß ich lauter neues Material vortragen.

Die Antworten des Ministers auf unsere Großen Anfragen haben uns nicht befriedigt. Im Düsseldorf-Fall hat er mitgeteilt, daß die Strafe der schuldigen Nationalsozialisten in der Berufungsinstanz ohne jede Begründung von 10 Monaten auf drei Monate herabgesetzt worden ist. In dem Fehlen jeder Begründung liegt einfach eine Pflichtverletzung. Die politischen Fehlurteile im Raumburger Bezirk erklärt er für Einzelfälle. Wieviel Einzelfälle müssen wir vortragen, bis er zugibt, daß System darin liegt? (Sehr gut! bei den Soz.) In Zeih erscheint immer dieselbe Bande von Nationalsozialisten zum Teil als Angeklagte, zum Teil als Zeugen vor Gericht und schwört sich frei. Wann endlich werden die Gerichte erkennen, daß die ganze Bande ungläubwürdig ist? Im Fall des Theologiestudenten Giesler hat tatsächlich das Gericht das Urteil mündlich damit begründet, man könne dem Theologie Studierenden nicht zutrauen, daß er mit einem Bierkeidel geschlagen habe; und daß er dem Polizisten den Gummihüpfel entlassen habe sei wohl nur zur Verteidigung geschehen. (Heiterkeit und Bewegung.)

Landgerichtsdirektor Pau in Glogau hat schon wieder die Verleumdungen eines Naziagitators mit milderer Strafe belegt, weil es sich um die „einmalige Entgleisung eines ehrenhaften Bürgers“ handele. Andere Verleumder spricht er auf Grund seiner neuen Theorie von der sorgfältigen Handlung frei. Da hat der Justizminister noch eine sehr ernste und eindringliche Erziehungsarbeit zu leisten.

Weder er noch die Gerichtspräsidenten sind, wenn sie wollen, gegenüber dem parteipolitischen Fanatismus gewisser Richter wehrlos. Auch die Unabhängigkeit der Richter ist kein Selbstzweck, sondern nur Mittel der Gerechtigkeit.

Sollte diese Unabhängigkeit dazu mißbraucht werden, offensichtlich Unrecht zu begehen, hätte sie ihre Existenzberechtigung vermisst.

(Sehr gut! bei den Soz.) Genau wie die Immunität der Abgeordneten aufgehoben werden mußte, als sie im großen Umfang zur streifreien Verleumdung mißbraucht wurde. Auch wir wünschen die weit ausgedehnten Konstitutionsproteste nicht. Aber darüber, daß in Sachen Raiffeisenbank und Realgess erst jetzt nach fünfjähriger Voruntersuchung Anklage erhoben wird, habe ich deutschnationale Beschwerden nicht gehört. Auch nicht dagegen, daß

Sinnes freigesprochen wurde, weil er, wie das Urteil sagt, sich zwar schandlos auf Kosten des notleidenden Staates zu bereichern versuchte, aber durch seine gesellschaftliche Stellung vor dem Verdacht absichtlichen Betruges geschützt sei. (Hört, hört! links.)

Auch wir bedauern die Sensationsmacherei einer gewissen Presse. Aber ein Verbot der Pressefreiheit während schwebender Prozeßverhandlung ist undurchführbar. (Zuruf rechts.) Herr Steuer, Sie bekommen es doch einfach physisch nicht fertig, ein Jahr lang den Mund zu halten. (Große Heiterkeit.) Viele Richter urteilen in politischen Prozessen trotz ihrer sonstigen Presseerziehung einfach auf Grund dessen, was sie in ihren Zeitungen gelesen haben. Da muß die Justizverwaltung gemeinsam mit uns einen systematischen Kampf gegen Lüge und Verleumdung führen. Wir erstreben eine objektive Richterlichkeit, die verleumderische Heerei zum Verachtung zurückweist. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Die Debatte wird durch die Abstimmungen zum Handelsstat, Budget und Finanzausgleich unterbrochen. Es werden fast durchweg die Beschlüsse des Ausschusses mit den Stimmen der Regierungsparteien bestätigt.

In der fortgesetzten Justizdebatte erklärt Abg. Kbiel (Zr.): Moritz-Jarnow habe den traurigen Mut befaßen, den toten Am Jehndhoff mit Schmutz zu bewerfen. Lediglich aus Agitationsgier hätten sich die Deutschnationalen schließend vor diese Schmähschrift gestellt. (Zuruf rechts: Sie treiben doch auch Agitation! — Zuruf im Zentrum: Aber nicht mit so dreifigen Mitteln!)

Die Äußerungen des Reichsgerichtsrats Georg Müller für Jarnow seien mit Amt und Ehre eines Reichsrichters nicht zu vereinbaren.

Gegen den Landgerichtsdirektor Pau habe der Preussische Richterverein das Notwendige gesagt. Die Personalpolitik der Richter in ihrer Regierungszeit habe darin bestanden, daß z. B. Falda nie einen katholischen Landrat und nie mehr als einen katholischen Richter gehabt hätte. (Hört, hört! im Ztr.) Der Justizminister habe der Richterchaft seine herzliche Anerkennung ausgesprochen. Dafür verdiene er Dank, und die Richterchaft habe zu ihm volles Vertrauen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Obusch (Rom m.) bespricht harte Urteile der Schnellgerichte. Er erhält für die Ausdrücke „Polizeimörder“ und „Polizeibestie“ zwei Ordnungsrufe.

Abg. Colenhauen (D B B.) Eine Schmähschrift wie das Buch von Moritz dient nicht der Gerechtigkeit. Wir verlangen absolute Zurückhaltung der Richter auf politischem Gebiet, aber auch Zurückhaltung der Kritik. Der juristische Nachdruck erscheint uns sehr gefährlich.

Abg. Freiherr von Wangenheim (Welfe): In der Zeit deutschnationaler Herrschaft konnte kein Anhänger meiner Partei Richter werden. Dafür wurde der letzte hannoversche Außenminister Graf Platen wegen seiner Ministerhandlungen zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Landbesverrats gegen Preußen verurteilt. (Bewegung.) Wir halten es für möglich, daß die Deutschnationale Fraktion durch den Mandatsverzicht Deerbergs überrascht wurde. Was hat denn die Fraktion schon zu sagen? Die Deutschnationalen haben doch das absolute Regime des Herrn Hugenberg wieder eingeführt. Wir wollen heraus aus dem preussischen Polizeistaat.

Abg. Dr. Grzimek (Staatspartei): Die Deutschnationale Volkspartei hat in dem Fall Deerberg bewiesen, daß sie unabhängige Richter nicht verträgt und in ihren Reihen nicht duldet. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Wir erstreben in der Justiz des Volkstaats ein wirklich modernes, freiheitliches Recht. Die Weiterberatung wird auf Freitag, 10 Uhr, vertagt.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Beantwortlich für Politik: Dr. Curt Geper; Briefkasten: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: R. A. Böcher; Verleger und Consignat: Felix Roth; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin; Berlin: Bornharts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt: Real Siner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Siera 2 Beilagen und „Stabbeilage“.

Grippe, Erkältungskrankheiten

werden mit den hervorragend bewährten Logal-Tabletten erfolgreich bekämpft. Im Anfangsstadium genommen, verhindern die Krankheitserscheinungen sofort. Ueber 6000 notariell beglaubigte ärztliche Gutachten, darunter viele von namhaften Professoren und aus ersten Kliniken und Krankenanstalten Ueberausende Erfolge! Logal befreit die Krankheitsstoffe aus natürlichem Wege, es löst die Harnsäure. Frag Sie Ihr Arzt. Machen Sie noch heute einen Versuch! In all. Apoth. R. 1.40. 126 Lith., 0,46 Chinin, 7,4 Acet. sal. ad. 100 amy.

WERTHEIM		Billige		Soweit Vorrat	
Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt		Lebensmittel			
Frisch. Fleisch	Konserven	Gänse gefroren, Pfd.	Wolghühner	Wurstwaren	Obst u. Gemüse
Kalbskamm . . . Pfd. 0.62	Schnittbohn. 1ge. 0.35 0.46	58, 68, 78 Pl.	gefroren, Pfd. von an 92 Pl.	Wien. Würstchen Paar 0.14	Musäpfel . . . 3 Pfd. 0.95
Kalbsbrust . . . Pfd. 0.72	Brechbohn. 1ge. 0.38 0.48	Frische Hühner	Hasen gestreift und	Bodwurst Stück 0.24	Amerik. Äpfel Pfd. 0.38 0.45
Kalbskeule . . . ganz u. geteilt bis 9 Pfd., Pfd. 0.84	Jg. Wachsbohnen I 0.64	Pfd. Suppen Brat v. an 0.94 1.10	ausgeworfen, Pfd. von an 82 Pl.	Landieherwurst Pfd. 0.85	Kaliforn. Birnen Pfd. 0.38
Kalbsschnittel . Pfd. 1.70	Spinat 0.40 Kohlrabi 0.33	Wildschwein Pfd. v. an	Rehblätler	Dampfwurst (Süzwurst u. Fleischwurst) 0.88	Zitronen Dutzend 0.30 0.38
Hammel-Vorderfl. 0.90	Karotten junge ganze . . 0.42	Ragout Blätter Rücken 36 Pl. 80 Pl. 90 Pl.	Pfd. von an 1.15	Leberwurst (Hausmacher) u. Metzlwurst 1.10	Apfelsinen Hyd. 0.45 0.60
Rinderkamm 0.82	Gemüse-Erbisen . . . 0.48	Kaninchen gestr.	Seelachs	Kümmel . . . Jagdwurst, Pfd. 1.25	Apfelsinen Halbblut 0.50 0.70
Schmorfleisch ohne Kn. Pfd. 1.16	Jge. Erbsen fein 0.86	u. ausgeworfen, Pfd. von an 95 Pl.	ohn. Kopf, ganze Fische, Pfd. v. an 20 Pl.	Speck v. an 0.82 mager 1.10	Halbblut-Orangen 9.50 (Messina), Kiste 100 u. 150 Stk.
Roastbeef 0.96	Kaiserschoten 1.15 1.30	Schellfisch und Kabeljau	Fischfilet	Gek. Schinken 1/2 Pfd. 0.45	Frische Ananas Pfd. von an 0.65
Gulasch gemischt . . Pfd. 0.90	Gemisch. Gemüse mittel- bis klein 0.84	Pfd. von an 24 Pl.	Pfd. von an 34 Pl.	Königstr., Rosenthaler Str., Moritzplatz	Möhren gewaschen, Pfd. 0.05
Lieser 0.62 Gehacktes 0.80	Bruchspargel dünn, 1/2 Dose 0.75 1.32	Roibars	Bratschollen	Blut- u. Leberw. frische Pfd. 0.65	Rot-, Welf- u. Wirringkohli, Pfd. 0.07
Rückenfett bratfertig, Pfd. 0.64	Bruchspargel extra stark, 1/2 Dose 1.18 2.15	ohne Kopf, Pfd. von an 32 Pl.	Pfd. von an 35 Pl.	Speckwurst . . . Pfd. 0.72	Sellerie . . . Pfd. 0.06 0.09
Kahler mild gesalzen, Pfd. 0.88	Stangenspargel mittel- bis stark 1.96	Grüne Heringe	Spiegelkarpfen	Schinkenpolnische 1.10	Wein
Schweinerücken und 0.74	Prinzebohnen fein 1.80	Oslender 3 Pfd. v. an 42 Pl.	lebend Pfd. von an 90 Pl.	Preis für 1/2 Flasche, ohne Glas	1929 Bergzaberner Loffen 0.75
Kolonialwaren	Pflifferlinge . . 1/2 Dose 0.72	Schellfisch und Kabeljau		1929 San Antonio span. Kolwein 0.95	1928 Wöllsteiner Hüllberg 0.95
Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.55, 1.45	Räucherwaren	Pfd. von an 24 Pl.		1928 Schloßböckelheimer 1.50	Dtsch. Weinbrand A. Descloux 5.00
Auszugmehl 10ge, Pfd. 0.27	Bücklinge Pfd. von an 0.26	Hasen gestreift und ausgeworfen, Pfd. von an 82 Pl.		aus Charentewein gebr. 5.00	Empfehlungswürst Naturgewürst
Kartoffelmehl . Pfd. 0.17	Fludern Pfd. an 0.32 Kisch. 0.38	Rehblätler Pfd. von an 1.15		1929 Siefersh. Marliniberg	Wachstum Wurm 1.00
Korinthen Pfd. 0.44	Sprossen an 0.32 Kisch. 0.38	Seelachs Pfd. von an 20 Pl.		1924 Chbl. Reignac Bord. 1.40	1927 Ruppertsbg. Graben Wachstum Deutsch 1.70
Sulianinen . . . Pfd. 0.56 0.42	Seelachs Pfd. von an 0.42	Wolghühner gefroren, Pfd. von an 92 Pl.			
Mandeln 10g u. bitter, Pfd. 1.40		Hasen gestreift und ausgeworfen, Pfd. von an 82 Pl.			
Zitronat Pfd. 1.10		Rehblätler Pfd. von an 1.15			

Stadtparlament gegen Abbau.

Ein Erfolg der Sozialdemokratie. — Kommunisten gegen Betriebsräte.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung unterschied sich vorteilhaft von vielen ihrer Vorgängerinnen. Es wurde ernst und hintereinander gearbeitet. Die bereits im Haushaltsausschuß behandelten „vorsorglichen“ Kündigungen des Magistrats wurden gestern im Plenum behandelt. In der Debatte sprachen Vertreter aller Parteien. Bekanntlich hatte die sozialdemokratische Rathausfraktion sofort nach Bekanntwerden des Magistratsbeschlusses, den auch der „Vorwärts“ als verfehlt bekämpft hat, zwei Dringlichkeitsanträge gestellt, die die Zurückziehung der ausgesprochenen Kündigungen verlangten. Bereits im Haushaltsausschuß hat der Vertreter des Magistrats, Stadtsyndikus Dr. Lange, erklärt, daß der Magistrat bereit ist, die „vorsorglichen“ Kündigungen zurückzunehmen. Er hat diese Erklärung gestern im Stadtparlament wiederholt. Sehr lehrreich für die Arbeiter und Angestellten war gestern wieder einmal die Haltung der Kommunisten. Die Sozialdemokraten hatten in einem Zusatzantrag verlangt, daß bei allen Personalmaßnahmen des Magistrats genau nach dem Betriebsrätegesetz zu verfahren und der Angestelltenrat zu hören sei. Was taten die Herren Kommunisten? Sie stimmten gegen diesen sozialdemokratischen Antrag! Sie konnten den Arbeitenden keinen besseren Ansehensunterstützung über ihre in der Praxis immer wieder arbeiterfeindliche Politik geben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten die Kommunisten, daß die vor dem Rathaus patrouillierenden Polizeibeamten zurückgezogen würden. Eine große Mehrheit lehnte das Verlangen ab, dafür stimmten nur die Parteien, die in ständiger Fehde mit der Polizei liegen, nämlich die Kommunisten und die Nationalsozialisten. — Zur Verhandlung kamen dann die Anträge der Sozialdemokraten und anderer Parteien, die die Zurücknahme der

Kündigungen von städtischen Angestellten.

verlangen. Stadt. Robinson (Soz.) berichtete über die Vorberatungen im Haushaltsausschuß. Auf Beschluß des Ältestenausschusses war für jede Fraktion eine Redezeit von 20 Minuten festgesetzt worden; im Plenum erklärte Stadt. Wisnewski (Komm.), die Kommunisten wollten zwar „nicht lange reden“, doch beantragte er im gleichen Atemzuge die unbefristete Redezeit. (Heiterkeit.) Die Versammlung belieh es jedoch bei dem Beschluß des Ältestenausschusses. Robinson empfahl der Versammlung folgenden im Haushaltsausschuß von den Sozialdemokraten gestellten Antrag zur Beschlußfassung:

Nach der Erklärung des Magistratsvertreters im Haushaltsausschuß, daß die ausgesprochenen Kündigungen entsprechend dem einmaligen Beschluß der Versammlung vom Donnerstag voriger Woche zurückgenommen werden, wird der diesbezügliche Teil der Anträge für erledigt angesehen. Die Versammlung erwartet vom Magistrat die umgehende Bekannngabe der Verfügung, die die Zurücknahme der Kündigungen auspricht und ferner, daß Maßnahmen, die die Angestellten betreffen, gemäß den Tarifverträgen und dem Betriebsrätegesetz vorbereitet und durchgeführt werden im Einvernehmen mit den am Angestelltenrat beteiligten Gewerkschaften und den zuständigen Angestelltenräten. Die Versammlung lehnt den übrigen Teil der Anträge ab. In Erledigung des Antrags der sozialdemokratischen Fraktion ersucht die Versammlung den Magistrat, die Kündigungen von Bauarbeiter-Schutzkontrollleuten zurückzunehmen und neue Kündigungen nicht auszusprechen.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Stadt. Rogak, wandte sich insbesondere gegen die Absicht des Magistrats, gerade durch die Kündigungen Ersparnisse machen zu wollen. Ganz verständlich seien die Kündigungen „vorsorglicher“ Art, die rechtlich überhaupt nicht zu verletzen sind, und dem Magistrat einen Rattenschwanz von Klagen beim Arbeitsgericht einbringen würden. Im Haushaltsausschuß hat der Magistrat selbst zugegeben, daß die

Formulierung der Kündigungsschreiben hätte anders sein müssen; das beweist doch wohl,

daß das Zusammenarbeiten gewisser Stellen in der städtischen Verwaltung sehr viel zu wünschen übrig läßt.

So hat man sich bedenkenlos über alle Bestimmungen arbeitsrechtlicher Natur hinweggesetzt, und einfach darauflos gekündigt. Wie in den kaufmännischen Gruppen, so steht es auch bei den städtischen Technikern, die durch die Stadt aus Lohn und Brot gebracht wurden und dann, ohne Arbeit für die Stadt zu leisten, den Stadtsäckel mit Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen belasteten. Rogak legte dann dar, wie ein rückwärtsloser und unbedachter Stellenabbau durchaus nicht mit Notwendigkeit auch Ersparnisse hätte bringen müssen; in der städtischen Verwaltung sei die Arbeit liegengeblieben, die sich jetzt schon in einzelnen Dienststellen ganz ungeheuer anhäuft, die Verwaltung sei ins Stocken geraten, kurz, die Bevölkerung und damit die Stadt habe mehr Schaden als Nutzen gehabt.

Die Zahl der Baukontrollleute sei nicht zu groß, sondern viel zu gering.

Die Bauarbeiterschaft habe Anspruch auf weitestgehenden Schutz bei der gefährlichen Arbeit, deshalb fordere die sozialdemokratische

„Nationaler Arbeitersekretär.“ Und seine Behauptungen im Stadtparlament.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat sich mit folgender Anfrage gegen den Stadtverordneten Barthels, seines Zeichens deutschnationaler Arbeitersekretär, gewandt:

In der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Januar 1931 hat der Stadtverordnete Barthels, Mitglied der deutschnationalen Fraktion, kritisch den Fall eines Arbeitnehmers der Berliner Verkehrs-Gesellschaft behandelt, der trotz besonderer Verfehlungen — anscheinend aus sachlich nicht zu rechtfertigenden Gründen — im Dienst belassen worden war. Trotz der Widerlegung dieser Behauptungen durch den Stadtrat Reuter in der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Januar 1931 hat in der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Januar 1931 der Stadtverordnete Barthels unter zustimmenden Zurufen von Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion in einer erneuten schriftlich formulierten Erklärung seine Beschuldigungen in verschärfter Form wiederholt. Nach Zeitungsmeldungen sollen in einem arbeitsgerichtlichen Verfahren, das infolge der inzwischen erfolgten Kündigung des betreffenden Arbeitnehmers eingeleitet worden war, sämtliche wiederholt durch den Stadtverordneten Barthels vorgebrachten Beschuldigungen so einwandfrei als haltlos und gänzlich unbegründet festgestellt worden sein, daß der Stadtverordnete Barthels schließlich erklären mußte, er wäre von seinen Gewährsmännern vollkommen falsch informiert worden.

Wir fragen an: 1. Ist der Magistrat für seine Eigenschaft als Generalsekretär bereit, durch Einwirken auf die Leitung der BVB, im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der BVB, dafür zu sorgen, daß der leichtfertig beschuldigte Arbeitnehmer nicht nur wieder eingestellt, sondern auch für allen ihm entstandenen Schaden voll entschädigt wird? — 2. Ist der Magistrat ferner bereit, die Leitung der BVB, prüfen zu lassen, ob und in welchem Umfange der Stadtverordnete Barthels zum Schadenersatz (Rückvergütung der durch die BVB, zahlenden Beträge) in diesem Falle herangezogen werden kann? — 3. Ist der Magistrat endlich bereit, nach einem positiven Ergebnis solcher Prüfung, die Leitung der BVB, zu entsprechenden Maßnahmen gegen den Stadtverordneten Barthels und seine eventuell feststellbaren Gewährsmänner zu veranlassen?



14) Groß ist man nicht, kaum einen halben Zentimeter mißt man, der Puppenräuber, der da vorbei hastet, ist ein Riese gegen einen; aber hübsch ist man, schmal und flach gebaut, hat zinnoberrrote, harte Flügeldecken mit schwarzen Punkten, hat scharfe Fresswerkzeuge und benötigt sie auch; denn man ist hungrig. Ganz erschöpft vom Buddeln nach oben, hat man eine halbe Stunde lang auf dem Sande gelegen, hat Sonnenschein gegessen und sich in Wind gebadet; nun läuft man blindlings auf den nächsten grünen Stengel zu, der vor einem ist, klimmt hinauf, es geht noch mühsam; aber da ist schon das närende Grün. Die Fresszangen schrapen, es gibt ein leise zirpendes Geräusch, das junge, schmale Blattwerk zernagt sich leicht. Den ganzen Tag bleibt man hocken und frisst, schläft auch ein auf demselben Halm, als die Nacht beginnt, ist Kamm gefroren und beinahe tot, als die Sonne wieder aufgeht, und frisst wieder.

Fressen, das gibt Lebenskraft; das ist Zeugungskraft. Man will hinunter von seinem Stengel, man braucht nicht mehr zu klettern, wie gestern: oh, man kann fliegen, nicht sehr gut, aber es reicht, um auf den Sand zu gelangen, über den man nun hastig läuft, dunkel getrieben zu seinesgleichen. Wenige davon traf man im Vorjahr an; man war vereinzelt unter dem sonstigen Geier des Spargelfeldes, war immer auf der Hut, stellte sich sofort tot, als drei-, viermal Menschenaugen einen sahen, Menschenhände einen berührten, Menschenlippen einen betrachteten; in diesem Frühling aber ist das anders. Ueberall, an jeder Pflanze fast, findet man die Zinnoberroten mit den Schwarzpunkten; überall findet man auch Weibchen. Man sieht ihnen nach, wenn sie fliegen, man ist schlanker und schneller, man erklimmt sie im Lauf, daß sie einen tragen müssen, daß sie langsam krabbeln müssen, nur noch kriechen können; man trommelt leise mit den beiden Vorderbeinen auf den Kopfschild, bis die Fühler unter einem sich zuckend auseinanderbreiten, die Füße unter einem stillstehen, der Körper unter einem sich wollüstig ergibt...

Man verweilt lange so; dann eilt man behende fort; schwerfällig aber ist das Weibchen geworden. An den gelben Fasern eines Spargelstengels bleibt man hocken, einen ganzen Tag lang; als es wegstreckt, schnell wieder wie ein Männchen, lieben kleine, graue Eier neben den Fasern und sehen aus, als seien sie selbst aus der Pflanze gewachsen... Leicht und schwach ist man geworden, Hunger hat man und fressen muß man, neue Kraft sich fressen zum Zeugen, einen Sommer lang — ehe es wieder zum Schlafen geht, einen Winter lang. Bald ist man nicht mehr allein auf dem Spargelstengel. Grüne, schwarzköpfige Raupen sind da, die man zuerst gar nicht sieht, die ganz aussehen wie ein Stück Halm, auch dann noch, wenn sie groß und fett geworden sind; und das werden sie schnell, denn sie fressen noch hungriger, noch wilder als ihre Väter und Mütter, die nicht zu wachsen, sich nicht zu verpuppen brauchen; sie müssen das, sie tun es bald, denn die Sonne glüht und zwingt zu schnellem Leben; sie sind Käfer eines Morgens, Spargelkäfer, zinnoberrot mit schwarzen Punkten, fressen und zeugen und fressen...

Es ist noch stoddunkel, als um drei Uhr der Wecker losbellt; erst nach scharfem Hinsehen erkennt Andreas Korn das Fenster als graues Biered; ein blaßes Segel des langsam herangeleitenden Tages. Er zieht sich schnell an. „Soll ich mitkommen?“ fragt Luise. Er lehnt ab; nicht nötig; wird's ja wohl noch alleine schaffen; Vorsicht ist besser als Nachsicht, nicht wahr, darum nur... Sie glaubt es ihm und schläft sofort wieder ein. Es bleibt auch noch dunkel, während er unten in der Küche hastig den aufgewärmten Kaffee schlürft. Vornwürfe macht er sich immerhin. Er hat sie im Vorjahr zwei-, dreimal gesehen, die Aulerich; hat sich aber natürlich nichts dabei gedacht; es lief viel Käfervolk herum im Sand, es waren auch solche drunter, die ganz ähnlich ausahen wie der Spargelkäfer und nie Schaden taten; wer wollte auf alles achten... Trotzdem: im „Lehrbuch des Spargelbaus“ hatte es gestanden, daß die kleinen Biester unter Umständen gefährlich werden konnten; man hätte aufpassen müssen; na, er hatte es ja schließlich jetzt selbst auszubaden mit ein, zwei durchgefrorenen Frühen. Er nimmt eine Bitterflasche, füllt sie halb mit Petroseum, läßt den Trichter drauf und geht hinaus. Es ist bitterkalt; er zieht die dicken Wollenen über die Hände. Im Osten ein roter Schimmer — er hat also Eile und stapft dem Felde zu.

Fraktion auch die Zurücknahme der Kündigungen bei den Baukontrollleuten.

Von den anderen Fraktionen sprachen die Stadtverordneten Faust (Dnat.), Kleine (Komm.), Sommer (D. Staatsp.), Engel (Soz.) und andere. Nach einer Erklärung des stellvertretenden Räumverwalters Lange (Soz.), wonach der Magistrat die zentrale Verwaltung und die Bezirksämter anweisen wird, die ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen, wurde der vorerwähnte Ausschlußbeschluß angenommen.

Die SPD. gegen Gewerkschaften und Betriebsräte.

Bei der Abstimmung ereignete sich ein Vorgang, der verdient, in weitester Deffentlichkeit bekannt zu werden. Gegen den Vorschlag in der Ausschußentscheidung, die den Magistrat verpflichten will, seine Maßnahmen gegen die Angestellten nur im Einvernehmen mit dem am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften und mit den Betriebsräten zu treffen, stimmten die Kommunisten im trauten Verein mit Deutschnationalen und der Volkspartei. Die Kommunisten wandten sich also auch gegen ihre eigenen Betriebsräte. Die Sozialdemokraten nahmen die Gelegenheit wahr, die Kommunisten auf ihre Gewerkschafts- und Betriebsrätefeindschaft festzulegen. Besonders auf den Tribünen, die mit städtischen Angestellten stark besetzt waren, rief das Verhalten der Kommunisten lebhafteste Verwunderung hervor. Für die

Beschaffung von zwei Gramm Radium zur Behandlung bössartiger Krebsgeschwüre

In den städtischen Krankenhäusern fehlten sich die Demokraten in einem Antrag ein, der angenommen wurde. In einem weiteren Antrag derselben Partei wurde die Umgestaltung der Berliner City zwischen Jägerstraße und Alexanderplatz gefordert. Er verfiel der Ablehnung; dafür stimmten nur die Antragsteller. Nach der Erledigung einer Reihe kleinerer Vorträge schloß der Vorsteher Genosse Haß die Sitzung.

Der weiße Schrecken.

Drei Hotels und 32 Bauernhäuser durch Lawinen zerstört. Bozen, 26. Februar.

Da nach den letzten bayerischen Schneefällen nunmehr wärmeres Wetter eingetreten ist, haben sich die Lawinenstürze in den Bergen Südtirols stark gehäuft. Besonders in der Provinz Trient wurden durch Lawinen große Schäden angerichtet. Zwei Hotels in Bazo und ein Hotel in Rabbi, sowie 30 Bauernhäuser sind durch Lawinen zerstört worden. Zum Glück waren die Hotels unbewohnt. Auch in den Dolomiten gingen Lawinen nieder. Bei Buchenstein wurden durch eine Lawine zwei Häuser ebenfalls vollkommen zerstört. Eine Person wurde getötet, zwei weitere schwer verletzt.

Urteil gegen Bauwächter Schulz.

Das Schöffengericht Lichtenberg verurteilte nach kurzer Verhandlung, die unter Ausschluß der Deffentlichkeit und der Presse geführt wurde, den Bauwächter Richard Schulz wegen fortgesetzter schwerer Rupperei an seiner Ehefrau zu weiteren 6 Monaten Zuchthaus, nachdem er vor einiger Zeit wegen Blutschande an seiner 14jährigen Tochter zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Der Bericht hatte dem Angeklagten auf Antrag von Rechtsanwält Dr. Reimold und nach dem Gutachten von Sanitätsrat Leppmann wegen schwerer Psychopathie mildernde Umstände zugebilligt.

In den Tod geschlendert!

Auf entsehlige Weise ist gestern der 53jährige Bräutigam Friedrich Roth aus der Residenzstraße 92 in Reimoldendorfer-Ost ums Leben gekommen. Er war am Bahnhof Tiergarten mit Montagearbeiten beschäftigt. Die Lokomotive eines vorüberfahrenden Vorortzuges erfaßte ihn und schleuderte ihn in einen mehrere Meter tiefer gelegenen Kabelschacht. Der Unglückliche wurde auf der Stelle getötet. Die alarmierte Feuerwehr hatte große Mühe, die Leiche des verunglückten Arbeiters zu bergen.

Sein Atem stellt sich vor ihm als graue Wand, zerteilt sich und läßt ihn widerwillig durch. Er beugt sich über die erste Pflanze, die am Wege steht; hält die Flasche unter, klopft mit dem Finger gegen den Stengel, als hätte er um Einlaß. Es trommelt im Trichter, ein Wirbel von zwölf, fünfzehn Schlägen rollt durch den Flaschenhals hinunter; die hat er! Viele sind nebenbei gefallen, er hats gottlob gesehen, wirft sie den andern nach und kratzt sich am Ohr: zwanzig an einer Pflanze! Wenn das so weiter geht...

Als er nach drei Stunden heimkehrt, ist längst heller Sonnenschein; trotzdem ist noch der blaue Schimmer der Kälte in seinem Gesicht. Er ist müde, fällt auf den Stuhl: „Strengt mehr an, als man glaubt.“

„Sie bleibt am Herd stehen. „Erledigt?“

„Für heute ja“, weicht er aus.

„Ruht du morgen noch mal gehen?“

„Es sind mehr, als ich dachte. Ich glaube, du wirst mitkommen müssen.“

Sie nickte nur. Es freut sie, daß er so vorsichtig ist. Schnell geht er in den Schuppen unter dem Borwand, Holz zu hacken; aber er will allein sein mit seinem ersten Gesicht.

Wenn es nicht gerade im zweiten Jahr wäre, denkt er. Im ersten hatten die Pflanzen mit dem Anwachsen zu tun, kamen langsam und boten wenig Nahrung. Im nächsten Jahre werden wir drei Wochen lang jeden Trieb wegstechen, es wird lange nichts Grünes geben — bis es kommt, sind sie längst verhungert und erstoren, die Biester. Aber gerade in diesem Jahr, wo der Spargel frei schießen und kräftig werden muß... er hadt wild ins Holz. Noch ist es nur Verrger...

Am nächsten Morgen gehen sie alle beide. Sie lachen, während sie Kaffee trinken; kommen sich vor wie die Lehrer ihrer Kindheit, die auch immer Käfer sammelten. Sie erhält ebenfalls ihre Flasche mit Trichter, pustet in die kalten Hände, als sie draußen steht, tapfer und draufgängerisch; also los!

Es ist beinahe lustig, so an die Stengel zu klopfen, daß sie unwillig wackeln und den Tau abschütteln — den Tau und die Käfer. Die Käfer fallen alle, von den Raupen bleiben viele haften; nun gut, wird man sie kriegen, wenn sie Käfer geworden sind; es ist sowieso einzusehen, daß man länger mit dem unnützen Zeug zu tun haben wird, als man annahm. An die Eier, die kein Klopfen vom Halme löst, denken sie beide nicht. (Fortsetzung folgt.)

Stiefvater und Stiefsohn.

Notwehr in Bestürzung, Furcht und Schrecken.

Die Verhandlung gegen den 24jährigen Fleischergehilfen und Mollereihelfen Rudolf B., der am 12. September v. J. seinen Stiefvater getötet hat, ist gestern nicht zu Ende gegangen. Der an und für sich eindeutige Tatbestand ist un- näherweise auf zwei Tage gestreckt worden.

Je weiter aber die Zeugenvernehmung fortschritt, desto klarer wurde es: Hier kann von Totschlag keine Rede sein. Entweder war es vermeintliche Notwehr, die nicht strafbar ist, oder eine Notwehr, die aus Bestürzung, Furcht und Schrecken die notwendigen Grenzen der Verteidigung überschritten hatte und deshalb gleichfalls strafflos bleiben muß, oder schließlich eine im Affekt begangene Körperverletzung mit Todeserfolg. Daß unter diesen Umständen dieser unbescholtene und bedingungslos sympathische junge Mensch von der Kriminalpolizei in Haft genommen und vom Untersuchungsrichter in Haft behalten werden mußte, wollte den Zuhörern nicht einleuchten.

Man stelle sich nur vor: Ein Junge wurde von seinem Stiefvater von klein auf mißhandelt; der Unhold zwingt ihn, sich nackt auszulegen, bindet ihn an einen Baum und prügelt ihn mit der Peitsche. Schlimmer als das war aber vielleicht, daß der Knabe die Mißhandlungen der über alles geliebten Mutter mit ansehen mußte. Der Stiefvater bedrohte die Frau mit Messern, warf nach ihr mit Steinen, klemmte sie zwischen seinen Beinen ein. Sollte sich da nicht in dem Sohne ein unbändiger Haß gegen den Peiniger festsetzen? Weil er nicht in der Nähe dieses Unmenschen sein wollte, ging er nach Schlessen in die Lehre zu einem Fleischermeister und später auf Wanderschaft. Als er dann im Jahre 1929 zur Mutter zurückkam, lebte der Stiefvater bereits bei seiner Geliebten, bedrohte und mißhandelte aber die Mutter nach wie vor und spielte sich zum Herrn des Mollereibetriebes auf. Nichts war vielleicht charakteristischer für diesen Menschen, als ein Vorfall, den ein Vetter des Angeklagten erzählte. Dieser Vetter, ein solider Schlosser, trat eines Tages dazwischen, als der Mann der Frau das verdiente Geld wegnehmen wollte. Die Folge war, daß der Wüterich den Zeugen mit dem Revolver bedrohte.

Der Sohn hat die Polizei um Hilfe, aber die Polizei erklärte, das seien Familienverhältnisse und in die mische sie sich nicht ein.

Als dann am 12. September das Unglück geschehen war, lief der Sohn zur Mutter, stammelte: „Mutter, Mutter, was ist geschehen. Später weinte er unaufhörlich. Wenn der Vater nur am Leben bliebe, sagte er, wenn ihm nur nichts passiere. Ein Nachbar rief das Ueberfallkommando an und erhielt auch diesmal zur Antwort: Das sind Familienangelegenheiten, wir mischen uns nicht ein.

Unter den Zeugenaussagen, die fast durchweg für den Angeklagten günstig sind, gibt es nur zwei, die in den Tatbestand der Notwehr nicht hineinpassen wollen. Ein Ehepaar will nämlich beobachtet haben, wie der Angeklagte nach den ersten Schlägen, die er dem Vater verabreicht hatte, aus dem Kubistall gekommen sei, um gleich darauf nach Rückkehr in den Kuhstall auf den Vater noch weiter einzuschlagen. Diese Aussagen scheinen aber auf irgendeinem Irrtum zu beruhen; sie stehen in vollem Widerspruch sowohl mit der Darstellung des Angeklagten als mit den übrigen Aussagen.

Das Gericht wird heute zu entscheiden haben, ob hier ein gänzlich unbescholtener junger Mensch, der einem zweieinhalb Zentner schweren Ramme gegenüberstand, auf diesen in Notwehr eingeschlagen, oder ob ein Vorstoß zu irgendeiner strafbaren Handlung vorgelegen hat.

Dr. Wolff weiter in Haft.

Warum nimmt er nicht die angebotene Kaution?

Stuttgart, 26. Februar.

Die Verteidiger des Angeklagten Dr. Wolff gaben in einer Donnerstagnachmittag mit den Vertretern der Presse stattgefundenen Besprechung folgende Erklärung ab:

„Die Haftentlassung Dr. Wolffs ist noch nicht erfolgt. Im Einverständnis mit Dr. Wolff haben seine Verteidiger heute vormittag dem Untersuchungsrichter gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß Dr. Wolff weder willens noch in der Lage sei, eine Kaution von 25 000 M. zu stellen, da er sich völlig im Recht fühle. Es wird jetzt bekannt, daß der gestrige Beschluß des Untersuchungsrichters, der die Aufhebung des Haftbefehls in Uebereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft von der Hinterlegung einer Kaution von 25 000 M. abhängig macht, ausdrücklich betont, daß Verdunkelungsgefahr nicht bestehe, sondern daß nur noch Fluchtverdacht vorliege. Demgegenüber stehen die Verteidiger auf dem Standpunkt, daß der Haftbefehl tatsächlich und rechtlich unhaltbar ist. Sie verlangen daher, daß der für morgen angelegte Haftprüfungstermin trotz des gestrigen Beschlusses stattfindet. Diesem Verlangen muß nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften stattgegeben werden. Die Verteidigung bezweckt mit diesem Vorgehen, entsprechend der vom Anfang an eingenommenen Haltung, das ganze Verfahren auf eine einwandfreie vollständige juristische Durcharbeitung des Prozesstoffes zu bringen.“

Ein uns aus Stuttgart zugehender Bericht befragt jedoch, daß eine angesehene Verlagsgesellschaft bereit gewesen sei, die Sicherheitssumme für Wolff zu stellen. Es scheint auch, so heißt es in dem Bericht weiter, daß sich Wolffs eigene Auffassung von der Art, wie seine Sache geführt werden soll, etwas geändert hat, seit er die Fühlung mit der württembergischen Bezirksleitung der Kommunistischen Partei wieder aufgenommen hat. Von dieser war für Donnerstagnachmittag eine große Protestversammlung gegen Wolffs Verhaftung einberufen worden, die natürlich durch seine vorherige Freilassung an Bedeutung verloren hätte. Auf jeden Fall bleibt die sonderbare Tatsache bestehen, daß Wolff aus der Haft nicht entlassen worden ist, obgleich ihm schon seit Mittwoch die Möglichkeit dazu gegeben war.

Der Rundfunkvortrag des Genossen Crispian: „Aus den Anfängen der Arbeiterbewegung“, der heute, Freitag, 27. Februar, um 15.40 Uhr, stattfinden sollte, muß wegen Erkrankung des Referenten ausfallen und wird an einem späteren Termin abgehalten werden.

Achtung, Gesundheitspaß!

Nutzt er dem arbeitenden Menschen? — Vorzüge und Nachteile.

Ueber die im Kaiser-Friedrich-Haus veranstaltete Aunbarung „Werbung für den Gesundheitspaß“ schreibt uns unser maßgebender Mitarbeiter, Genosse Dr. med. Robert Martz:

Im Hörsaal des Kaiser-Friedrich-Hauses fand eine Kundgebung des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung statt, in der für den Gedanken eines Gesundheitspasses geworben wurde. Der Generalsekretär dieses Reichsausschusses ging von der Notwendigkeit einer Schaffung von Familienstambäumen aus, indem er darauf hinwies, daß viele Krankheiten, die in der Kindheit des einzelnen oder auch bei den Vorfahren vorliefen, wieder bei den Nachkommen auftreten. Andererseits können aber auch wieder viele Krankheiten, wenn die Familiengeschichte genauer bekannt ist, in ihren Anfängen wirksam bekämpft werden. Ueber die Bedeutung einer solchen Familiengeschichte für Säuglinge und Kinder sprach Professor Langstein. Er wies darauf hin, daß z. B. ein Keuchhusten bei einem Kinde von sieben Jahren, das mit zwei oder drei Jahren schon eine Bronchialdrüsenubertulose hatte, anders zu werten ist, als bei einem Kinde ohne eine solche Belastung. Das gleiche trifft z. B. für Gelenksentzündungen zu, die bei einem Arzt, der das Kind zum erstenmal sieht, den Gedanken an einen Gelenkrheumatismus aufkommen lassen, von ihm aber als auf angeborener Syphilis beruhend erkannt werden, wenn er weiß, daß dieses Kind von syphilitischen Eltern stammt. Diese Beispiele lassen die Führung eines Gesundheitsbuches für jeden Menschen von der Geburt bis ins hohe Alter als sehr notwendig erscheinen.

Auf die Nachteile aber für die Zukunft eines Kindes mit einem Gesundheitspaß wies Ministerialrat Dr. Beyer hin. Er führte aus, daß wenn Gesundheitspässe allgemein üblich werden würden, jeder Unternehmer bei der Einstellung eines Arbeiters dessen Gesundheitsbuch verlangen würde. Die Leute würden dann gezwungen werden, die Gesundheitsbücher entweder falsch oder nur mangelhaft zu führen. Er erinnerte daran, daß schon vor dem Kriege, als noch die allgemeine Militärpflicht bestand, von den Unternehmern den gedienten Leuten der Vorzug gegeben wurde, indem sie glaubten, daß diese gesünder sein müßten als nicht gediente. Auf den Vorschlag, daß die Gesundheitsbücher an neutralen Stellen wie Standesämter usw. hinterlegt werden könnten, sei zu erwidern, daß sie ja dann, wenn sie nicht von den behandelnden oder begutachtenden Ärzten eingesehen werden könnten, für eine ärztliche Behandlung zwecklos wären. Hier ist besonders auf die Gefahren hinzuweisen, die von Seiten der Betriebskrankenkassen der Belegschaft drohen würden, indem die Vertrauensärzte mehr oder weniger im Auftrage des Unternehmers zur Begutachtung der Arbeitsfähigkeit sich Einblick verschaffen würden. Aus diesem Grunde

ist auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gegen eine Einführung solcher Gesundheitspässe.

Nach der Verlesung einer Zustimmungserklärung für die Gesundheitspässe von Seiten einer Frau Schloßmann-Bönnies für die Rütler sprach in äußerst temperamentovoller Weise Dr. Thoma, der Vater des noch zu gebärenden Kindes Gesundheitspaß. Er berichtete von seinen Erfahrungen mit der Einführung der wissenschaftlichen Kinematographie, daß er damals beim Fortgehen von einem bekannten Kliniker der Universität Berlin aufgefordert wurde, den Hinterausgang zu kontrollieren, da vorn die Studenten kämen, und schloß seine Ausführungen mit dem Satz: Neue Sachen können immer nur gegen die Fachleute durchgeführt werden.

Von unserer Seite ist auf diesen Vorschlag folgendes zu bemerken: Bei einer planmäßigen Durchführung würden alle die Arbeitnehmer, die keinen guten Gesundheitspaß aufweisen könnten, ins Hintertreffen kommen oder gezwungen werden, ihn zu fälschen oder nicht vollständig zu führen.

Denn alle Unternehmer, die Fürsorgeeinrichtungen hätten, würden Leute, die z. B. eine Tuberkulose oder eine Syphilis hatten, ja vielleicht aus solchen Familien stammen, bei dem Ueberangebot an Arbeitskräften, ablehnen.

Mein bei der Syphilis muß man bedenken, daß in Berlin ein Drittel aller Männer im Alter zwischen 15 und 50 Jahren eine Syphilis hatten, und daß die Mehrsterblichkeit in diesen Altersgruppen im Verhältnis 100:186 ist. Trotzdem ist sowohl die Syphilis wie auch die Tuberkulose bei rechtzeitiger sachgemäßer Behandlung heilbar. Wir müssen deshalb verlangen, wie es auch Prof. Großhahn kürzlich vorschlug, daß erstens einmal eine planmäßige Propaganda zur Bekämpfung aller Volksleiden gemacht werde, zweitens daß die heute in den Fürsorgestellen, bei den Schulärzten usw. ruhenden Unterlagen zusammengetragen und daß diese Anhaltspunkte den Berufsberatungsgestellten für die Schul-entlassenen zugänglich gemacht werden. Denn durch eine entsprechende Berufswahl können drohende Berufskrankheiten vermieden bzw. bestehende Krankheiten entsprechend behandelt werden. Gerade in den Kassenambulatorien, in denen augenblicklich nur Familienangehörige behandelt werden dürfen, wäre durch die dort bestehenden gutgeführten Krankengeschichten schon heute ein großes Material vorhanden, das für die Berufsberatung im Interesse der Volksgesundheit zu verwerten wäre. Ein Gesundheitspaß, wie er uns heute vorliegt, ist aber wegen seiner Auswirkungen gegen die Lebensinteressen der Arbeitnehmer für die heutige Zeit abzulehnen.

Folgen des „Weltkampftages“.

Ergebnis wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt.

Bereits am gestrigen Donnerstag hatte sich das Schnellgericht beim Amtsgericht Mitte mit zwei Erwerbslosen zu beschäftigen, die bei Zusammenstößen mit der Polizei am vergangenen Mittwoch, dem „Weltkampftag der Erwerbslosen“, festgenommen wurden. Insgesamt werden sich 23 Festgenommene vor dem Richter verantworten müssen.

In den gestern zur Verhandlung anstehenden Fällen handelte es sich um Demonstrationen, die sich am Potsdamer Platz und am Bülowplatz ereigneten und zu schwersten Uebergriffen der Erwerbslosen gegen die Polizeibeamten führten. Am Bülowplatz wurde der Erwerbslose P. festgenommen, weil er bei Angriffen auf die Polizei sich auf einen Beamten gestürzt hatte und ihn zu Boden werfen wollte. Nur durch schnell hinzueilende andere Beamte konnte der Angegriffene aus der lockenden Menge befreit und der Angeklagte festgenommen werden. Wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen und Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde P. zu insgesamt sieben Wochen Gefängnis verurteilt. Der zweite Angeklagte, der Erwerbslose Erich H. wurde bei einer Tumultszene am Potsdamer Platz festgenommen. H. wurde wegen des Rufes „Blutbad“ zwangsgestraft. Bei der Siftierung leistete er den Beamten erheblichen Widerstand und trat einen Beamten mit Füßen. Gegen ihn wurde auf eine Woche Gefängnisstrafe erkannt.

Schweden verhältn. Mittel- und Nordschweden wurden von schweren Schneefällen heimgesucht. Der Jägerstreif zwischen Stockholm und den westlichen Provinzen war am Donnerstag stark behindert. Ebenso sind die Fernsprechverbindungen mit Värmland und Ost in Mitleidenschaft gezogen worden.

Funkwinkel.

Aus Köln übernahm Berlin das Hörspiel „Rheinland und Westfalen“. Eine Bilderfolge kulturgeschichtlichen und volkstümlichen Inhalts, aber nur selten lehrhaft betont; fast immer wurde in lebendigster, anschaulichster Wahrheit Land und Volk gezeigt. Man hatte Dichtungen der verschiedensten Stappen herangezogen, auch den Oberhofbauer einen Augenblick lebendig gemacht, Ruff, Schallplatten, alles so miteinander verbunden und zerschmolzen, daß stets ein einheitlicher Zusammenhang gewahrt schien. Rheinlanddarstellungen glichen leicht ins kitschig-Schablonenhafte hinein. Ernst Hardts Anzeigenkunst vermied diese Entgleisung; höchstens, daß ein paar Rheinlandbilder hätten weglassen dürfen — ebenso wie der Ruf, der wie Donnerhall braust. Sehr glücklich war die akustische Kulisse der Dichtung: jüchzig angedeutet in Glockentönen, Fluchplätzern, Tiergeräuschen, alles fast immer vom Kraft-Reisfischen ferngehalten und meist noch durch Ruff aufgelockert. — Eindrucksvolle Hörzungen fandte Berlin am Nachmittag. Schnellgerichtsvorhandlungen wollten die drei Bilder „Der Fahrmaeder“, „Der Stroh“, „Der Unverbesserliche“ von Ernst Verol zeigen. Justizrat Dr. E. Heilbron gab die juristischen Erläuterungen zu der Veranstaltung, die eine volkstümliche rechtswissenschaftliche Vorlesung im besten Sinne darstellte.

Falschmünzwerkstatt ausgehoben.

In der Mittelstraße 55 konnte gestern von der Berliner Kriminalpolizei eine modern eingerichtete Falschmünzwerkstatt ausgehoben werden. Die Druckmaschinen, zahlreiche Platten, Papier usw. wurden beschlagnahmt. Drei Personen, deren Namen im Interesse der weiteren Untersuchung von der Polizei noch nicht genannt werden, sind festgenommen und in Gewahrsam gebracht worden. Die Falschmünzer befaßten sich mit der Herstellung von polnischen 100-Zloty-Scheinen. Zahlreiche äußerst geschickt angefertigte Falschmünzen wurden gefunden. Die Werkstatt war in einer Privatwohnung untergebracht und gegen Ueberwachungen stark gesichert. Da sich die Fäden dieser Falschmünzwerkstatt über das ganze Reich erstrecken, ist mit weiteren Verhaftungen zu rechnen.

Drei unter der Laterne.

Ort der Handlung: Schönhauser Allee in der Nähe des Untergrundbahnhofs Senefelderplatz. Drei Männer, lebhaft grölend, kommen nach ergibigem Kneipenbesuch die Straße entlang. In einer Laterne packt den einen ein menschliches Kähnen, er tut etwas, was man auf der Straße nicht darf. Seine beiden Kumpane amüßeren sich. Zwei Schupobeamte, die des Weges kommen, machen die Gruppe pflichtgemäß auf das Ungebührliche ihrer Ausführung aufmerksam, aber — und jetzt kommt das Schämme — die drei Betrunkenen hören nicht auf die Warnung, sondern schreien auf die Beamten ein, fallen über sie her und bedrängen sie mit den Berferkerkräften des Betrunknenen. Der Lärm alarmiert andere Beamte, die Randallierenden werden überwältigt, aber ein Mann kann nur durch Anlegen von Handschellen bezwungen werden. Seine Kräfte sprengen die Fessel. Der Mann greift nach dem Gummknüttel des Beamten, fällt ihn wiederum an und wird nur mit Mühe bewältigt. Man bringt die drei zur Wache.

Die Sache hört sich heiter an. Ein alltäglicher Zwischenfall, grober Unfug mit Polizeistrafe, denn was dem Hund auf der Straße erlaubt ist, ist dem Menschen verboten, und ein altes Wort sagt: „Es scheidet sich der Mensch vom Tier durch seine Formen, und dafür gibt es ganz bestimmte Normen.“ Die Sache hat aber auch eine sehr ernste Seite: Aus dem Keinen Verstoß wird Widerstand, Beamtenbeleidigung, Körperverletzung. Das Wort: „Reidet den Alkohol!“ hat wohl seine Berechtigung.

700 Jahre Bayreuth.

Bayreuth, die Stadt Richard Wagners, kann in diesem Jahre auf ein 700jähriges Bestehen als Stadt zurückblicken. Aus diesem Anlaß wird am 28. März eine einfache Feier stattfinden, die mit der bis zum 31. März dauernden Tagung des Landesverbandes der bayerischen Geschichts- und Urgeschichtsforschervereine verbunden ist. — Die älteste noch vorhandene Urkunde, die Bayreuth als Stadt bezeichnet, stammt aus dem Jahre 1281, doch ist anzunehmen, daß Bayreuth als Siedlung mehr als 1000 Jahre alt ist.

Volkstümlichkeiten auch Sonntags. Das Bezirksamt Köpenick teilt mit: Vom 1. März d. J. ab wird — zunächst perluchweise — auch Sonntags in den Volkstümlichen Mittagen ausgegeben werden. Die Ausgabe erfolgt für den Ortsteil Köpenick in der Ausgabe Postfach 8 in der Zeit von 12 bis 13 Uhr, für die Ortsteile Friedrichshagen und Grünau in den bisherigen Ausgabezeiten zu der üblichen Zeit (12½ bis 13 Uhr).

Ein Gebot der Stunde

Vor dem Besuch von Bällen, Gesellschaften, Theatern — Zähne mit Chlorodont putzen — Erfolg: Blendend weiße Zähne, wohlriechender Atem, Tube 54 Pf. und 90 Pf.

Spartage der Hausfrau

Wir gratulieren gratis alle während der Spartage bei uns gekauften silbernen und versilberten Bestecke
 Schlusstage: Freitag - Sonnabend

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL

KONFITUREN		WURSTWAREN		KONSERVEN		BUTTER UND KÄSE		WEINE u. SPIRITUOSEN	
Vollm. Nuß-Bruch	Pfd. 1.25	Fr. Blut- u. Leberwurst	Pfd. 0.60	Jg. Schnittbohnen	1/2 Ds. 0.35	Molkereibutter	Pfd. 1.50	Frankfurter Apfelwein	Ltr. 0.65
Nuß-Pralinen-Mischg.	Pfd. 1.00	Speckwurst	Pfd. 0.74	Jg. Brechbohnen	1/2 Ds. 0.38	Tafelbutter	Pfd. 1.58	Bowlenwein	10 Ltr. 7.00 Ltr. 0.75
Vollm. Relief. Schokol.	Pfd. 1.20	Fleischwurst	Pfd. 0.82	Jg. Wachsbohnen	1/2 Ds. 0.48	Bratenschmalz	Pfd. 0.60	Bockenheimer	10 Ltr. 9.50 Ltr. 1.00
Gef. Schok.-Plättchen	Pfd. 0.80	Hausm. Leberwurst	Pfd. 0.82	Spinat	1/2 Ds. 0.40	Margarine, Cocosfett	Pfd. 0.40	Moselwein	10 Ltr. 13.50, Ltr. 1.40
Kokosflocken gem.	Pfd. 0.60	Dampfwurst	Pfd. 0.88	Junger Kohlrabi	1/2 Ds. 0.33	Pa. Bayr. Schweizer	Pfd. 1.18	Montagne (Rohw.)	10 Ltr. 10.00, Ltr. 1.05
Kokosflocken m. Schok.	Pfd. 0.80	Wiener Würstchen	Pfd. 1.08	Gemüse-Erbisen	1/2 Ds. 0.46	Emmenthal. o. Rd., vollf.	Pfd. 1.20	Dürkheimer	10 Ltr. 9.00 Ltr. 0.95
Halbmondkeks m. Schk.	Pfd. 1.00	Feine Leberwurst	Pfd. 1.18	Jg. Erbsen	1/2 Ds. 0.50	Tilsiter o. Rd., 20% Pfd.-Pak.	0.60	Tarragona	10 Ltr. 10.00 Ltr. 1.05
Herrenkringel	Pfd. 1.00	Bierwurst	Pfd. 1.48	Jg. Erbsen fein	1/2 Ds. 0.85	Geheimratskäse vollf.	Pfd. 1.20	Muskat	10 Ltr. 11.00 Ltr. 1.15
Brustkaramellen	Pfd. 0.50	Filetwurst	Pfd. 1.50	Kaiserschoten	1/2 Ds. 1.15	Feinster Butterkäse	Pfd. 1.20	Wermut	10 Ltr. 11.00 Ltr. 1.15
Malzbonbon	Pfd. 0.50	Jagdwurst	Pfd. 0.98	Gemüse-Erbs. m. Kar.	1/2 Ds. 0.48	Vollfetter Brie	Pfd. 0.85	Douro Portwein	10 Ltr. 17.50, Ltr. 1.80
Bienenbonbon	Pfd. 0.50	Streichmettwurst	Pfd. 0.98	Karotten gesch.	1/2 Ds. 0.25	Steinbuscher vollfett	Pfd. 0.88	1929 er Hambacher m. Fl.	1.10
Haushalt-Kakao	Pfd. 0.50	Schinkenpolnische	Pfd. 1.18	Jg. Karotten	1/2 Ds. 0.48	Alpenkr.-Käse streicht Schtl.	0.25	1928 er Bechtheimer m. Fl.	1.10
Burgm.-Kakao	Pfd. 1.00	Cervelatwurst i. Fettd.	Pfd. 1.58	Gem. Gemüse V	1/2 Ds. 0.56	Camembert vollf. Schacht.	0.20	Weinbr. Spezial	1 Ltr. m. Fl. 4.80
Burgm.-Creme Schok.	3 Tr. 0.50	Speck mager 1.12, fett	Pfd. 0.82	Gem. Gemüse	1/2 Ds. 0.66	Harzer Käse	Pfd.-Pak. 0.32	Weinbr. Verschn.	1 Ltr. m. Fl. 4.30
Burgm.-Krok.-Schok.	100 gr. 0.25	Gek. Schinken	1/4 Pfd. 0.40	Gem. Gemüse mittelf.	1/2 Ds. 0.84	Eier rein schmeckend an 10 Stk.	0.75	Alter Korn	1 Liter m. Fl. 3.75
				Gem. Gemüse fein	1/2 Ds. 1.20				
				Rot-, Weiß- u. Grünkohl	1/2 Ds. 0.33				
				Prinzeßbohnen mittel	1/2 Ds. 0.80				
				Prinzeßbohnen extraf.	1/2 Ds. 1.60				
				Brechspargel mittel.	1/2 Ds. 1.59				
				Stangenspargel	1/2 Ds. 1.28				
				Stangenspargel 60/90	1/2 Ds. 1.65				
				Stangenspargel mittelf.	1/2 Ds. 1.96				
				Tomatenmark	3 Ds. 0.20				
				Sellerie	1/2 Ds. 0.55				
				Pflaumen mit Stein	1/2 Ds. 0.60				
				Kirschen mit Stein	1/2 Ds. 0.98				
				Gem. Früchte 6F.	1/2 Ds. 1.05				
				Preißelbeeren	1/2 Ds. 0.90				
				Mirabellen	1/2 Ds. 0.92				
				Apfelmuß extra	1/2 Ds. 0.80				
				Birnen	1/2 Ds. 1.20				
				Erdbeeren	1/2 Ds. 1.30				

KARSTADT-Lebensmittel
 U. BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

ABSCHIEDS-KONZERT SCHACHMEISTER Sonnabend 3-6 Uhr
 Leichtverderbliche Ware ist vom Versand ausgeschlossen. Zusendung nur bei Bestellung von Mk. 5.00 an

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 27. 2
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 12-14 Uhr
Sinf.-Mitt-Konz.
 20-22 Uhr
S. Sinfonie-Konz.
 Leitung: Erich Richter

Freitag, 27. 2
Städt. Oper
 Bismarckstr.
 Turnus III
 20 Uhr
Tosca
 Ende g. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
 Am Platz der Republik
 V-BL
 20 Uhr
Die verkaufte Braut
 Offiziell. Kartenverkauf
 Ende n. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schausp.
 am Gendarmenmarkt
 154 A.-V.
 20 Uhr
Prinz Friedrich von Homburg
 Ende 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg.
 20 Uhr
Der Traum ein Leben
 Ende 22 Uhr

Das große Lach- und Sport-Programm im Wintergarten
 Sonnabend und Sonntag
 je 2 Vorstellungen - 4 u. 8.15 U.
 4 Uhr kleine Preise

MONTBLANC
 Leipzigerstr. 104
 auch Tauentzienstr. 15 a, Filieder - Zentralen

Ein Füllhalter wurde zum Schreibbegriff!

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
 Tägl. 8 Uhr. Im weissen Hoesl.
 Stg. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung
 billige Preise. Regie: Erik Charoll.

KABARETT ALT-BAYERN
 AM BAHNHOF FRIEDRICHSTR. 94
 6 Uhr-Kasino und Keller
 zur Das Weltstadt Programm
 Maria Neij Konfertierte

PLAZA
 Tägl. 5 u. 8.15
 Söndl. 2, 3 u. 8.15
 E. 4, Alex. 8.06
 Nehm. 50 Pf. - 1 M., abds. 1-2 M.
 Nur noch bis morgen!
 4 Bronetts, Dollynoffs
 Jazz- und Tanz-Revue
 Dauton-Show, Krems-Familie
 und weitere Attraktionen

Kleines Theat.
 Täglich 2 Vorstellungen
 7 Uhr
1 x ist keinmal
 9 Uhr
Liebe unmodern
 Grete Reinwald
 Will Kaufmann,
 Heinz Kubertanz

Volksbühne
 Theater am Blüppplatz.
 8 Uhr
Gesellschaft der Menschenrechte
 v. Fr. Th. Csokor
 28. Febr. und 1. März
 9 Uhr
Hans Albers
 in
Liliom
 Vorstadtliegende
 von Franz Molnar

Deutsches Theater
 8 Uhr
Elisabeth von England
 von Ferd. Bruckner
 Regie: Heinz Hilpert
Kammerspiele
 8 1/2 Uhr
Pariser Platz 13
 von Vicki Baum
 Regie: Gustaf Gründgens

Nur noch 5 Tage!
„Die schöne Helena“
 Der große Presse- und Publikums-Erfolg
 in
ROSE THEATER
 Große Frankfurter Straße 132
 U-Bahn Strausberger Pl.
 Alex. 3422 und 3494
 Täglich 8.15 Uhr
 Sonnabend 7 u. 10.15 Uhr
 Sonntag 5.45, 9 Uhr
 Abendpreise: Von 50 Pf. bis 3 M.

HAUS VATERLAND
 Kurfürst 7460
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
 BETRIEB KEMPINSKI

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
 Lohringstr. 57
 Trotz des groß. n. Erfolges nur bis 8. März
Onkel Kühn aus Neurupp n.
 und ein ers. kl. buntes Programm!
 Montag, den 9. März zum 1. Male
0 diese Schwiegerväter
 auschein 1-4 Personen
 Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,75 M.
 Sonstige Pr. Parkett 75 Pf., Rang 60 Pf.

NEUE WELT
 Arno d. Scholz
 U-Bahn Hermannplatz, Hasenheide 108-114
Gr. Bockbierfest
 sowie
Stierkämpfe
 In der Neuen Welt.
 7 Kapel. Neue Dekorationen,
 Bayr. Bedienung
 Einlaß: Wochentags 9 Uhr,
 Sonntags 4 Uhr

Staatl. Schiller-Th.
 8 Uhr
Der Traum ein Leben
 Theater am Schillbauerdamm
 8 Uhr
Die Quadratur des Kreises
 Staatsoper
 Am Pl. d. Republik
 8 Uhr
Die verkaufte Braut

Deutsches Künstler-Theat.
 Barbarossa 3937.
 8 1/2 Uhr
Ritter Blaubarts achte Frau
 Sonntags 4 Uhr
 Kleine Preise
Voruntersuchung
Renaissance-Theater
 Steinplatz 6780.
 8 1/2 Uhr
Muß die Kuh Milch geben?
 Freitag 7 1/2 Uhr
 Zum 1. Mal
Durchaus unerlaubt
 Pr. v. 50 bis 13.50

Piscator-Bühne
 (Wallner - Theater)
 Alex. 4992-93.
 Letzte Vorstellungen:
 8 1/2 Uhr
Die Frau in Front
 Komödie v. Giebow
 Sonntags 11 Uhr
 Sondervorstellung
 des Friedrich-Wolf-Komitees
Cyankali

Unterem Gassen
Rudolf Lüben
 Thomaststr. 8, zum 70 Geburtstag
 und 42 Jahre treuen Mitgliedschaft
die herzlichsten Glückwünsche
 Der Abteilungsleiter der St. Abtlg.

Lustspielhaus
Kurt Götz
 Täglich 1 1/2 Uhr
Der Lügner u. die Nonne

Komische Oper
 8 1/2 Uhr
 Kleine Preise.
Peppina
 unter persönlicher Leitung des
 Komponisten
 Robert Stolz
 in der Preisbesetzung

Metropoli-Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
Schön ist die Welt
 Operette von Lehár
 Richard Tauber,
 Gitta Alpar, Schützendorfer
 Sonntag nachm. 4 Uhr
 Kleine Preise
Schön ist die Welt

Rose-Theater
 Gr. Frankfurter Str. 132
 Tel. Alex. 3422 u. 3494
 5.30 Uhr
Das Parfum meiner Frau
 8.15 Uhr
Die schöne Helena
essing-Theater
 Täglich
 8 1/2 Uhr
Viktoria und ihr Husar
 Mary Lazzari, Duschy,
 Gröfeld

Barnowsky-Bühnen
 Theater in der Stresemannstr.
 8 1/2 Uhr
Amphitryon 38
 Komödie von Jean Giraudoux
 Inszenierung:
 Victor Barnowsky
Komödienhaus
 8 1/2 Uhr
Cocktail
 von Karl Vollmoeller,
 Musik v. Ralph Benatzky

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
 Den Mitglidern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Dreher
Gustav Otto
 am 25. Februar gestorben ist.
 Ihre tiefen Bedauern!
 Die Einäscherung findet am Sonn-
 abend, dem 28. Februar, 18 1/2 Uhr, im
 Krematorium Baumhuldenweg statt.
 Rege Beteiligung erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Sonntag Nachmittag 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
 Das neue Programm!
Preis-Albau: Num. Parkett 75 Pf.
 Mittel-Parkett 1 M.
 Orchesterplatz und Logen 1.50 M.
 Nachm. ermäßigte Preise!
 Volles Programm!
Bühnen-Brett: Variete-Konz.-Tanz

Theater d. Westens
 Täglich 8 1/2
 Franz Lehars Meisterwerk
Der Zarewitsch
 Carla Carlsen,
 Hendrik
 v. Möllendorf

Neues Theater am Zoo
 Am Bism. Zoo, Stpl. 6554
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Heutz. 75. Aufführung!
 Der v. Lacnerio!
Guido Thielscher
Das öffentliche Aergernis
 Preise 1 bis 3 M

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands
 Ortsverwaltung Berlin
Todesanzeige
 Den Mitglidern zur Nachricht, daß
 unser Kollege, der Zweifler
Friedrich Hoffmann
 wohnhaft Bismarckstr. 6, gestorben ist.
 Ihre tiefen Bedauern!
 Die Einäscherung findet am Freitag,
 dem 27. Februar, nachm. 1 Uhr, im
 Krematorium Baumhuldenweg statt.
 Um rege Beteiligung erucht.
 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter und Bauern.

Schluß der Landwirtschaftsdebatte.

Am gestrigen dritten Tag der Landwirtschaftsdebatte im Reichstag, über deren Beginn wir schon berichtet haben, empfahl Abg. Dr. Weber-Bolsdam (Staatsp.) seinen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen Weidewirtschaft mit Luzerne und kritisierte die Zollpolitik.

Abg. von Schöngange-Schöningen (Landvolk) verurteilte die Angriffe der äußersten Rechten auf Minister Schiele, dem er Dank und Anerkennung ausspricht.

Reichslandwirtschaftsminister Schiele:

Die Wiedereinführung des zollfreien Getreidekontingents läßt sich angesichts der Ueberproduktion an deutschem Weizen heute nicht verantworten. Der Antrag der OEG, auf Einräumung eines Beredungsverkehrs für Weizen ist widerruflich bewilligt worden, aber es bedeutet

nicht ein Monopol für die OEG.

Zwangsmittel will die Regierung keineswegs zur Durchführung des Generalbestellungsplans anwenden. Sie verläßt sich da auf die landwirtschaftlichen Organisationen. Zur Senkung der Zinslasten sind unter der Führung der Reichsbank in den einzelnen Landesteilen Verhandlungen teils durchgeführt, teils noch im Gange. In Ostpreußen ist schon der Höchstfuß der Zinsen auf 10 Proz. festgelegt worden. Darüber hinaus will die Regierung eine Erhebung über die Spanne zwischen den Zinsen herbeiführen. Damit soll der Uebersehung der Zinspanne entgegengetreten werden. Der Einheitsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften hat sich zur Unterstützung dieses Vorgehens bereit erklärt.

Die Bestimmung, daß in Gastwirtschaften nur Roggenbrot gehalten werden darf, ist praktisch schon durch die vielen Ausnahmen aufgehoben.

Zu warnen ist aber vor einer Aufhebung des Roggenbeimischungszwangs für Weizenarohr.

Die Deutschnationalen haben durch ihr Ausscheiden aus der Regierung wegen des Locarno-Vertrages sich der Möglichkeit beraubt, die gegen landwirtschaftliche Interessen verstoßenden Handelsverträge rechtzeitig anders zu gestalten. Nun werde ich angegriffen, weil ich diese Vertragspolitik natürlich nicht mit einem Schloß ändern kann. Wenn man der Landwirtschaft helfen will, dann darf man sich nicht von dem Kampfplatz entfernen, auf dem um das Schicksal der Landwirtschaft gerungen wird.

Den Herren, die aus dem Sitzungssaal auf die Tribüne gestiegen sind, möchte ich zurufen: Laß es jetzt gut sein, Senf, komm herab, Mars und Kampf regiert die Stunde der deutschen Landwirtschaft! (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Dr. Prütz (Volksp.) verlangt, daß es dem Arbeiter besser ermöglicht werde, sich anzuschließen, um so die menschenüberfüllte Industrie zu entlasten und dafür den menschenarmen Osten mit einem neuen Stamm freier Bauern zu bevölkern.

Abg. Huth (B. Sp.) beantragt, in Fällen eines dringenden Bedürfnisses die Zulassung von Ausnahmen von den Vorschriften der Rotverordnung über den Weizenausmahlungszwang. Er wendet sich weiter gegen die große Einfuhr von ausländischem Obst und Gemüse. Wenn jetzt im Reichstag manches nicht erreicht wird, was sonst für die Landwirtschaft erreicht werden könnte, so tragen die Schuld daran die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die sich aus der Kampffront in die Gruppe begeben haben. Sie werden von den Bauern die Danksagung dafür erhalten.

Abg. Frau Dr. Weber (B.) bedauert, daß beim Etat des Ernährungeministers zu wenig von den Komplementen gesprochen wird. Der Minister sitzt hier nicht als Beauftragter der „Grünen Front“, sondern des ganzen Volkes.

Das Schicksal der deutschen Landwirtschaft ist zum großen Teil davon abhängig, wie die deutsche Hausfrau einkauft.

(Sehr richtig!) Es sollte vielmehr Aufklärungsarbeit geleistet werden im Sinne einer Bevorratung deutscher Produkte.

Abg. Buh (Komm.) schildert das Elend der Klein- und Bauernbauern, daß die agrarischen Behauptungen aller Interessengemeinschaft aller Landwirte Lügen straße und in Deutschland solche Zustände herrschen, wie man sie Rußland nachsage. Nur der gemeinsame maschinelle Betrieb, die Sozialisierung könne dem Kleinlandwirt gegen die moderne übermächtige preisdrückende und dabei sehr einträgliche überseeische Großbetriebskonkurrenz helfen.

432 Millionen Büffel Weizen können in der Welt nicht untergebracht werden, aber Millionen Menschen hungern.

Nach dem Sowjetplan soll 1934 auf den Staatsgütern ein Mann für die Bedienung von 220 Hektar ausreichen, da wird — wie Professor Febr richtig gesagt hat — der Arbeitslohn im Getreidepreis keine Rolle spielen. Die Angaben des Dr. Baade im Roggenauschuß erweisen ihn als den Märchenjäger, wie er sich selber genannt hat. Die Zwangsarbeitsbege gegen Rußland ist ein Teil des Kampfes gegen den Fünfjahrplan.

Abg. Lehmann-Frankfurt (Landvolk) veripricht von einer kräftig im Sinne seiner Partei betriebenen Agrarpolitik die Beseitigung sowohl der Bauernnot wie der Arbeitslosigkeit; er beschuldigt die Gegner Schieles auf der äußersten Rechten der Demagogie und des Betrugs an ihren bäuerlichen Wählern. Zum Schluß ruft er dem Minister zu: **M a r t** werde hart! (Zuruf von den Kommunisten: Solche Titelverleihungen sind hier unterlag. — Heiterkeit.)

Abg. Kerth (B.) tritt für Forderungen der Winzer ein. Abg. Frau Dr. Mah (D. Sp.) verweist auf die gewaltige Steigerung des Obst-, Gemüse-, Butter- und Käsebezuges aus dem Ausland, wodurch die inländische Erzeugung gehermt wird. Es gilt die Käufermoral zu stärken, aber auch die Inlandsproduktion einheitlich zu sortieren, zu verpacken, kurz zu standardisieren.

Abg. Haag (D.) bestätigt die Angaben des Abg. Buh über die Notlage des württembergischen Kleinbauern; der Kommunist Hörule hat aber jede Stützung der Produktpreise eben dieser Bauern belämpft. Woher soll denn der Bauer Steuern, Handwerker, Industriewaren usw. bezahlen, wenn er nichts verkaufen kann, oder es so schlecht bezahlt bekommt? Die Rezepte, die uns Bauern hier so oft gegeben werden, können wir in unserem parzellierten südwestdeutschen

Kleinbesitz nicht ausführen. Die Bauern und ihre Angehörigen werden für ihre Arbeit entweder gar nicht oder selbst unter dem Lohn für ungelernete Arbeiter bezahlt; wir bringen also Opfer für die Allgemeinheit, nicht umgekehrt. Schließlich äußert der Redner als Weingutsbesitzer und Obstzüchter noch Wünsche dieses Berufes nach Erhöhung des Schutzes, Gleichstellung von Weiß- und Rotweindau usw.

Abg. Dr. Hortlacher (Bau. Sp.) hebt hervor, wie die Landwirtschaft unter der Arbeitslosigkeit leidet, weshalb sie auch an den Bestrebungen zu ihrer Behebung mitarbeitet. Die Einfuhrschneise für Rindvieh haben uns den alten Absatz im Saargebiet und Elsaß-Lothringen zum Teil wiedergewinnen lassen.

Abg. Mörike (Komm.): Der Vollstreckungsbeamte der Großgrundbesitzer, Minister Schiele (Unruhe rechts), hat kein Wort von den 3 Millionen Landarbeitern gesprochen. Das hört der Redner jetzt nach; er spricht besonders über den Lohnabbau. Natürlich unterläßt er nicht, von „sozialdemokratischem Verrätertum“ zu reden. Er bestreitet, daß die „roten Einheitsverbände“ Ergebnisse kommunistischer Spaltungsarbeit seien und behauptet, unter der Führung der „sozialdemokratischen Bongen“ gingen die freien Gewerkschaften an Mitgliederzahl ständig stark zurück. Mit dem Streikverbot seiner Satzungen führt der Deutsche Landarbeiterverband die Großgrundbesitzer; er vertritt die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen auf die Zeit, wo die Landwirtschaft wieder rentabel sein werde.

Damit schließt die Beratung; die Abstimmungen werden auf Dienstag verschoben; nächste Sitzung Montag, 15 Uhr: Haushalt des Innern.

Schluß nach 17 Uhr.

Solidarität mit den Erwerbslosen.

Ein Beispiel wie RSD.-Helden sie auffassen.

Die Berliner Nord-Süd-Bahn A.G. hat unter anderem auch eine Abteilung für Ausführung von Steinseharbeiten, in welcher zeitweise eine ganze Anzahl Steinseher und Berufsgenossen beschäftigt wurden. Der Mangel an Mitteln brachte es mit sich, daß, trotz ausreichender Arbeitsmöglichkeit, die Belegschaft dieser Abteilung auf die Hälfte verringert wurde. Die Organisation, der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, setzte alle Hebel in Bewegung, um

durch eine Arbeitszeitverkürzung Entlassungen zu verhüten

oder soweit solche bereits vorgenommen waren, sie durch Wiedereinstellung rückgängig zu machen und durch Neueinstellung Arbeitslose unterzubringen.

Verhandlungen mit der Betriebsleitung, dem Landesarbeitsamt und den Vertretern des Oberpräsidenten brachten eine Verständigung, daß durch Einführung der 32-Stunden-Woche eine Anzahl Arbeitslose wieder eingestellt werden sollte.

Bei der Rücksprache mit der Betriebsvertretung der Steinsehergruppe äußerte aber bereits der RSD.-Mann Anders, Bezirksverordneter in Neukölln, in Gegenwart des Vertreters der Geschäftsleitung, wenn er nur vier Tage arbeiten solle, dann würde er lieber stempeln gehen, da er dann besser wegkame. Anders hätte bei vier tägiger Arbeit immerhin noch einen Wochenverdienst von 57 M., zuzüglich 1,60 M. Fahrgehd. Da aber auch von den anderen Mitgliedern der Betriebsvertretung Bedenken geäußert wurden, ob die Belegschaft dem Vorschlag auf Einführung der Vierstagewoche zustimmen würde, wurde darüber verhandelt, die Fünfstagewoche einzuführen,

da auch dann noch die Geschäftsleitung bereit war, eine Anzahl Arbeitslose neu einzustellen. In einer Betriebsversammlung sollte darüber abgestimmt werden. Nun geschah folgendes:

In der Betriebsversammlung am 25. Februar trat wiederum der kommunistische Bezirksverordneter, RSD.-Mann und Edelkommunist, der Steinseher Feil Anders auf und sprach sich gegen die Einführung der Fünfstagewoche aus, so daß diese mit Mehrheit abgelehnt wurde.

Wenn ein Hilfsarbeiter, dessen Verdienst in fünf Tagen auf rund 40 M. herabgedrückt wird, dagegen stimmt, kann man dies noch verstehen. Bei dem Steinseher Anders hätte aber bei fünf Tagen der Verdienst immer noch 68,80 M., zuzüglich 2 M. Fahrgehd., also 70,80 M. betragen. In beiden Fällen wären natürlich noch die Sozialbeiträge abzuziehen, so daß A. immerhin noch 61,60 M. ausgezahlt erhalten hätte, wozu bei ihm noch die Diäten als Bezirksverordneter kommen.

Gegen die Einführung der Fünfstagewoche stimmten aber auch die Arbeiter D. Scheminsti und H. Bartel, deren Lohn noch etwas höher liegt.

Sahen wir uns diese bereits jahrelang im Betrieb beschäftigten Leute einmal etwas näher an.

Der Führer der RSD. bei den Berliner Steinarbeitern,

der Steinseher Anders, hat noch im Krisenjahr 1930, d. h. von November 1929 bis November 1930, 2303 1/2 Stunden = 48 Wochen zu 48 Std. gearbeitet, in dieser Zeit einschließlich Ueberstunden und Nachzuschlägen rund 4100 M., d. h. pro Woche 85,50 M., zuzüglich 2,40 M. Fahrgehd., also

87,90 M. verdient. Dazu erhielt er zu Weihnachten 130 M. Feriengehd. (Wohlfahrtsgeld) ausgezahlt.

Scheinste hat gar 2347 1/2 Stunden gearbeitet, rund 4250 M. verdient, dazu pro Woche 2,40 M. Fahrgehd. und zu Weihnachten 138 M. Feriengehd. erhalten.

Bei Bartel kommen 2480 1/2 Stunden in Frage, entspricht mit Zuschlägen einem Verdienst von rund 4700 M., zuzüglich Fahrgehd. und 153 M. Feriengehd.

Das ist nun die von der SPD. und ihrer RSD. so oft gepredigte Solidarität mit den Arbeitslosen.

daß man sich weigert, einige Wochen mit einem etwas niederen Lohn zufrieden zu sein, der immerhin noch das Drei- bis Sechsfache dessen ausmacht, was ein langfristiger Erwerbsloser erhält.

Hundert- und Tausende Arbeitslose liegen monats- und jahrelang auf der Straße. Jeden Augenblick werden sie zu Demonstrationen mißbraucht, um das Parteipöppchen der SPD. und RSD. zu kochen. Wenn aber von der Gewerkschaft verlangt wird, für die verelendeten Arbeitslosen praktische Hilfe und Solidarität zu zeigen, dann machen diese Herrschaften nicht mit. Wir machen besonders darauf aufmerksam: die Geschäftsleitung war mit der Verkürzung der Arbeitszeit einverstanden, nur durch die Agitation dieser Betriebsratsmitglieder und RSD.-Leute wurde sie verhindert.

In derselben Betriebsversammlung wurde aber auf Vorschlag deselben „Revolutionärs“ ein anderer RSD.-Mann als Delegierter für den Anfang März geplanten Kongreß der RSD. gewählt, dessen Tagesordnung unter anderen Punkten auch die Förderung der Einführung des Siebenstundentages vorsteht. An ihren Früchten soll ihr sie erkennen.

Wo sitzen also die Verräter der Arbeitslosen? Es ist unerlässlich, die Arbeitslosen endlich aufzuklären, daß nur die freien Gewerkschaften es sind, die ernstlich versuchen, den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen und wenigstens einen Teil der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß wieder einzureihen und so den Arbeitslosen wirklich zu helfen anstatt sie mit „revolutionären“ Redensarten zu füttern.

Misch' Deinen Bohnenkaffee mit Kathreiner. Das ist gesünder — und das kostet (erfreulicherweise!) weniger als die Hälfte...

Wacholder Medico hilft Krankheiten durch Ausscheidung von schädlichen Ablagerungen u. Säuren aus dem Blute verhindern.

Packungen von Mk. 1,10 an; Wacholder-Schokolade, der natürliche Wacholder-Extrakt in Schokoladen-Überzug, die bequeme Taschenpackung Mk. -20, in Apoth. und Drog., sonst durch Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.

Das sind die vier Salamander-Preise



Kein höherer Preis mehr!

SALAMANDER

Damen-Strümpfe und Herren-Socken in allen modernen Farben.



Andreas Hagy: Das Blut des Bleikönigs

Aus den Erzählungen des Milosch Lokitsch

(Schluß)

Zuerst sah ich eine enorme Steinmauer, die sich in der Unendlichkeit verlor, von einem Burggraben umgeben. Neben dem riesigen Tor wachte eine himmelhohe Turmbastion, und das Luto mußte so lange warten, bis der Wächter die Zugbrücke herabließ. Als wir dann durch die Loresinfahrt kamen, sperrte ich Mund und Augen auf vor Staunen. Hinter der Steinmauer war ein Hof, so groß, wie... wie... sehr groß. Das Ganze war im Versailles Stil erbaut, mit Marmordassins, Statuen, Vasen und Terrassen vollgepfropft. In der Mitte des Hofes stand ein enormes Marmorpalais, starrte Gott mit anmutigstem Kokos wild vermengt. Und was mich am meisten überraschte: alles war echt! Die gotischen Steinblöcke waren zerbrochen und mit Moos überzogen, und der Kalkmarmor wies Sprünge auf, die Merkmale vieler vergangener Jahrhunderte. Vom Doktor erfuhr ich den Grund: Diese Steine waren Stückweise aus dem alten Europa geliefert worden, auf Mr. Cartels Wunsch.

Als unser Auto vor dem Tor des Palastes hielt, nahm uns ein feierlicher Katak in Empfang und führte uns in die Halle, die so groß war, wie das Innere der Peterskirche in Rom. In der Mitte hing ein Kronleuchter herab, mit Kerzen so groß wie slowakische Richten. Ueberhaupt schien dieses Palais für Riesen angefertigt, die Türen waren so breit, daß ein Heumwagen bequem durchfahren konnte, und die Türflinten so hoch, daß zwei Männer sie nicht hätten greifen können. Ich sah dort zum Beispiel ein Malachitbassin, von dem sich herausstellte, es sei ein Aschenbecher, und die Sessel waren ganz eigene Gebäude.

Wir gingen durch ungezählte Säle, und mir war schon schlecht von den vielen Gobelins, Fresken, Vergoldungen, die hier aufgestapelt waren. Obwohl ich die Säle des Louvre, Vatikan und Prado so genau kenne wie meine Tasche.

Nachdem wir eine Flucht von Sälen durchquert hatten, kamen wir zu einer kleinen Türe, und hier hörte der sinnlose Luxus plötzlich auf. Wir kamen in einen weißen Badesaal, wo sich Duschen und wassergefüllte Becken befanden. Hier mußten wir uns entkleiden, und der Katak stopfte unsere Kleider in einen hermetisch verschließbaren Stahlschrank und ließ sie mittels eines schlaun Verfertigungsapparates unter die Erde verschwinden. Ich sah meinen Fehem mit saurem Gesicht nach, aber der Doktor beruhigte mich:

„Nur keine Angst, Sie erhalten alles wieder zurück, wenn wir das Haus verlassen. Es wird nur entkaut.“

Er stellte mich unter die Dusche und machte mich darauf aufmerksam, ich sollte vom Wasser nicht trinken, weil Sublimat darin gelöst sei. Nach der Dusche tauchten wir einmal durch das Becken, und als wir trocken waren, zogen wir Papierkleidung und Papierpantoffeln an. So gingen wir weiter.

Wir gingen einen langen, schmalen Korridor entlang, der mit seinen abgerundeten Ecken wie ein Rohr wirkte. Die Wände waren mit glänzendem weißen Lack überzogen, der Fußboden bestand aus geschliffenem Glas. Fenster gab es nirgends. Hinter Milchglas-Schirmen verbreiteten mächtige Quarzlampen künstliches Sonnenlicht, und stellenweise mündeten Leichter in die Wand, zu Ventilationszwecken. Wie ich vom Doktor erfuhr, war die einströmende Luft von hervorragenden Chemikern zusammengestellt, die darauf achteten, daß feinstes fremde, schädliche Stoffe darin enthalten waren.

Als dem Gang gelangten wir in den Empfangssaal, der ebenfalls weiß lackiert war. Hier war eine schwere Stahltüre in die Wand eingefügt, und der Doktor sagte, einen Finger auf die Sippen gepreßt schmerzhaft:

„Das ist Mr. Cartels Zimmer. Wir müssen warten.“

Tiefe Stille herrschte hier, aber dieses Schwelgen war durchwoben von leisen, unbeschreiblich süßen Melodien, gleich den blauen Sinnen, die den Corcoranarmar durchzogen. Und märchenhafte Düfte schwebten in dieser Luft, wie ferne, ahnungslose Reminiszenzen. Wie ich erfuhr, wurden in der Zentrale der Luftfabrik die Düfte der teuersten Blüten und das Spiel der berühmtesten europäischen Virtuosen in jene Atmosphäre gemengt, die Mr. Cartels Lunge ernährte.

Die Türe öffnete sich und ein hochgewachsener, stattlicher, behärrter, weißhäutiger Herr trat ein. Ich konnte sein Gesicht zur Genüge aus den Zeitungen. Es war Mr. Hammerid, der weltberühmte Dozent des Rockefeller-Instituts, der unterirdische Biologe, der durch seine wissenschaftlichen Entdeckungen die Heilkunst viele Meilen weiter gebracht hatte. Er hatte keine Forschungen endgültig unterbrochen und war Chef jenes Kerketologiums geworden, das über Mr. Cartels Gesundheit wachte.

Er schüttelte mir freundlich die Hand, als uns der Doktor bekanntmachte, und setzte sich zu uns.

„Wir müssen warten, Mr. Cartel ernährt sich gerade.“

Es war ihm die Freude anzumerken, endlich unter Menschen zu kommen und nach Herzgenuss zu pfeifen zu dürfen. So erfuhr ich eine ganze Reihe vertraulicher Kleinigkeiten über Mr. Cartel.

Ich erfuhr zum Beispiel, daß Mr. Cartel von Muttermilch ernährt wurde und daß zu diesem Zwecke ständig sechzehn ausgewählte Kassemmütter im Schlaf gehalten wurden, deren Kinder in einem zu diesem Zweck gegründeten Säuglingsheim künstlich aufgezogen wurden. Die Kerkie erhielten ein Einkommen, das sich von Jahr zu Jahr quadratisch steigerte. Mr. Cartel wünschte programmgemäß ein Alter von hundert Jahren zu erreichen, denn er hatte berechnet, daß es ihm bis zu diesem Zeitpunkt gelingen werde, Rockefeller Vermögen zehnfach zu überbieten.

Endlich hörte man leises Klingeln aus dem Nebenraum. Der Professor sprang auf und sagte freundlich zu mir:

„Warten Sie, bitte, erst will ich Mr. Cartel melden, daß der erwartete Bluttransport aus New York eingetroffen ist.“

Er trat ein und winkte nach ein paar Augenblicken, daß ich kommen könne. Bejagen ging ich hinein. Es war ein ganz kleines, lugelförmiges Zimmer, ebenfalls weiß lackiert, mit Glasboden. In der Mitte sah zusammengesauert in der Ecke eines enormen Sessels kompliziertester Konstruktion Mr. Cartel. Ich erschrak bei seinem Anblick. Er sah aus wie ein leerer Tabaksbeutel. Seine Haut war gelblichbraun vom vielen Quarzlicht, aber so faltig und müde, als wäre gar nichts dahinter. Als ich eintrat, drehte er mir seine leblosen furchtbaren Augen zu, steckte eine spitze Zunge zwischen den blauen Lippen hervor und legte sie wie ein Gourmand. Blüh, war er häßlich! Ich bin nicht sehr etepetete, aber ich schauderte bei dem Gedanken, daß mein ängstlich gehütetes Blut in diesen stunden Schauder gefüllt werden sollte.

Sie arbeiteten richtig amerikanisch, ohne Aufschub und ohne Höflichkeit. Ich mußte mich neben den Behnsubst setzen und der Professor stellte einen geheimnisvollen Apparat auf, der offenbar zu diesem Zweck konstruiert war, aus Kautschuk, Glasröhren und Platinschrauben. Das eine Ende der Vorrichtung steckte er in die Schlagader meiner linken Hand, das andere Ende steckte er in Mr. Cartels Kehlköhle. Mit einer Drehung brachte er einen gut aussehenden, kleinen Motor in Gang, der mein Blut furchend in

Mr. Cartels platte Adern hinübertrieb. In der Mitte des Apparats war eine Uhr, die genau anzeigte, wieviel Blut abfloß.

Unausprechlicher Stolz schwellte meine Brust, als ich dort neben diesem elenden Menschenwurm saß und zu spüren begann, wie aus meinen elastischen Adern das frische, heiße Blut in seinen Körper hinüberfloß. Ich fühlte mich wie ein reicher Maharadscha, der aus dem Ueberfluß seines Blutes diesem Glenden ein fürstliches Geschenk übergab.

Der kleine Motor surrte leise, der Uhrzeiger bewegte sich langsam vorwärts. Er zeigte erst zweihundert Kubitzentimeter an, und schon begann ich mich komisch zu fühlen. Ich schien im wahren Sinne des Wortes ein aufgeblähter Ballon zu sein, aus dem durch ein kleines Loch der Atem zu schwinden begann. Ein merkwürdiges Schwindelgefühl durchfuhr mein Hirn, wie die Schatten drohender Wolken, und das unaussprechliche und unsichtbare Etwas, das den Menschen ausreicht hält, schien von Stufe zu Stufe in mir einzustürzen. Und ich sah voll Erstaunen, daß in demselben Maße, in dem ich verfiel, Mr. Cartel aufblühte. Auf seinen Backenknochen dümmerte gesunde Röte, seine Lippen schwellen an, seine Augen wurden lebendig und seine Gestalt begann sich zu strecken wie ein Luftkissen. Wir mochten beim fünfhundertsten Kubitzentimeter sein, als er plötzlich mit schneidender dünner Stimme zu sprechen begann:

„Stop! Wieviel haben Sie mit diesem Menschen vereinbart?“

Der Doktor stellte die Maschine ab und stotterte erschrocken, als antwortete er auf eine Prüfungsfrage des gestrengen Lehrers:

„Zehn Dollar pro Kubitzentimeter.“

Das Gesicht des Bleikönigs verzerrte sich und er röchelte wütend: „Ihr wollt mir das Geld aus der Tasche stehlen? Ihr wollt mich zugrunde richten? Zehn Dollar? Für so minderwertiges Blut? Sechs will ich dafür geben, nicht einen Cent mehr! Sonst lassen wir's lieber!“

Mein Kopf schwindelte hundemäßig vom Blutverlust, aber ich wußte, daß ich jetzt stark sein müsse, sonst betrog mich dieser Gauner. Ich nahm also alle meine Kraft zusammen und sagte mit starker Stimme:

„Mit mir wurden zehn vereinbart! Keinen Cent weniger! Wer hat schon so was gehört? Denkt der Herr, ich hätte mein Blut gestohlen?“

Seele muß man nicht immer im Glanz und Licht haben. Sie findet sich auch dort, wo Dunkelheit, Bitternis und Armut herrschen; ja, zuweilen sogar dort viel eher. Dabei ist es doch viel schwerer, ein gutes Herz zu haben, wenn man vom Schicksal so stiefmütterlich behandelt wird wie die Stammgäste von Pont Neuf. Aber darauf kommt es scheinbar nicht an — davon ist Albert ein Beweis. Albert, der seinen Schlafplatz unter dem Brückenbogen von Pont Neuf hat, sozusagen ein Stammgast der Pension Pont Neuf, deren Himmelbetten aus harten Steinen bestehen, und deren Zentralheizung von den Robbelschauern der Seine besorgt wird.

„Machen Sie doch einmal einen interessanten Bericht über das Nachleben unter den Brücken, anstatt ewig über den Montmartre und Montparnasse zu schreiben!“ hatte man mich frühmorgens in der Redaktion beauftragt. „Und nehmen Sie sich einen Zeichner mit! Aber seien Sie vorsichtig und vor allem geschickt, denn diese Leute sind sehr mißtrauisch und empfindlich.“ So waren wir nach Mitternacht zum Pont Neuf gekommen, selbst ein paar Obdachlosen gleichend; dafür sorgte unsere wirklich nicht ganz einwandfreie Eleganz. Die „Pension“ war noch ziemlich leer. Nur hier und da verkündete ein heiseres Hüffeln, daß einige Bewohner bereits ihre Schlafstelle bezogen hatten. Wir setzten uns auf einen großen Stein und brüllten vor uns hin. Bis zu sprechen wäre ungeheuer gewesen; man wäre sofort auf uns aufmerksam geworden. So saßen wir also und beobachteten das kalte Leben hier. Nicht einmal zu zeichnen wagten wir, um nicht aufzufallen. Da hieß es eben warten, bis eine günstige Gelegenheit sich ergab. Die sollte auch bald kommen.

Ab und zu tauchte eine neue Gestalt auf und suchte sich einen Platz zum Schlafen. Es war gegen 2 Uhr morgens. Grünlichgelbe Nebel hüllten alles in einen fast undurchdringlichen Schleier. hätte man nicht von Zeit zu Zeit etwas weiter entfernt Schimpfende gehört, die sich über die ununterbrochene Störung durch Neuangekommene aufregten, so wäre man gar nicht auf den Gedanken verfallen, daß sich hier Menschen und noch dazu schlafende Menschen befinden konnten. Oben auf dem Quai zogen Studenten, alte Montmartrelieder vor sich hinstimmend, in ihre Behausungen. In der Seine spiegelten sich die Lichter der Quallaternen, gleichsam wie lange Arme ins Wasser tauchend, und beleuchteten spärlich die dunklen Schattengestalten. Die Stammgäste von Pont Neuf bezogen meist erst gegen 3 Uhr morgens ihre Quartiere, da sie von Mitternacht an in der großen Pariser Zentralmarkthalle Arbeit suchten und auch meist fanden. Die wenigen verdienten Sous reicheten vielleicht gerade fürs Essen. Zum Schlafen aber langte es eben nicht, und darum war die „Pension Pont Neuf“, solange das Wetter es nur halbwegs erlaubte, eine besuchte und begehrte Schlafstätte. Es kam natürlich vor, daß /pale Ankömmlinge keinen Platz zum Liegen mehr fanden, da alles voll besetzt war. Aber da mußte man sich zu helfen wissen; die Not lehrte nicht nur beten, sie lehrte auch die Kunst, im Stehen zu schlafen. Da stand nämlich wirklich und wahrhaftig ein alter, weißhäutiger Mann an eine Mauer gelehnt und schnarchte friedlich im Stehen. Albert hatte die Funktion eines Hotelleiters übernommen und führte sie auch gewissenhaft aus. Er wies jedem seinen Stammplatz zu und sah sich Neuankommlinge sehr genau an. Gab es einen Streit, dann mußte Albert ihn schlichten. Besagte sich einer, er werde ewig und ewig aus dem Schlafe geweckt, so machte Albert ihm klar, daß er für den Mietpreis nicht Doppelbetten verlangen könne.

Albert behag sich also auch uns und kam endlich näher, um für seinen Zigarettenstummel Feuer zu holen. Bei dieser Gelegenheit bemerkte er unser Skizzenbuch. Was denn das für ein Buch sei, fragte er interessiert. „Ich möchte zeichnen lernen, habe es neulich probiert und denke, ich habe Talent. Da hab' ich mir für die letzten paar Sous ein Skizzenbuch gekauft,“ antwortete gleichgültig mein Partner. Albert lachte: „So etwas kann man doch nicht lernen, du Dummkopf! Dazu muß man geboren sein. Such' dir lieber eine vernünftige Arbeit und vergeude deine Zeit nicht mit solchen Dingen!“ Er behag sich unsere Hände: „Ja, ja natürlich,“ fügte er verächtlich hinzu, „schon lange keine richtige Arbeit gesehen, was? Bist mit diesen Jungfernhänden auch keine bekommen.“ — Die Arbeiter in den „Hallen“ werden nämlich zuerst auf die Beschaffenheit ihrer Hände geprüft.

„Recht begann — ich gehst es offen — ein hübscher Handel zwischen uns beiden. Wir näherten uns einander erst mit einem, dann mit einem halben und schließlich mit einem vollen Dollar, und garnierten jedes unserer Angebote mit den üblichen Beteuerungen. Schließlich reichte sich Mr. Cartel hoch und freizügte mit furchtbarer Stimme:

„Sieben Dollar fünfundsiebzig Cents. Mehr geb' ich nicht, beim Leben meiner Kinder! Wenn es Ihnen nicht paßt, auf Wiedersehen!“

Ich erschrak ernstlich bei diesen Worten. Schließlich hatte er es leicht, denn wenn ich nicht wollte, fanden sich sicher tausend arme Teufel, die ihren Blutüberfluß gern um weniger verkaufen. Ich brummte also besiegt:

„Wichtig! In Gottes Namen denn siebenundsiebzig...“

Siegerlächeln huschte um die Lippen des Bleikönigs, und der Doktor brachte den Motor wieder in Gang.

Ich begann furchtbar schwach zu werden. Meine Augen stimmerten, mein Kopf sank herab, tödliche Müdigkeit begann meiner Herr zu werden. Ich zwang das Bild jener kalkförmigen Form vor meine Augen, um mich einigermaßen am Leben zu erhalten. Und währenddessen sah ich unentwegt nach dem Zeiger, der immer weiter vorrückte. Endlich waren tausend Kubitzentimeter erreicht. Ich seufzte erleichtert auf, aber der Bleikönig schrie mich mit starker Stimme an: „Halt! Noch zweihundert Gramm!“

Jetzt wurde ich wütend. Mit der geringen Kraft, die mir noch verblieb, ächzte ich, ich hätte genug, ich könne nicht weiter, wir hätten tausend abgemacht, zu mehr sei ich nicht verpflichtet. Natürlich weinte ich das mit armseliger leiser Stimme vor mich hin, denn ich konnte mich kaum noch einer Ohnmacht erwehren. Aber um so stärker war der Bleikönig. Er brüllte unerbittlich:

„He, Doktor! Dann lassen Sie das ganze Blut zurück! Entweder noch zweihundert oder ich verzichte auf das Ganze!“

Ich suchte fürchterlich. Aber ich konnte meinen Fluch nicht mehr brenden. Ich verlor das Bewußtsein. Ich erinnere mich nur mehr dumpf, als wäre es im Fieber geschehen, wie sie mich anfleideten, auf einen Wagen verladen und irgendwo weit, weit fortzuschaffen.

Als ich erwachte, lag ich in der Nähe einer kleinen Bahnstation auf der Erde. In meiner Tasche befanden sich hundert Dollar und eine Fächerkarte dritter Klasse bis New York. (Hier schlug einer der Zuhörer mit der Faust auf den Tisch: Lüge nicht, du Gauner! Es gibt keine dritte Klasse auf den amerikanischen Bahnen.)

Volkslich erwiderte ergeben: Ich war vom großen Blutverlust etwas wirt im Kopf. Möglicherweise, daß ich mich täuschte.)

(Uebersetzt von Esther-Meloch.)

Pension Pont Neuf

Als mein Partner aber nicht einsehen wollte, warum er sein Talent „fruchtlos begraben“ sollte, begann Alberts Interesse zu erwachen. „Was zeichnest du denn eigentlich?“

„Wenn du mir ein paar Minuten sitzen willst, so sollst du es gleich sehen.“ — Mißtrauisch setzte Albert sich in Positur. Ungeduldig nahm er uns nach einigen Minuten das Buch aus der Hand. Verdutzt blickte er darauf. „Nicht übel. Zeichne doch auch einmal meinen Freund!“ Der war schon im Einschlafen begriffen. Aber Albert wachte ihn unbarbarisch. Bald bildete sich ein ganzer Kreis um uns. „Ich habe einmal einen Roman gelesen,“ rief Albert nachdenklich fort, „wie einer, der schon ganz verkommen war, plötzlich sein Talent entdeckte und ein berühmter Mann geworden ist. Vielleicht bist du auch so ein Wunderkind.“ Sein geschäftliches Genie erwachte: „Mit diesen Dingen könntest du ganz schweres Geld verdienen, mein Junge. Und da ich gerade Zeit habe, werde ich dich managen, denn ohne Manager wird heutzutage niemand berühmt.“

Der Bleistift flog während dieser Unterhaltung übers Papier. In wenigen Minuten waren sie alle verewigt. Albert war Feuer und Flamme. Er begann einen regelrechten Vortrag über Paris als Kunststadt und endete gewichtig: „Weißt du, daß du einen großen Fehler machst? Du hättest zuerst in eine Schule gehen sollen. Weißt du denn nicht, daß es in Paris extra eine Schule dafür gibt? Da gehst du einfach hin. Du brauchst nichts zu sagen. Du zeichnest einfach den Professor, und alles weitere wird er dir schon sagen. Du lernst dort drei Jahre, und dann bist du eine Berühmtheit.“ Die Runde nickte ihm Beifall. Er war doch ein tüchtiger Kerl, dieser Albert, und ihm gebührte tatsächlich die Vorrangstellung, die er hier inne hatte; das bewies er immer wieder. Albert aber wandte sich plötzlich um und begann lebhaft mit den andern zu tuscheln. Ab und zu hörte man ein Brummen; da und dort trante einer in der Hosentasche oder im Stiefel. Dann trat er auf uns zu und reichte uns mit Grandezza sechs Franken. Er hatte sie unter den Leuten zusammengebracht. Sechs Franken, ein Vermögen für Stammgäste des Pont Neuf. Und gönnerhaft fügte er hinzu: „Dafür kauf dir Papier und anständige Stifte, wenn du in die Kunstschule gehst, denn die Herren Professoren halten sehr viel auf solche Dinge. Und wenn ich dir noch einen guten Rat mit auf deinen künftigen Lebensweg geben darf, so meide diese Gesellschaft hier! Es könnte dir vielleicht einmal auf dem Wege zur Karriere schaden...“

Dr. K. H.

Glockengeläute von Grammophonplatten

In der St. Mary-Bow-Kirche in London hat man einen interessanten Versuch mit dem Erfolg des Glockengeläutes durch Grammophonplatten und Lautsprechererfinder angestellt, um das Glockengeläute vorläufig zu erleben. Drei der zwölf Glocken des Glockenspiels bekamen vor fünf Jahren einen Sprung; an den übrigen Glocken wurden Reparaturen nötig, und so schwebte denn das aus den Zeiten Karls II. stammende Geläute schon sein 5 Jahren. Da die zur Wiederherstellung des Glockenspiels und anderen Ausbesserungsarbeiten nötigen Summen noch nicht aufgebracht sind, griff man zu einem Ersatz. Die englische Kirchengesellschaft baute vorläufig ein elektrisches Lautsprechergerät ein, das mit je drei Großlautsprechern nach vier Seiten, also insgesamt mit zwölf Großlautsprechern arbeitet und sowohl Kirchengesellschaft wie Glockengeläute mithin über die Stadt erschallen läßt. Die neuen Geläute lassen sich tagtäglich mehrmals hören und ihre Wirkung ist gerade so, als ob das Geläute von Bow selbst erschallt. Unter anderem werden auch auf diese Art und Weise die Darbietungen des Geläutes der Glockenspiele verschiedener anderer Kirchen vorbereitet.

Der Tuatara ist das kleinste lebende Reptil und hat sich durch Millionen Jahre unverändert erhalten, stellt also eine Tierform dar, die uns sonst nur aus vorgeschichtlichen Fossilien erhalten ist. Es wird nur noch auf einigen kleinen Inseln an der Küste von Neuseeland gefunden und wird bis zu 100 Jahre alt.

Die tropischen Hölzer haben keine Jahresringe, da das Holz in den Tropen während des ganzen Jahres wächst. In der gemäßigten Zone dagegen wachsen die Bäume nur zwischen Frühjahr und Herbst. Durch das Wachstum eines jeden Jahres entsteht ein Jahresring.

Geschrei über die BBO.

Kommunistische Vorbereitungen zur Betriebsratswahl.

Ueber die letzte Aufsichtsratsitzung der BBO. sind in der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“ mit sensationellen Ueberschriften verschiedene Artikel erschienen, in denen behauptet wird, die BBO. trage sich mit dem Gedanken, im Laufe des Wirtschaftsjahres 1931 etwa 1000 Arbeiter und Angestellte zu entlassen und die Löhne und Gehälter um 10 Proz. abzubauen. Der Zweck dieser irreführenden Redungen ist durchaus klar. Angesichts der bevorstehenden Betriebsratswahl, der die KPD. und ihre RGD. mit berechtigter Sorge entgegensehen, sollen unter den Arbeitern und Angestellten des Berliner Verkehrsunternehmens gehörige Beunruhigung und Verwirrung gestiftet werden, damit die RGD.-Flämmlen nicht ganz erlöschen.

Von authentischer Seite wird uns zu diesen falschen Alarmmeldungen der kommunistischen Morgen- und Abendpresse folgendes mitgeteilt: In der letzten Aufsichtsratsitzung der BBO. ist überhaupt kein Wort davon gesprochen worden, daß im Laufe des Wirtschaftsjahres 1931 etwa 1000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollen. Der dem Aufsichtsrat vom Vorstand der BBO. vorgelegte Wirtschaftsplan stellt lediglich die Tatsache in Rechnung, daß monatlich 70 bis 100 Arbeiter und Angestellte durch Tod, Pensionierung, freiwilliges Aufhören usw. aus dem Dienste der BBO. ausscheiden, im Laufe des Wirtschaftsjahres 1931 also mit einer Personalabnahme von etwa 1000 Mann zu rechnen sei, wenn nicht infolge einer Wiedergewinnahme des Verkehrs Neueinstellungen notwendig werden sollten.

Darüber daß die Löhne und Gehälter der Angestellten um 10 Proz. abgebaut werden sollen, ist in der Aufsichtsratsitzung ebenfalls kein Wort gesagt worden. In dem Wirtschaftsplan wird lediglich darauf hingewiesen, daß der nach Abzug der Ausgaben für Schuldentilgung, Pensionsoverpflichtungen usw. für 1931 geschätzte Endüberschuss von 5,37 Millionen Mark sich um 7,4 Millionen Mark erhöhen würde, wenn die Löhne und Gehälter um 8 Proz. gesenkt und der Arbeitgeberbeitrag zur Ruhegehaltseinrichtung von 7 auf 5 Proz. gesenkt werden würde.

Damit ist aber noch keineswegs ausgesprochen, daß die BBO. auf diesem Wege eine Erhöhung des Endüberschusses erzielen will. Wenn schließlich in der „Welt am Abend“ auf die Schuldverpflichtungen der BBO. gegenüber der Danabank hingewiesen und dazu bemerkt wird: „Der Verkehr mag zum Teufel gehen, wenn nur die Danabank besteht“, so ist dazu zu sagen, daß die BBO. nichts dafür kann, daß sie durch die schändliche Drosselungspolitik zum Eingehen solcher Verpflichtungen gezwungen worden ist.

In Deutschland ist es nun einmal so, daß man Schuldverpflichtungen erfüllen muß, wenn man einen Betrieb nicht „zum Teufel gehen“ lassen will. So leichtfertig wie die kommunistische Zeitung des Konsumvereins in Halle kann die BBO. die Existenz von rund 25 000 Arbeitern und Angestellten nicht aufs Spiel setzen.

Der Berliner Gesamtbetriebsrat.

Mit freigewerkschaftlicher Mehrheit gewählt.

Das Ergebnis der Wahl zum Gesamtbetriebsrat der Betriebe und Vermögen der Stadt Berlin am Mittwoch liegt nunmehr vor. Es waren 20 Arbeiter- und 10 Angestelltenräte zu wählen. Außer der freigewerkschaftlichen Liste stand, genau wie im vorigen

Jahre, eine sogenannte „rote Einheitsliste“ der RGD. zur Wahl. Von 254 Arbeiterräten, die diesen Gesamtbetriebsrat zu wählen haben, beteiligten sich an der Wahl 238. Davon gaben ihre Stimme der freigewerkschaftlichen Liste 165 Arbeiterräte und der RGD.-Liste 73. Von 133 Angestelltenräten beteiligten sich an der Wahl 120. Davon stimmten für die freigewerkschaftliche Liste 102 und für die RGD.-Liste 17. Ein Angestelltenratsmitglied gab einen ungültigen Stimmzettel ab. Von den 20 Arbeitervertretern stellten demnach die freien Gewerkschaften 14 und die RGD. 6, von den 10 Angestelltenvertretern die freien Gewerkschaften 9 und die RGD. 1.

Im vorigen Jahre hatten die freien Gewerkschaften im Gesamtbetrieb 15 Arbeitervertreter und die RGD. 5, Angestelltenvertreter hatten die freien Gewerkschaften 8 und die RGD. 2. Das Stärkeverhältnis ist also das gleiche geblieben; es hat sich nur innerhalb der Arbeiter- und Angestelltenvertretung um einen Sitz verschoben. Die Anstrengungen der RGD., im Gesamtbetriebsrat der Stadt Berlin einen stärkeren Einfluß als bisher zu erhalten, sind fruchtlos geblieben.

Spiegel der RGD.

In der Mitgliederversammlung der Branche der Mechaniker im DAB. im Gewerkschaftshaus am Dienstag hielt Genosse Krons vom DAB. einen Vortrag über die Wirtschaftskrise und deren Bedeutung. In der Diskussion sprach ein angeblicher Mechaniker Schwarz, vielmehr er schimpfte in der unflätigsten Weise. Im Schluß seiner Schimpferei forderte er zum Eintritt in die RGD. auf.

Durch die Branchenkommision gestellt und nach seinem Mitgliedsbuch gefragt, gab er schließlich ein Mitgliedsbuch auf den Namen Kurt Neumann ab. Dieser angebliche Schwarz-Neumann war also ein Spiegel der RGD.! In rasender Flucht verließ er das Gewerkschaftshaus, um der Feststellung seines wahren Namens zu entgehen. Das nennt man in der KPD. „revolutionäre Klassenkämpfer“.

Abfrage an die Spalter.

Die Betriebsräte im Gesamtverband zu den Wahlen.

Eine gut besuchte Volksversammlung der Betriebsräte im Gesamtverband tagte am Montag im großen Saal der Kammerkassette zur Entgegennahme eines Berichts über die Reichskonferenz für Betriebsvertretungen im Gesamtverband und zur Stellungnahme zu den Betriebsrätewahlen 1931.

In kurzen aber eindringlichen Ausführungen legte hierzu der Betriebsrätepräsident des Gesamtverbandes, Genosse Seiner, der Versammlung dar, daß die diesjährigen Betriebsrätewahlen erfolgen müssen in der Situation einer auf der Arbeiterschaft lastenden Wirtschaftskrise von noch nicht dagewesenem Ausmaße, unter deren Ausnutzung die Unternehmer in konzentrischem Angriff einen unerhörten Abbau der Löhne und Gehälter, Verschlechterungen der sozialpolitischen Gesetzgebung, Abbau der tariflichen und sonstigen Rechte der Arbeiterschaft durchzusetzen versuchten.

Gegenüber dieser für die Arbeiterschaft außerordentlich ernsten, gefährlichen Situation müsse mehr denn je Wahrung der gewerkschaftlichen Einigkeit des Gebot der Stunde sein, vor allem auch bei den Betriebsrätewahlen. Gegenüber den Versuch der Kommunisten und Nationalsozialisten, unter Ausnutzung der gegenwärtigen Situation Vorschläge für Aufstellung kommunistischer oder nationalsozialistischer Vorschlagslisten zu den Betriebsrätewahlen zu machen, müsse es Aufgabe der freigewerkschaftlichen

Betriebsräte sein, den Belegschaften das wahre arbeiterfeindliche Gesicht dieser „Auch-Arbeiterpartei“, die Verlogenheit und Unflätigkeit ihrer Parolen, die Unvereinbarkeit ihrer Parteibestrebungen mit wirklichen Arbeiterinteressen aufzuzeigen und alles daranzusetzen, daß die diesjährigen Betriebsrätewahlen zu einem machtvollen Zeichen der Einigkeit und Geschlossenheit der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft in den Betrieben werden.

Nach einer regen Aussprache, in der unter anderen einige „oppositionelle“ Kommunisten gegen das Vorgehen der KPD. bzw. RGD. bei den Betriebsrätewahlen auf das schärfste Stellung nahmen, wurde eine Entschließung im Sinne der Ausführungen des Referenten einstimmig angenommen.

Wenn die Organisation stark ist.

Jahresbericht der Tabakarbeiter.

Zum erstenmal legt die Berliner Jahrsstelle des Tabakarbeiterverbandes vor ihren Mitgliedern in einem gedruckten Jahresbericht Rechenschaft ab über ihre Tätigkeit. Diese Neuierung ist aber auch nach außen ein sichtbares Zeichen dafür, daß sich die Berliner Tabakarbeiterbewegung nach der jahrelangen kommunistischen Luderwirtschaft wieder in Händen befindet, die eine Organisation richtig zu führen vermögen.

In dem Jahresbericht wird zunächst eine ausführliche Darstellung der damals auch im „Vorwärts“ eingehend besprochenen Standläufe gegeben, die zunächst zu der Absetzung der kommunistischen Ortsverwaltung und schließlich zu der Einsetzung und späteren Wahl der Genossen Reades, Fischer und Genossin Lobies zu Bevollmächtigten führte. Die Flut der Lügen und Verleumdungen der abgehalfterten kommunistischen „Führer“ der Ortsverwaltung und ihres geringen Anhangs brach sich an dem unerhörten Willen der neuen Verwaltung, die Berliner Tabakarbeiterbewegung frei von dem kommunistischen Phrasengebimmel und wieder stark für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu machen. Der Versuch der Spaltung der Jahrsstelle durch die RGD. ist kläglich gescheitert, so daß heute in den Mitglieder- und Funktionärsversammlungen ersprießliche Arbeit geleistet werden kann.

Die schon seit Jahren ungünstige Beschäftigungslage in der Berliner Zigarettenindustrie hat sich auch im Vorjahre infolge der weiteren feuerlichen Belastungen und der aufs äußerste gesteigerten Rationalisierung noch mehr verschlechtert. Allein durch die Stilllegung der bekannten Zigarettenfabriken Ranssi und Raffars, deren Personal zunächst von der Firma Josetti übernommen wurde, ist die Zahl der noch im Januar 1930 in allen drei Betrieben beschäftigt gewesenen Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum Oktober des Vorjahres von 1560 auf 1015, also um 545 zurückgegangen. Auch während der Hochkonjunktur im November 1929 ist die Zahl der Beschäftigten nur wieder auf 1208 gestiegen. Nicht organisiert waren je nach der Gesamtbeschäftigungszahl rund 7 bis 16 Proz.

Trotz der nicht sehr rosigten Beschäftigungslage ist es daher der Organisation gelungen, noch im vorigen Jahr eine wöchentliche Lohnerhöhung für die Arbeiterinnen von 1 M. und für die Arbeiter von 2 M. herauszuholen, sowie die von den Unternehmern geplanten Verschlechterungen des Manteltarifvertrages abzuwehren. Auf die schlechte Beschäftigungslage ist der Verlust von 322 Mitgliedern im Berichtsjahr zurückzuführen. Die Jahrsstelle hatte zu Ende des Vorjahres 3075 Mitglieder, darunter 2882 weibliche.

Daß die Organisation finanziell gut fundiert ist, beweist die

originalfabrikpreis + 75 pfennig

eröffnung

sonnabend 11 uhr

direkt schuhe

direkt schuhe

das erzeugnis der erfurter mechanischen schuhfabrik a.g., erfurt, ein qualitätszeugnis, bester erfurter tradition der ersten schuhfabrik mit fließverfahren (ford-system) gesetzlich gesch. — das erzeugnis wurde bisher ausschließl. in den besten und größten schuhgeschäften des in- und auslandes bis 50% teurer verkauft — so in den führenden geschäften berlins, paris' etc. — wir gehen von jetzt ab einen neuen weg und bringen unsere modernsten qualitätszeugnisse bis 50% billiger

direkt ab fabrik
direkt an publikum

wir schalten aus: jeden zwischenhandel — besondere verkaufsgesellschaften — teure ladenausstattungen — schaufenstereinrichtungen — jede unnötige verteurung. wir ermöglichen ihnen

bessere schuhe
billigere schuhe
und mehr schuhe

zu kaufen
mehr arbeiten: arbeit, brot, verdienst

leipziger straße



direkt SCHUHE

gold-brau boxkalt oder melange mit braun, trateur orig. goodyear welt



10.35

zweifärbig, echt chevreaux, echt eidechsen-garnitur, in verschiedenen modelfarben



11.50

schwarz oder braun boxkalt orig. goodyear welt



direkt SCHUHE

schwarz oder braun boxkalt orig. goodyear welt



schwarz oder braun boxkalt orig. goodyear welt



9.20

sind in 6 weiten c-h resp. 3-8 fabrikt. jeder einzelne artikel in mindestens 4 weiten, deshalb nicht bloß für schmale und breite füße passende schohe, sondern in jedem einzelnen falle

bessere passform
bessere formbeständigkeit
bessere haltbarkeit

wer bisher teure schuhe kaufte, kann für das gleiche geld mehr schuhe kaufen, wer bisher billige schuhe kaufte, kann für das gleiche geld hochwertige schuhe kaufen

direktschuhe

leipziger straße ecke wilhelmstraße

potsdamer straße 29

Zatsache, daß trotz der hohen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, Weihnachtsunterstützung usw. sich der Bestand der Lotteriekasse im Laufe des Berichtsjahres nur um 250 M. verringerte, mithin am Jahreschluß einschließlich der zinsbringend angelegten Gelder 22 791 M. betrug.

Alles in allem darf ohne Ueberhebung gesagt werden, daß die seit verhältnismäßig kurzer Zeit amtierende „reformistische“ Ortsverwaltung bewiesen hat, daß sie den Anforderungen, die an verantwortungsbewußte Gewerkschaftsführer gestellt werden, in jeder Beziehung gewachsen ist.

Bereinigte Abbau-Stahlwerke.

Sie wollen 1500 Bergleute aufs Pflaster werfen.

Hamborn, 26. Februar.

Am Donnerstag wurde bei der Bergbaugruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke A.-G., Düsseldorf, unter dem Vorsitz des Oberbergrats Sommer vom Oberbergamt in Dortmund über die Teiltilligungsanträge der Vereinigten Stahlwerke verhandelt, wonach am 1. März 1500 Bergleute der Schächte 4/8, 3/7, Beederwerth und Westende zur Entlassung kommen sollen.

Die Gewerkschaften und Betriebsvertreter erhoben Einspruch gegen die Abtötung der Sperrfrist, so daß die Entlassung der bereits gekündigten Bergleute erst am 14. März erfolgen würde, falls nicht noch nachträglich eine Verkürzung der Sperrfrist erfolgt.

Die Kürzung der Textilarbeiterlöhne.

Verbindlichkeitsklärung soll nachhelfen.

Der Schiedspruch für die sächsisch-thüringischen Webereien vom 29. Januar, der eine Herabsetzung der Zeitlöhne von 6,1 bis 6,4 Proz. mit Wirkung vom 12. Februar 1931 ab vorsah,

ist vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Von der Lohnkürzung, die bereits im Laufe dieser Woche erfolgt, werden etwa 25 000 Arbeiter betroffen.

Die Schiedsprüche für Westsachsen mit einer Kürzung der Grundlöhne von fünf bis sechs Prozent und einer Neuregelung der Ueberarbeit wurden von den Arbeitern abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat sie für verbindlich erklärt.

Ein Schiedspruch für Baden sieht eine Lohnkürzung der bisherigen tariflichen Höhe um fünf Prozent vor, und zwar sowohl der Zeitlöhne wie auch der Akkorddurchschnittslöhne des bisherigen Tarifes bis zum 1. Oktober.

Tarifverhandlungen für Bielefeld, Gütersloh und Herford blieben ergebnislos, worauf der Schlichter die Parteien zum 3. März nach Dortmund geladen hat.

Für die niederrheinische Textilindustrie, Kempen und Umgebung, wurde ein Schiedspruch gefaßt mit einem Lohnabbau von 6 Proz. ab 1. Februar, der jetzt verbindlich erklärt wurde.

Skandalöse Opel-Wirtschaft!

40000 Ueberstunden im Januar.

Darmstadt, 26. Februar.

Die Sozialdemokraten haben im Hessischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: Schon seit Monaten werden bei der Firma Adam Opel A.-G. in Rüsselsheim Ueberstunden geleistet. Es wurde festgestellt, daß im Monat Januar mehr als 40000 Ueberstunden geleistet wurden. Am Sonntag, dem 22. Februar, wurden 1600 Arbeiter zur Arbeit bestellt. Diejenigen, die an diesem Tage nicht zur Arbeit erschienen waren, wurden am darauffolgenden Montag strafflos entlassen. Wir ersuchen die Regierung, alles zu tun, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Arbeitszeitgesetzes auch in dem Betriebe der Firma Opel eingehalten werden.

Straßenbahnerstreik in Wuppertal beendet.

Verbindlichkeitsklärung verhindert Solidaritätsakt.

Wuppertal, 26. Februar.

Der von der Belegschaft der Barmer Berg- und Straßenbahnen abgelehnte Schiedspruch, der eine sechsprozentige Lohnkürzung vorsah, war bekanntlich vom Schlichter gestern für verbindlich erklärt worden.

Heute nachmittag fand eine Versammlung der Belegschaftsmitglieder statt, in der über die Weiterführung des Streiks oder die Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt wurde. Wie von der Verwaltung mitgeteilt wird, wurde beschloffen, morgen früh die Arbeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Berlin. Vortragsabend: Sonntag, 19 Uhr, Brandenburgerhalle im „Deutschen Hof“, Ludowik-Str. 15. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalfversammlung, 2. Bericht und Beschlusseckung über den Schiedspruch. Nur Mitglieder der Branche, welche mit den Beiträgen nicht über 4 Wochen rückständig sind, haben Zutritt. Die Branchenkommision.

W.D. Buchdruckerei! Wichtige Fraktionskassa in folgenden Bezirken: 2. Bezirk: Sonnabend, 28. Februar, 19 Uhr, bei Julius Sack, Kinnbomer Straße (gegenüber Bahnhof Hebbel); 3. Bezirk: Sonnabend, 28. Februar, 19 Uhr, Dr. Krenn, 100; 4. Bezirk: Sonntag, 1. März, 10 Uhr, im „Schultheiß“, Kreuzberg, Lichtfelder Str. 11-17; 5. Bezirk: Sonnabend, 28. Februar, 19 Uhr, bei Rudolf Detmann, 73. Polz, mögliches Erscheinen erwartet. Der Fraktionsvorsitz.

Ansandgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Schlußfest im Jugendheim Nordstr. 11, 2. Hof, Opernhäuser 1 Tr., Zimmer 51. Wir lesen aus dem Buch „Aus der Zeit geschlossen“. — Reden: Jochenheim, Vorkingstr. 19. Vortrag: „Was ich im Gefängnis sah“, Referent Wilhelm Kemmler. — Heute kommt die Rhein-Arbeitsgemeinschaft um 20 Uhr im Jugendwartensaal unseres Verbandsbüros zusammen. — Heute laßt die Arbeitsgemeinschaft der Ostberliner unter Leitung der Kollegin Görtz. — Partien zur Jugendbegegnung der Volkshäuser am 22. und 23. März sind zum Preis von 30 Pf. im Jugendferienkatalog zu haben.

Heute zu Tietz:

billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag und Sonnabend. Fleisch und leichtverderbliche Waren vom Versand ausgeschlossen. Mengenabgabe vorbehalten. Verkauf soweit Vorrat. Zustellung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung von 3,00 M. an

Wurstwaren

- Rot- od. Leberw. Pfd. 0,68
- Landleberwurst Pfd. 0,82
- Fleischwurst Pfd. 0,82
- Dampfwurst Pfd. 0,88
- Jagdwurst Pfd. 0,98
- Mettwurst Braunschw. Pfd. 1,04
- Feinleberwurst Pfd. 1,18
- Teewurst Pfd. 1,45
- Gänsebrust l. gr. Pfd. 2,30
- Fetter Speck Pfd. 0,82
- Getrennte Spezial-Wurstwaren
- Cervelat a. Salami, Pfd. 1,38
- Knoblauchwurst Pfd. 1,35
- Filetwurst Pfd. 1,50
- ff. Leberwurst... Pfd. 1,50
- Königsbg. Fleck Pfd. 0,95

Fische, Räucherwar.

- *Zander gefroren, Pfd. 0,34
- *Grüne Heringe Pfd. 0,42
- *Kabeljau l. gr. Pfd. 0,24 an
- *Seelachs l. gr. Pfd. 0,20 an
- *Rotbars l. gr. Pfd. 0,32 an
- *Schellfisch ganz, Pfd. 0,24
- *Fischfilet Pfd. 0,36
- *Hedde getr. Pfd. v. 0,48 an
- *Lobos
- Spiegelkarpfen Pfd. 0,90 an
- Bücklinge Pfd. 0,26
- Seelachs ger. Pfd. 0,42
- Schellfisch ger. Pfd. 0,46
- Stückenflundern Pfd. 0,50
- Sprotten Pfd. 0,32
- Port. Sardinen Pfd. 0,95
- *In all. Räusern außer Androsatz.

Fette und Käse

- Molkereibutter Pfd. 1,50
- Tafelbutter Pfd. 1,58
- Margarine Pfd. 0,40
- Romadour Stück 0,15
- Camembert St. v. 0,20 an
- Harzer Pfd. 0,32
- Allgauer
- Stangenkäse Pfd. v. 0,42
- Frühstückskäse
- Rolle ca. 1/4 Pfd. 0,58
- Tilsiter vollfett, Pfd. v. 0,88 an
- Steinbuscher vollfett Pfd. v. 0,88 an
- Münsterkäse Pfd. 0,98
- Dänisch. Schweizer Pfd. 0,80
- Schweizer ... Pfd. v. 1,18 an

Obst u. Gemüse

- Apfelsinen blond, Pfd. 0,78
- Blutapfelsinen 3 Pfd. 0,72
- Jaffa-Orangen 3 Pfd. 0,95
- Kalifornische
- Tafelbirnen Pfd. 0,38
- Kaiserkronen ... Pfd. 0,48
- Ananas frisch, Pfd. v. 0,65 an
- Bananen 2 Pfd. 0,85
- Amerikanische
- Tafeläpfel Pfd. 0,38, 0,48
- Bayr. Reiliche Stück 0,10
- Rot-, Weisskohl Pfd. 0,07
- Wirsingkohl... Pfd. 0,07
- Grünkohl..... Pfd. 0,10
- Schwarzwurzeln Pfd. 0,22
- Blumenkohl Kopf v. 0,30 an

Kolonialwaren

- Brudreis Pfd. 0,14
- Italienischer Reis Pfd. 0,20
- Haferflocken ... Pfd. 0,22
- Eierbandnudeln Pfd. 0,44
- Eierfadennudeln Pfd. 0,48
- Brudmakkaronen Pfd. 0,44
- Viktoria-Erbsen Pfd. 0,16
- Bohnen u. Linsen Pfd. 0,16
- Polierte Erbsen Pfd. 0,30
- Bäckobst Pfd. 0,40
- Pflaumen Pfd. 0,48, 0,38, 0,28
- Ringäpfel kaliforn. Pfd. 0,62
- Pflirsche kaliforn. Pfd. 0,65
- Aprikosen kalt, Pfd. 0,72

WEINE ZUR KONFIRMATION!

- Preise ohne Flasche
- 1929er Liebfraumlich 1/2 Fl. 0,95
 - 1929er Austerweilener Letten 1/2 Fl. 0,95
 - 1929er Windelheimer in den Felsen ... 10 Flaschen 9,00
 - 1929er Treiser Treppchen od. Castel ... 10 Flaschen 9,00
 - 1929er Brauneberger Riesling 1/2 Fl. 1,45
 - 1927er Schloss Bockelheimer 1/2 Fl. 1,45
 - 1928er Erlauer Natur-Rotwein 1/2 Fl. 1,45
 - Orig. Insel Samos od. AH, Malaga, dunkel .. 10 Flaschen 14,00
 - 1927er Graacher Himmelreich 1/2 Fl. 2,25
 - 1927er Winkler Hasensprung 1/2 Fl. 2,25
 - Feiner alter Sherry 10 Flaschen 21,00
 - Vermouth-Cinzano od. Cap-Dessertwein .. 10 Flaschen 21,00
 - Frankfurter Apfelwein, herb 5 Ltr. 2,75
 - Roter Johannisbeerwein, süß 5 Ltr. 3,50
 - Rheinpfälzer Weißwein 5 Ltr. 4,00
 - Roter Tarragon, l. Qualität 5 Ltr. 5,25
 - Insel Samos, II. Qualität 5 Ltr. 5,75
 - Gold-Malaga, sehr gute, süße Qualität .. 5 Ltr. 7,50
 - Ssudak Krim-Rotwein 1/2 Fl. 1,25 10 Fl. 12,00
 - Aluschia Krim-Dezertwein 1/2 Fl. 1,50 10 Fl. 14,00
 - Deutscher *** Weinbrand Liter 4,60

Konserven

- Stangenspargel 1000 1,65
- Stangenspargel 500 1,45
- Schnillbohnen 0,35
- Kohlrabi l. Beib. m. G. 0,33
- Spinat 0,40
- Gem. Gemüse fein. 1,20
- Berliner Allerlei ... 0,70
- Konsumgemüse
- aus getrockneten Erbsen 0,45
- Preisselbeeren 0,90
- Span. Aprikosen.. 0,98
- Sauerkirschen 1,20
- Mordeln 1/2 Dose 1,08
- Ananas Malaya, Stück 1/2, 0,55

15 Waggons Gänse 58

rusische, gefroren..... Pfd. von an

Wolghahühner

gefroren, Pfd. von 0,92 an

Hühner

frisch geschlachtet, Pfd. von 0,94 an

Hirschrücken

Pfd. von 0,98 an

Hirschkeulen

Pfd. von 1,18 an

Hasen

gestr. u. ausgew. Pfd. von 0,82 an

Frisches Fleisch

- Kalbskamm a. Belage, Pfd. v. 0,62 an
- Kalbsbrust od. Rkoten, Pfd. von 0,72 an
- Kalbskeulen bis 9 Pfd. schwer, ganz oder geteilt, Pfd. 0,84
- Kalbskotelett Pfd. von 1,10 an
- Kalbsrouladen groß, Pfd. von 1,20 an
- Kalbsschnittel Pfd. von 1,50 an
- Roastbeef a. Knochen, Pfd. von 1,32 an
- Schweinebauch a. Belage, Pfd. 0,74
- Schweinehinken m. Bein, Pfd. 0,86
- Schweinekamm od. -schutt, ohne Belage Pfd. 0,88
- Schweineschulterblatt Pfd. 0,78
- Schweinekotelett Pfd. von 0,90 an
- Rückenfell bratfertig Pfd. 0,64
- Kassler mild Pfd. von 0,88 an
- Eisbein mit Spitzsch, gepökelt, Pfd. 0,58
- Hammelvorderfl. Pfd. von 0,90 an
- Schmorfleisch Keule, a. Kn., Pfd. 1,16
- Roulade Pfd. 1,28
- Suppenfleisch Pfd. von 0,68 an
- Schweineköpfe mit Backe, Pfd. 0,40
- Hammelvorderfleisch gefroren Pfd. von 0,58 an

Berlins Sensation:

50 PF. 95 PF. 145 PF. 190 PF. 285 PF. 450 PF.

Beginn heute

Hermann Tietz - Serienverkauf

Elektrotechnische Ausführerreforde

Aber scharfer Kampf um die europäischen Märkte zu erwarten.

Im Jahre 1930 betrug die deutsche Ausfuhr elektrischer Maschinen rund 108 Millionen Mark oder 10 Millionen Mark mehr als im Jahre 1929. Die Ausfuhr elektrischer Geräte und Einrichtungen ging von 481 auf nicht ganz 466 Millionen Mark zurück, also um etwa 15 Millionen Mark. Beide Posten zusammen ergeben eine Summe von 573 Millionen Mark, das sind etwa 5 Millionen Mark weniger als im Jahre 1929. Diese Ziffern sind noch nicht ganz vollständig. Rechnet man noch hierzu die Ausfuhr isolierter Drähte, elektrischer Kohle und einiger weiterer Warengruppen, so kommt man auf rund 630 Millionen Mark Elektroausfuhr, das sind etwa 8 Millionen Mark weniger als im Vorjahre. Der Ausfuhrückgang beträgt also insgesamt nur etwa 1 1/2 Prozent. Besonders angesichts der teilweise gesunkenen Preise ist dieser Ausfuhrückgang als unerheblich zu bezeichnen, um so mehr, als die Einfuhr elektrischer Maschinen und Geräte aus dem Ausland von rund 51 auf 44 Millionen Mark gesunken ist. Der Exportüberschuss an elektrischen Maschinen und Geräten konnte somit gegen 1929 noch um 2 Millionen Mark gesteigert werden.

Abgesehen von elektrischen Maschinen (Stromerzeugungsmaschinen, Elektromotoren usw.) konnte insbesondere die Ausfuhr von Kabeln, von Fernsprech- und Telegrapheneinrichtungen und von Rundfunkgeräten gesteigert werden. Die Funkgeräteaushfuhr hat sich trotz des scharferen internationalen Wettbewerbs von knapp 60 auf über 78 Millionen Mark vermehrt.

Diese günstige Entwicklung der deutschen Elektroausfuhr ist um so bemerkenswerter, als die meisten übrigen Länder über starke Ausfuhrrückgänge berichten. Lediglich Schweden meldet eine vermehrte Ausfuhr an elektrischen Maschinen und Schwachstrom-Einrichtungen um etwa 10 Proz., eine Folge davon, daß die kapitalkräftigen schwedischen Elektrogruppen die Ausfuhr in besonders großem Ausmaß finanzieren können. Dagegen ist 1930 die amerikanische Elektroausfuhr nach den vorliegenden Berichten um mindestens 10 Proz., die englische um etwa 7 Proz., die holländische um 15-20 Proz. zurückgegangen! Der deutsche Anteil an der Welt-Elektroausfuhr betrug im vergangenen Jahr knapp 28 Proz. und dürfte infolge des Exportrückgangs der wichtigsten Länder auf annähernd 30 Proz. gekiegen sein!

Worauf ist diese offenbar sehr günstige Entwicklung zurückzuführen?

Ein wesentlicher Grund für den starken Rückgang der englischen und amerikanischen Elektroausfuhr liegt darin, daß diese Länder in der Hauptsache nach Südamerika, dem Fernen Osten, Australien, Kanada, Ägypten usw. exportieren, d. h. nach solchen Gebieten, die von der Weltwirtschaftskrise besonders schwer betroffen worden sind. Infolge des Preissturzes für Agrarprodukte und zahlreicher industrieller Rohstoffe hat sich der Wert der Ausfuhr gerade dieser Gebiete teilweise katastrophal verringert, und die Kehrfolge dieser Ent-

wicklung ist ihre verringerte Kaufkraft. Dies mußte sich auch bei der englischen und amerikanischen Elektroausfuhr auswirken.

Die englische Elektroindustrie hat aus dieser Sachlage bereits begonnen die Schlussfolgerungen zu ziehen, indem das Augenmerk wesentlich stärker als bisher auf die Belieferung der besseren europäischen Märkte gerichtet ist. Es ist z. B. charakteristisch, daß sich die Ausfuhr elektrischer Maschinen aus England nach Britisch-Indien, Australien, Südamerika und Japan von 1928 bis 1930 um etwa 16 Millionen Mark verringert hat, während gleichzeitig diese Ausfuhr nach europäischen Ländern um über 8 Millionen Mark gewachsen ist. Selbst das Jahr 1930 brachte eine erhebliche Vergrößerung der Europa-

Ausfuhr gegenüber dem Jahre 1929. Auch die beiden schwedischen großen Elektrokonzerne beliefern in der Hauptsache die europäischen Märkte. In besonders starkem Maße aber trifft dies für Deutschland zu.

Etwa vier Fünftel der gesamten deutschen Elektroausfuhr gehen nach europäischen Ländern. Aber der Wettbewerb um den europäischen Markt verschärft sich zusehends.

Nicht nur die englische Elektroindustrie beteiligt sich stärker an der Versorgung Europas mit elektrischen Maschinen und Geräten, sondern auch die schweizerische, die französische, ja auch die tschechische, ungarische und österreichische Elektroindustrie tragen zur Verschärfung der Marktlage bei. Auch die Amerikaner widmen den europäischen Märkten gesteigerte Aufmerksamkeit.

Faßt man dies alles zusammen, so darf man das erwähnte günstige deutsche Ausfuhrergebnis doch nicht darüber täuschen, daß in Europa mit einer allmählichen Zuspitzung der Wettbewerbslage zu rechnen ist.

Den Weizen Zoll herunter!

Die Weizenpreise steigen und steigen...

Die Berliner Produktenbörse zeigte in den letzten Tagen ein sprunghaftes Emporschnellen der Weizenpreise, das eine Folge der zunehmenden Weizenverknappung ist. Der Bedarf der Mühlen nach inländischem Weizen ist geradezu dringend geworden. Dagegen hält die Landwirtschaft, soweit sie noch im Besitz von Weizen ist, augenscheinlich mit der Ware zurück. Teilweise ist der Roggenpreis durch den Weizenpreis mit nach oben gerissen worden. Die Bewegung der Preise geht aus folgender Aufstellung hervor:

	Anfang Jan.	Anfang Febr.	25. Febr.	26. Febr.
	(für eine Tonne ab märkische Station in Mark)			
Weizen am Locomarkt	250-254	266-269	284-286	287-291
Terminweizen für März	277-279	281-282	294-298	302
Roggen	156-158	156-158	162-164	166

Selbstverständlich versuchen auch die Mühlen höhere Mehlpfeile durchzusetzen. Die Erhöhungen haben am Donnerstag bis 75 Pfennige betragen. Diese Entwicklung muß natürlich die ganze Preisentwicklung für Mehl und Mehlprodukte, wie sie in den letzten Monaten durchgeführt werden konnte, über den Haufen werfen. Maßnahmen dagegen, daß der deutsche Weizen Seltenheitswert bekommt, sind unbedingt erforderlich. So muß der Verbrauchszwang geändert werden. Dazu hat eine Ermäßigung des Weizenzolls zu treten. Der Augenblick, wo der im Gesetz festgelegte Verbraucherschutz Tatfache werden muß, ist jetzt gekommen.

Der gegenwärtig geltende Weizenzoll, der rund doppelt so hoch ist wie der Preis für ausländischen Weizen ohne Zoll, ist an einen Richtpreis von 260 M. pro Tonne geknüpft. Der Weizenpreis (Lokopreis) steht aber schon auf 290 M. Nach dem Gesetz braucht die

Regierung den Weizenzoll jetzt noch nicht zu erniedrigen, denn der Preis von 260 M. pro Tonne ist als gewogener Durchschnitt für das ganze Jahr gemeint.

Man haben allerdings viele Landwirte ihren Weizen zu den niedrigeren Preisen in der ersten Hälfte des Getreidejahres verwertet. Diesen Landwirten kann es gleichgültig sein ob der Weizenzoll jetzt heruntergesetzt wird oder nicht. Diejenigen Landwirte, die noch über Weizen verfügen, sind aber die kapitalkräftigsten und in der Lage, einen Notstand auszumühen, der die Ernährung der Massen bedroht und verteuert.

Die Einschaltung des Verbraucherschutzes in das Gesetz darf kein Rechenexempel sein. Man muß den im Gesetz verankerten Verbraucherschutz dem Sinne nach auslegen und das bedingt eine Heruntersetzung des Getreidezolles, um zu verhindern, daß aus der Entwicklung am Weizenmarkt eine bedenkliche allgemeine Verteuerung entsteht. Man soll der Volksnot nicht spotten, wenn nur Paragraphen im Wege sind.

Hadebeil ganz am Ende.

Am 30. Juni 1929 ist die Hadebeil A.-G. saniert worden, aber so wenig erfolgreich, daß jetzt der Verlust mit 3,41 Millionen Mark das Aktienkapital von 2,5 Millionen Mark erheblich übersteigt. Das ist der Erfolg höchst wertwürdiger Kreditgeschäfte; um die Beranhang der Verluste kämpfen die Großaktionäre nach und sicher werden einige Schadenersatzklagen folgen. Gegen die Genehmigung des Abschlusses gab die Opposition Protest zu Protokoll; der jetzigen und der früheren Verwaltung wurde die Entlastung nicht erteilt. Die Verwaltung selbst hat den Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt, während ein Gläubiger inzwischen den Konkursantrag gestellt hat. Eine Gerichtsentscheidung über die Anträge ist noch nicht erfolgt.

SIEMENS 22

der kleine Empfänger mit der **RIESENSKALA** bringt Bezirks- und Großsender

Die Großsender haben eine Verschiebung der Empfangsverhältnisse verursacht. Darauf haben wir uns bei der Entwicklung des Siemens 22 bewußt eingestellt. Das Gerät besitzt die bewährte Riesenskala und zeichnet sich durch besonders große Lautstärke aus. Seine gefällige Form u. seine Preiswürdigkeit machen es mit Recht zum Empfänger für alle, die dem Rundfunk noch fernstehen. Vollnetzanschluß

Preis mit Röhren RM 98.50

SIEMENS & HALSKE AG.
Wernerwerk, Berlin-Siemensstadt

Wenn die Hausfrau ein Kaffeegetränk wünscht, das herzhafter schmeckt und weniger kostet, dann muß sie es mit der guten Kaffeewürze Mühlen Franck zubereiten.

Mühlen Franck würzt, kräftigt, verbilligt jedes Kaffeegetränk.

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen. kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungsvereinfachung
Telephon: Alexander 4112

Wahret eure Gesundheit trinkt teurigen Süßwein

SANTA LUCIA der Wein zur Stärkung!

Engros J. F. Rauch A.-G., Berlin W 9

„Bücher“ Weisheit nach Siemensdemagogie

Mehr Kaufkraft ohne Lohnausgleich? — Taschenspiel um Theorien.

Nach Herrn von Siemens (siehe im gestrigen Morgenblatt) verfuhrte auch Herr Geheimrat Bücher, der neuerdings nicht mehr bestrittene Präsident der A.G., in der gestrigen Generalversammlung das Schuldkonto der deutschen Unternehmer gegenüber den innerwirtschaftlichen Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise zu reinigen. Dabei zerstückte der geistig eleganter und wendiger Herr Bücher freilich etwas weniger Porzellan als Herr von Siemens. Er vermied es, die Gewerkschaften und den politischen Lohn für die deutsche Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen, gab aber in seinem Bemühen, die Notwendigkeit einer „generellen Reduktion der Einkommen“ bei der jetzigen Lage Deutschlands (auch nur ein vornehmerer Ausdruck für Lohndruck) zu rechtfertigen, auch nicht weniger wenn auch andere Angriffsflächen als Herr von Siemens. Bei der

Rechtfertigung des unterlassenen Lohnausgleichs

gelegentlich der Einführung der Fünftageswoche konnte er zunächst nur hypothetisch voraussetzen, daß die Streckung der Arbeit auch zu einer Neueinstellung von Arbeitern und Angestellten führen werde. Da er aber ein Versprechen nicht gab, ist die Vermutung nicht unberechtigt, daß man in der A.G. bei verkürzter Arbeitszeit ohne Lohnausgleich das gleiche erreichen und nach Möglichkeit niemand neu einstellen will. Er bemühte sich nun um den Nachweis, daß die Unterlassung des Lohnausgleichs keine Kaufkraftschwächung bedeute und sagte: „Daß durch diese Maßnahmen die generelle Kaufkraft geschwächt wird, ist ein Irrtum. Wenn der Lohn der gesamten beschäftigten deutschen Arbeiter- und Beamenschaft auf die gesamte vorhandene Arbeiterschaft umgelegt würde, würde Deutschland viel konsumfähiger sein, denn die 4,5 Millionen Arbeitslosen sind, trotzdem sie das Budget des Reiches, der Länder und Gemeinden ruinieren, keine Konsumenten, während der um ein Fünftel oder ein Sechstel in seinem Verdienst gekürzte ein Konsument bleibt und das, was ihm an Konsumkraft genommen wird, sich mehrfach auswirkt bei dem, der wieder dem Konsum zugeführt wird.“

Wir stellen zunächst gerne fest, daß Herr Bücher sich mit dieser Überlegung prinzipiell zu dem Gedanken der Arbeitszeitverkürzung wenigstens in der jetzigen Wirtschaftskrise bekennt. Wir verkennen auch nicht die von uns immer wieder betonte große moralische Bedeutung der Beseitigung der Dauerarbeitslosigkeit, die mit der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und der entsprechenden, wenn auch verkürzten Arbeitsbeschaffung für alle verbunden ist. Volkswirtschaftlich läßt sich aber zwischen der Kaufkraft eines Arbeitslosen und der Kaufkraft eines noch Beschäftigten kein anderer Unterschied machen als der, daß der Arbeitende in der Regel mehr verdient und ausgeben kann als der Unterstützte. Wird aber die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verkürzt und werden nur entsprechend mehr Arbeiter eingestellt (was Herr Bücher, wie gesagt, nicht einmal versprochen hat), so läßt sich nach Adam Riese, der kein Taschenspieler sein wollte, an der Tatsache nichts ändern, daß die Gesamtkaufkraft die gleiche bleibt, obwohl sie sich jetzt aus reinen Lohnsummen und nicht mehr, wie vorher, auch aus Unterstüßungsgeldern zusammensetzt. Auf diesem Wege ist es also möglich, die Unterlassung des Lohnausgleichs zu rechtfertigen. Es hätte Herrn Bücher nichts geschadet zuzugestehen, daß der Lohnausgleich eine Maßnahme ist und daß die A.G. darüber hinaus wahrscheintlich kaum bemüht sein wird, neue Arbeiter einzustellen, wo sie es nicht muß. Herr Bücher hätte damit

den A.G.-Betriebsräten die Aufgabe, auf Neueinstellungen jezt zur Abwehr stärkerer Ausbeutung noch mehr zu achten, etwas erleichtert.

Gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik

in Deutschland versuchte Herr Bücher mit anderen und etwas vornehmeren Mitteln als Herr von Siemens anzugehen. Er sagte: „Wir haben die früher von Amerika verbreitete Theorie — hoher Lohn, hoher Konsum, hoher Beschäftigungsgrad, hohe Prosperität — in den letzten Jahren mit negativem Erfolg zu betätigen versucht.“ Zunächst haben die Gewerkschaften in Deutschland keineswegs nach amerikanischen Theorien argumentiert, sondern die Forderung nach steigenden Löhnen war zunächst eine nach der Inflation nicht zu bestreitende Notwendigkeit, später aber war sie das wichtigste volkswirtschaftliche Instrument, um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie derjenigen ihrer Weltmarktkonkurrenten wieder anzupassen. Herr Bücher macht sich aber auch die Behauptung, daß die Kaufkraftsteigerungstheorie in Deutschland mit negativem Erfolg angewendet worden sei, zu leicht und bedient sich dabei, wir sagen nicht bewußt, eines kleinen Taschenspielertricks. Es genügt nämlich nicht angesichts der jetzigen Wirtschaftskrise, nur den negativen Erfolg der Lohnerhöhungen festzustellen, sondern man muß nach den Ursachen fragen, wenn man wie Bücher den negativen Erfolg als Tatsache unterstellen will.

In Deutschland gingen Rationalisierung und Lohnsteigerung Hand in Hand. In Deutschland fehlte aber, und zwar durch die Schuld der deutschen Unternehmer, der Rationalisierung der mit der Lohnsteigerung und Lohnausgleich notwendig zu verbindende und auch zu wollende Erfolg; in Deutschland fehlte nämlich die der Leistungssteigerung und Kostensenkung entsprechende Preisentkung, die der erhöhten Leistungsfähigkeit der Industrie auch den erforderlichen Absatz gesichert hätte. Weil die Preisentkung fehlte, blieben die teuren Anlagen unbenutzt, ein großes Kapital war verendet, fröh aber dennoch Zinsen, und der Kapitalpreis blieb in Deutschland höher, als es notwendig gewesen wäre. So mußte die Arbeitslosigkeit in Deutschland ebenfalls stärker wachsen, und zwar nicht durch die Schuld der Gewerkschaften, sondern durch die der Unternehmer, stärker als es aus der Weltwirtschaftskrise und Weltagrarkrise unermüdlich gewesen wäre.

Aber auch für Amerika argumentiert Herr Bücher falsch. In Amerika war nicht die Prosperitätstheorie falsch, sondern der falsche Gebrauch, dem nachgewiesenermaßen das amerikanische Spekulantentum und die amerikanischen Finanziers auf der Börse davon machten. Man finanzierte schließlich die riesenhafte industrielle Expansion im Verlauf der zu einer Psychose gewordenen Börsenhausse überhaupt nicht mehr aus wirklich erübrigten Gewinnen und Reserven, sondern fast nur noch aus den vermittelten der Börsenpsychose möglichen Kursgewinnen. Dazu kam freilich die Tatsache, daß die amerikanischen Notenbankleiter nicht früh genug die Börsenkredite droffelten, woraus sich der fehlerhafte Zirkel einer falschen Industriefinanzierung erst entwickeln konnte.

Herr Bücher machte sich also in jeder Hinsicht den Beweis seiner Behauptung, daß eine generelle Reduktion der Einkommen in Deutschland zweckmäßig sei und daß sich das aus den amerikanischen und deutschen Erfahrungen ergebe, zu leicht. Herr Bücher hat weder die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit des fortgesetzten

Kampfes um höhere Löhne widerlegt, noch auch gegen die Berechtigung der Forderung des Lohnausgleichs bei verkürzter Arbeitszeit etwas beizubringen vermocht.

Leise Mahnung an Hitler und Hugenberg.

Immerhin hat Herr Bücher doch den Mut aufgebracht, der Herrn von Siemens fehlte, auf die seit den Septemberwahlen eingetretene Vertrauenskrise hinzuweisen. „Was Deutschland am meisten schädigt“, so sagte Herr Bücher, „ist die durch diese (politische) Unsicherheit verursachte Vertrauenskrise“, und er fügte hinzu, daß die Gesundung der politischen Situation solange verzögert, wenn nicht illusorisch gemacht werde, als weite Kreise des deutschen Volkes die Stärkung der Autorität der Regierung deshalb unterlassen, weil ihre Beschlüsse sich nicht mit ihren Idealen decken. Wir bemerken wohl, daß Herr Bücher mit dieser Mahnung auch noch eine Verbeugung vor den kritisierten Gruppen macht, aber immerhin schweigt er nicht und macht auch keinen Kotau.

Bemerkenswert war Büchers Feststellung, daß auch für die Elektroindustrie die Erfahrung gelte, daß die Gestaltung ihrer Rentabilität trotz des großen Exportanteils von der Gestaltung des Inlandsmarktes abhängt. Zur Geschäftslage bemerkte Bücher, daß im Beschäftigungsgrad keine Änderung eingetreten, daß aber anzunehmen sei, daß der Tiefpunkt der Depression erreicht ist. Die auf 7 Proz. (Vorjahr 9) festgesetzte Dividende wurde ohne Diskussion gutgeheißen; durch Zuwahlen sind im Aufsichtsrat der A.G. jezt alle Berliner Großbanken vertreten.

Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt.

In seinem letzten Wochenbericht sagt das Institut der Konjunkturforschung zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage:

Die Wirtschaft steht gegenwärtig an ihrem saisonmäßigen Tiefpunkt. In den kommenden Wochen und Monaten wird die übliche Frühjahrsbelebung eine gewisse Erleichterung verschaffen. Dabei wird freilich der Vorjahrsumfang der Geschäftstätigkeit bei weitem nicht erreicht werden können. Auch die Arbeitslosigkeit wird wesentlich höher bleiben als im Frühjahr 1930. Der Inlandsmarkt steht immer noch unter starkem Druck. Die Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte dürfte eher nachlassen als steigen. Die Rohstoffpreise sind — trotz Befebungen auf Teilmärkten — im ganzen noch abwärts gerichtet. Die konjunkturelle Entspannung am Geldmarkt hat in den letzten Monaten so gut wie keine Fortschritte gemacht. Die jüngsten Kurssteigerungen am Effektenmarkt sind — gemessen an dem vorangegangenen Kurssturz — noch gering.

Die Arbeitslosigkeit hält sich gegenwärtig auf ihrem saisonmäßigen Höhepunkt. Sicher ist aber, daß auch bis in die jüngste Zeit hinein die konjunkturelle Arbeitslosigkeit nicht unerheblich zugenommen hat. Anzeichen für eine wesentliche konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt, die eine mehr als saisonmäßige Entlastung in den kommenden Monaten zur Folge hätte, sind bis jezt noch nicht festzustellen.

Die deutsche Ausfuhr ist beträchtlich niedriger als vor einem Jahr. Die deutsche Industrieausfuhr ist von 1929 auf 1930 um rund 1 Milliarde gesunken. Von diesem Rückgang entfällt ungefähr die Hälfte auf die allgemeine Preisentkung. Die „echte“ Verminderung der Industrieausfuhr ist daher mit etwa 500 Millionen Mark zu veranschlagen. Versucht man diese Größenordnung auf den Arbeitsmarkt zu übertragen, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß allein die Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten im Ausland den deutschen Arbeitsmarkt im Jahre 1930 mit mehr als 100 000 Menschen belastet hat. Trotz dieser Verluste im Auslandsabsatz ist die deutsche Ausfuhr immer noch verhältnismäßig hoch. Auch der gegenwärtige Umfang des Auslandsgegeschäfts bindet immer noch schätzungsweise 100 000 Arbeitskräfte mehr als es das Auslandsgegeschäft im Jahre 1928 getan hat.

Doppelter Vorteil auch für Sie — billiges Wirtschaften, wertvolle Gaben.



Sparsame Hausfrauen wollen das Beste für ihr Geld haben und wählen deshalb als Wasch- und Putzmittel die bewährten Sunlight-Erzeugnisse: die prächtig schäumenden Lux Seifenflocken zum schonenden Waschen aller — auch der großen — Wäsche; die milde Sunlight Seife für Wäsche, Hand und Haus und schließlich Vim, das sparsame Putzmittel, zum Reinigen und Polieren aller Gegenstände.

Für die gesammelten Gutscheine kann sich die kluge Hausfrau am Ende des Monats manchen Wunsch erfüllen; ohne Mehrkosten erhält sie wertvolle Gaben, die sie nach Ihrem Geschmack aus dem Sunlight-Werbegabekatalog wählt.

LUX Seifenflocken

Normalpaket 30 Pf.
Doppelgroße Pack. 50 Pf.

SUNLIGHT Seife

Doppelstück 30 Pf.
Großer Würfel 25 Pf.

VIM

Normaldose 30 Pf.
Doppelgroße Dose 50 Pf.

DIE 3 GUTEN SUNLIGHT PRODUKTE

Wie die Sunlightgaben eine große Hilfe im Haushalt bedeuten können, teilt uns Frau Minna L., Gera, mit:

Jeden Monat verbrachte ich in meinem Hause:	Das bringt mir an Gutscheinen:
5 Pakete Lux Seifenflocken à 30	5 Gutscheine
6 Doppelstücke Sunlight Seife à 30	6 Gutscheine
4 Dosen Vim à 30	4 Gutscheine
	15 Gutscheine

... und dafür habe ich zu meinem Sunlight-Besteck wieder einen neuen Eßlöffel!

Jetzt so billig — dabei wertvolle Gaben!

Ein Querschnitt durch die Organisation.

Wie setzt sich eine Parteiabteilung zusammen?

Zur Beurteilung der Stärke und Schlagkraft einer politischen Partei genügt es nicht, daß man weiß, wieviel Mitglieder sie hat, es kommt ebenso sehr darauf an, was für Mitglieder sie hat. Dieses „was“ bezieht sich gewiß in der Hauptsache auf Eigenschaften ideeller Art, aber auch auf die Zusammenfügung der Mitgliedschaft nach Lebensalter, Mitgliedschaftsdauer, wirtschaftliche Stellung und Beitragsleistung. Es dürfte deshalb von Interesse sein, an einem Querschnitt durch die Organisation die Struktur unserer Partei aufzuzeigen.

Den folgenden zahlenmäßigen Feststellungen liegen die Verhältnisse einer mittleren Berliner Parteiabteilung zugrunde, die sich als winziges Glied in der großen Kette unserer Organisation im allgemeinen sicher in nichts von den anderen Gliedern unterscheidet.

Es lassen sich deshalb wohl zutreffende Schlussfolgerungen für die ganze Partei daraus ziehen. Wie sich die Mitgliedschaft der Abteilung nach dem Lebensalter zusammensetzt, zeigt folgende Tabelle:

Alter	Männer	Frauen	zusammen	in Proz.
unter 20 Jahren	9	2	11	2,0
über 20 bis 30 Jahre	86	36	122	23,0
" 30 - 40 "	127	36	163	30,5
" 40 - 50 "	109	47	156	29,2
" 50 - 60 "	43	15	58	10,8
" 60 - 70 "	18	3	21	3,9
" 70 Jahre	2	1	3	0,6
zusammen	394	140	534	100,0

Diese Alterszusammensetzung ist im Sinne der Mitgliedschaftsverjüngung sicher günstiger als die natürlichen Altersverhältnisse, denn allein ein Viertel der Mitglieder sind zwischen 18 und 30 Jahren. Noch vor wenigen Jahren war die Generation, die erst nach dem Krieg ins wahlberechtigte Alter trat, in unserer Partei bedenklich schwach vertreten. Die immer wieder auf allen unseren Tagungen ausgesprochene Erkenntnis: „wir müssen die Jugend an uns heranziehen“ ist dann auch in erfreulichem Ausmaß in die Tat umgesetzt worden. Auch die übrige Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist durchaus gesund, denn die Jahrgänge von 20 bis 50 Jahren, die doch für die Parteiarbeit und für das politische Wirken der Partei die Kerntruppen bilden, stellen mehr als vier Fünftel der gesamten Mitgliedschaft.

Ueber die Mitgliedschaftsdauer gibt folgende Tabelle Auskunft.

Mitgliedschaftsdauer	Männer	Frauen	zusammen	in Proz.
unter 1 Jahr	76	21	97	18,2
über 1 bis 3 Jahre	146	44	190	35,6
" 3 - 5 "	66	27	93	17,4
" 5 - 10 "	47	29	76	14,2
" 10 - 20 "	31	11	42	7,9
" 20 - 30 "	21	8	29	5,4
" 30 - 40 "	6	—	6	1,1
" 40 Jahre	1	—	1	0,2
zusammen	394	140	534	100,0

54 Prozent, also über die Hälfte der Mitglieder, sind erst in den letzten drei Jahren zur Partei gekommen. Hierin spiegelt sich der gewaltige Aufstieg, den unsere Partei im ganzen Reiche nach dem großen Wahlerfolg von 1928 hatte. Als Ergänzung der vorstehenden Tabelle dienen folgende Angaben über das Wachstum der Abteilung. Sie zählte an Mitgliedern jeweils am Jahres-schluss:

	Männer	Frauen	Zusammen	Zunahme gegenüber dem Vorjahre absolut	in Proz.
1925	74	37	111	—	—
1926	87	47	134	23	21
1927	128	64	192	58	43
1928	197	96	293	101	53
1929	343	128	471	178	61
1930	394	140	534	63	13

Zu diesem starken Wachstum hat allerdings der durch die starke Wohnungsbautätigkeit verursachte Zuzug mit beigetragen. Aber nur zu etwa zwei Fünfteln, während drei Fünftel der Zunahme Neuzugänge waren. Im letzten Jahre standen 74 eintrittene 20 Austritte und 61 Zuzüge gegenüber. So ähnlich war das Verhältnis auch in den vorhergehenden Jahren.

Die starke und erfolgreiche Werbearbeit der letzten Jahre hat die Organisation der Mitgliedschaftsdauer nach außerordentlich stark verjüngt.

Diese Tatsache legt uns die Pflicht auf, alle unsere Veranstaltungen und vornehmlich die Mitgliedererwerbungen der Aufklärung und der Verankerung der sozialistischen Weltanschauung zu widmen, daß aus den neuen Mitgliedern auch Mitarbeiter und Mitkämpfer werden. Je mehr die Partei von diesen hat, um so größer werden die Erfolge unserer Bewegung sein. Andererseits wird aber auch auf die Dauer nur der Befriedigung in der Bewegung finden, der für unsere Ziele mitarbeitet und kämpft.

Die eingangs erwähnte Frage nach der wirtschaftlichen Stellung der Mitglieder mag vielleicht etwas eigenartig anmuten, denn die Sozialdemokratische Partei ist und will nichts anderes sein als die Partei des schaffenden Volkes. Und doch ist es gut, wenn wir uns auch über diese Frage Rechenschaft ablegen. Von den 394 männlichen Mitgliedern der Abteilung sind:

	absolut	in Proz.
Arbeiter	215	55,0
Angestellte	119	30,0
Beamte	49	12,0
Freie Berufe	5	1,6
Gewerbetreibende	6	1,4

Hierin weicht die als Beispiel angezogene Abteilung sicher von den meisten anderen ab; der verhältnismäßig hohe Prozentsatz von Angestellten und Beamten findet seine Erklärung in dem Umstand, daß im Bereich der Abteilung viele Neubaugewohnungen errichtet worden sind, die wegen der hohen Mieten für die Mehrzahl der Arbeiter leider noch nicht zugänglich sind. Für die meisten Angestellten und Beamten sind die Neubaugewohnungen ja auch nur erreichbar, weil sie im allgemeinen doch nicht so häufigem Wechsel zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind wie die Arbeiter.

Es ist ja auch ein gewollter Erfolg, daß wir die Angestellten und Beamten für unsere Bewegung gewonnen haben.

Die regelmäßige Beitragszahlung ist ja für jede Organisation der Lebensnerv. Deshalb würde die Mitgliederzahl allein wenig belegen, wenn nicht gleichzeitig nachgewiesen würde, daß es

Oeffentliche Kundgebungen

Kaulsdorf, 123. Abt. Heute Freitag, den 27. Februar, 20 Uhr, Turnhalle, Adolphstraße — Thema: Nationalsozialismus — Volksbeitrag. Redner: Erich Kutner, M. d. L.

Mitte, 4. Abt. Heute Freitag, 27. Februar, 19^{1/2} Uhr, Vogels Festsäle, Brückenstr. 2 — Thema: Das dritte Reich. Redner: Genosse Ritzel, M. d. R. — Politisch-satirische Revue: „Wo bleibt der zweite Mann?“ — Unkostenbeitrag 0,30 M., Erwerbslose Genossen frei.

Blankenburg, Sonntag, den 1. März, 17 U. r. Lokal Krug, Dorfstr. 2. Thema: Wollen die Frauen den Bürgerkrieg? Rednerin: Käthe Kern. — Hans Pfeiffer: Gegen Bürgerkrieg und Faschismus.

Volksgenossen! Erscheint in Massen! Helft den Faschismus bekämpfen!

sich um tatsächliche Mitglieder handelt und nicht etwa zum Teil um solche, die nur in der Mitgliederliste stehen, um sogenannte Papier-soldaten. Es war immer unser Prinzip, auch in dieser Beziehung reinen Tisch zu halten und uns nicht selbst etwas vorzutäuschen. Die Kontrolle der Mitgliedsbücher erbringt den Beweis:

	voll bezahlt	Beitragsreste in Monaten				länger als 4 Monate gelundet
		1	2	3	4	
Mitglieder	492	14	12	6	4	6
In Prozent	92,3	2,8	2,2	1,1	0,7	1,1

Vielleicht ist das noch nicht das beste erreichbare Ergebnis, zur Unzufriedenheit gibt es aber keinen Anlaß. Eine hundertprozentige Einkassierung der Beiträge ist gewiß ein erstrebenswertes Ziel, es wird aber kaum von irgendeiner vergleichbaren Organisation erreicht werden. Es liegt ja nicht nur an den Funktionären, die diese Aufgabe zu bewältigen haben, auch unsere Partei ist nicht ganz frei von „schlechten Zahlern“; zeitweise wirtschaftliche Notlagen einzelner Mitglieder und sonstige Umstände müssen ebenfalls in Rechnung gestellt werden.

Es ist notwendig, daß wir uns über die Beschaffenheit unserer Organisation von Zeit zu Zeit Gewißheit verschaffen und prüfen, ob sie in allen Bestandteilen gesund und intakt ist.

Auch wenn wir sie so vorfinden, wie das vorstehende Beispiel zeigt, gibt es noch recht viel Arbeit zur inneren Festigung. Dazu ist die gegenwärtige Depressionszeit die wertvollere. Die Zeit kommt und hoffentlich recht bald, wo die Sozialdemokratie wieder zur Offensive übergeht, dann zeigt es sich im harten politischen Kampf, wie stark die Partei gemacht worden ist.

Billiger Sonnabend und Sonntag im Zoo. Zum zweiten Male in diesem Jahr folgen am 28. d. M. und am 1. März der billige Sonnabend und der billige Sonntag des Zoologischen Gartens aufeinander. Am nächsten Sonnabend beträgt von 14 Uhr ab der Eintrittspreis nur 50 Pf., für Kinder 25 Pf., am Sonntag gelten diese ermäßigten Preise den ganzen Tag.

Deutschnationale Banfroffeure!

In der Bezirksversammlung Neukölln wurde der bekannte Kloth als unbesoldeter Stadtrat eingeführt. Die Kommunisten versuchten dabei, obwohl sie sonst mit ihm ganz gut zusammenarbeiten, ein bißchen Theater zu spielen. Weil ihr Redner zur Einführung nicht das Wort erhielt, entsefelten sie eine wüste Geschäftsordnungs-debatte, die sie aber auch nicht an ihr Ziel brachte. Die Versammlung bewilligte dann 10 000 M. aus Vorbehaltsmitteln für Erneuerungsarbeiten in den Schulen Kassebedstraße und Kaiser-Friedrich-Straße 208, erklärte sich mit der Aufhebung des Nachtlinienplanes für das Böhmisches Dorf und Einrichtung einer Pflasterkasse einverstanden. Ein Antrag der SPD, auf Zurücknahme der Verfügung des Hauptgesundheitsamtes, daß Diphtherie- und Scharlachfranke aus den Krankenhäusern entlassen werden, die noch Bazillenträger sind, wurde auf Vorschlag des Gen. Schulz zurückgestellt bis ein Obergutachten eingeholt worden ist. Auf eine kommunistische Anfrage über die Anzahl der in Neukölln leerstehenden Neubaugewohnungen und die Zahl der Exmissionen erwiderte Stadtrat Gen. Waldheim, daß am 1. Januar 167 Neubaugewohnungen leer standen. Das Bezirksamt kann dafür aber nicht verantwortlich gemacht werden, weil diese Wohnungen von privater Seite erstellt worden sind. Die Zahl der Exmissionen betrage 200, von denen sich aber nur fünf auf Neubaugewohnungen beziehen. In allen Fällen war es dem Wohnungsamt möglich, für Erfahrungsraum zu sorgen. Neukölln, das heute über 12 000 Wohnungsuchende habe, leide, wie viele andere Bezirke Berlins, an dem starken Zuzug von außerhalb. Der neugeborene Stadtrat Kloth schimpfte in der Debatte auf die Wohnungs-zwangswirtschaft und so ganz hinterherum wollte er Korruptions-erscheinungen bei den gemeinnützigen Baugesellschaften entdeckt haben. Gen. Gutschmidt hatte sofort auf diesen verdeckten Vorwurf ein und erwiderte, daß das bei privaten Baugesellschaften des öfteren vorgekommen sein soll. Er erinnerte dabei an die „Praktik“ der Stadtkassabank, deren Leiter der Kloth sehr nahe stehen, die ja auch Bauunternehmer finanzierten. Wenn dort Korruption festgestellt worden sein sollte, so habe er nichts dagegen. Der SPD hielt er die „Erfolge“ in der Bauwirtschaft Rußlands vor. Als er einen besonders eifrigen Zwischenrufer der SPD mit dem Hinweis abfertigte, daß sich der Zwischenrufer damals, als er bereits sich mit Wohnungsfragen befaßte, noch in die Hofen gemacht haben dürfte, stürzte die kommunistische Meute auf ihn, aber der Angriff konnte abgewehrt werden. Kloth, der nochmals versuchte, den privaten Wohnungsbau herauszubauen, wurde von Gutschmidt vollständig zugedeckt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wandte sich die Versammlung gegen die geplante Einführung von Gebühren in den städtischen Bäckereien. Ein sozialdemokratischer Antrag, der sich gegen die 75prozentige Kürzung des Haushalts für die häusliche Unterhaltung der städtischen Gebäude und Schulen wandte, gab dem Führer der Deutschnationalen, Langkau, wieder einmal Gelegenheit, die Stadt Berlin bankrott zu erklären. Gen. Behre und Polenske zeigten diesem Herrn, der schon seit Monaten eine ungläubige Schädigung der städtischen Finanzen mit seinen Reden betreibt, wo die eigentlichen Banfroffeure sitzen.

Gewinnauszug 5. Klasse 36. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

16.ziehungstag 26. Februar 1931
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

- 2 Gewinne je 25000 M. 72073
- 2 Gewinne je 10000 M. 537
- 8 Gewinne je 5000 M. 108800 175987 275181 287867
- 16 Gewinne je 3000 M. 11103 35120 104002 138058 280132 308366 322224 328801
- 42 Gewinne je 2000 M. 56326 58639 96152 103944 133135 152651 173718 174376 193412 209726 240267 259134 267335 272749 286297 324974 351425 362382 372642 382032 397075
- 144 Gewinne je 1000 M. 1819 4233 5315 7649 25426 31093 31808 35901 39809 59198 68842 71571 75309 84941 87735 89400 90826 95545 100904 101517 101581 109542 114240 117513 122728 133551 138732 138968 144715 145589 161290 162395 160533 164476 169102 172798 173663 174490 175301 190818 194411 196318 197519 208792 211662 216053 218714 222485 227478 229079 239732 239857 240192 253337 263480 264461 264907 308860 309236 316670 318353 328990 352054 354334 354358 369291 373923 384959 389554 388554 394517
- 144 Gewinne je 500 M. 1713 7181 7250 7912 15900 18164 22060 22615 27504 28562 31325 37028 39389 39533 42064 44495 45049 55098 63912 90657 95960 101498 107387 110928 128938 140509 152361 156361 156197 182720 165047 166377 189141 177639 181748 188308 191235 192137 199034 201631 205421 205976 217329 218048 225278 249445 251522 251937 268523 274776 280224 286232 291639 302245 308216 308225 316358 319117 319854 333954 335336 335671 339948 337406 347368 351889 357744 363835 367755 368448 373273 394573

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

- 2 Gewinne je 75000 M. 355817
- 4 Gewinne je 10000 M. 34894 342437
- 10 Gewinne je 5000 M. 11880 45207 130894 221176 313952
- 14 Gewinne je 3000 M. 3446 261098 285544 320532 325541 336818 350429
- 42 Gewinne je 2000 M. 38458 55649 71323 74581 76821 89821 101353 121027 136702 161832 187972 210364 245417 277898 318087 319136 330133 348538 360288 360002 368082
- 94 Gewinne je 1000 M. 6591 18139 31891 37734 48428 61014 63789 65801 70779 85722 89819 10139 10891 37734 48428 61014 138039 143789 162489 169414 172936 176797 184734 196437 198047 206230 208757 211491 222048 225313 230367 247350 254326 273641 273936 278831 309026 311600 330793 344343 346122 348206 348723 351264 352082 353809 361251 368882
- 156 Gewinne je 500 M. 418 7953 9737 10573 13670 15295 16574 43367 63827 65722 66215 66402 84907 102809 108018 113015 124366 126333 127283 127794 129670 129483 140350 148020 148634 152600 158802 171559 179638 185516 190239 190532 194173 198379 205857 210831 217851 223559 224064 232676 238580 244338 244661 247217 248008 250788 254550 260233 265784 271574 276962 276535 277600 283395 285125 294804 303502 304236 306382 306875 311237 315154 320031 322749 325957 334831 335555 356811 357197 368702 375016 376763 380160 384064 386040 392515 396894 397591

Im Gewinnrade verbleiben 2 Prämien zu je 50000, 2 Gewinne zu je 30000, 2 zu je 80000, 2 zu je 7500, 2 zu je 5000, 16 zu je 2500, 70 zu je 1000, 108 zu je 500, 456 zu je 300, 1302 zu je 200, 2602 zu je 100, 4278 zu je 50, 12940 zu je 400 Mark.

Zigarettenmisp

bringen wir eine neue Zigarette

ENVER BEYVALUTA

Einheitspackung **30** dick und rund %.

die trotz Billigkeit jeden anspruchsvollen Raucher befriedigen wird